

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 22. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus.
Einzelnr. 5 Pfg. Sonntags- und Feiertagsausgabe 10 Pfg.
Die Neue Welt 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verzeichnisse.
Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Kolonnen-Größe oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Junkerliche Geschichtsklitterung.

Sie bleibt nicht etwa bei gewissen Erscheinungen unserer Geschichte stehen, jene junkerlich-feudale Geschichtsklitterung, die Ereignisse, Zustände und Persönlichkeiten zur Verherrlichung ihrer Klasse entweder mit einem gleichnerischen Schminke überzieht oder in dreifacher Verkleinerung oder gar in abschreitender Verzerrung vorführt. Sie schreitet weiter und weiter, da sie von der Geschichtsklitterung des liberalen Bürgertums unterstützt wird, das trotz 1789 und 1848 heute wieder so vielfach in slavischer Ehrfurcht zu den „übermächtigen Gesichtern“ der feudalen Ahnenbilder emporschaut. Man braucht nur zu beachten, wie rührig liberale und konservative Historiker bemüht sind, dem großen Bauernkrieg von 1525 seinen demokratischen Inhalt abzusprechen. Bei Einzelerscheinungen tritt diese Bundesgenossenschaft noch schärfer hervor. Anlässlich des hundertsten Todestages der Königin Luise von Preußen war die konservative wie die liberale Presse gleichmäßig bemüht, die erborgte Gloriole, die man um das Haupt dieser Fürstin gewoben, von neuem aufzufrischen. Hand in Hand geht damit die Herabsetzung der Leistungen der preussischen Landwehr in den Befreiungs-, resp. Fürstentums- und Freiheitskriegen von 1813-1815. Als 1814 die Viktoria auf dem Brandenburger Tor von Paris, wohin Napoleon sie entführt, zurückgebracht wurde, widmete man diesem Ereignis die Verse:

„Nie, Preußen, mög in deinen Kronjuwelen
Der Eichenkranz der treuen Landwehr fehlen.“

Aber welche Mühe geben sich heute militärische „Kapazitäten“, die preussische Landwehr dieses Eichenkranzes zu berauben! Bisher wußte man auch nicht anders, als daß in der Schlacht von Leipzig die Königsberger Landwehr unter dem Major Friccius — der sich übrigens auch bei Großbeeren, Demerwitz und Ligny ausgezeichnet hat — das Grimmasche Tor mit Sturm genommen hat. Die Stadt Leipzig hat auch an Ort und Stelle nach fünfzig Jahren dem Major Friccius ein Denkmal errichtet. Heute ist schon in die liberale Lexikonliteratur übergegangen, daß nicht der bürgerliche Major und spätere liberale Oppositionsmann im preussischen Abgeordnetenhaus, Friccius, sondern ein Junker, ein Herr v. Mirbach das Grimmasche Tor errichtet habe. Einem hohen Räte der Stadt Leipzig wird also wohl nichts übrig bleiben, als das Friccius-Denkmal zu beseitigen und einen derer v. Mirbach dort aufzustellen.

Zu der junkerlichen Geschichtsklitterung aber hat ein ganz hervorragendes Stück ein oldenburgischer Agrar-Junker beigetragen, ein Herr v. Lebehorn-Sielbed. Seine Leistung verdient als eine typische eine besondere Betrachtung; sie beweist, wie weit man es in der oben charakterisierten Methode schon gebracht hat.

Dieser Herr v. Lebehorn meinte längst bei einem Schmause notleidender Agrarier, er könne es nicht glauben, daß die „Verheerung“ anlässlich der Finanzreform so weit gediehen sei, wie man behaupte. Namentlich könne er nicht glauben, daß die Frauen über die nach seiner Meinung so geringe Erhöhung der Streichholzpreise erbittert seien. Denn man müsse sich doch daran erinnern, welchen Opfermut die Frauen unseres Volkes — wohlgemeint: unseres Volkes! — bewiesen, die ihren schönsten Schmutz, ihr blondes Haar verkaufen, um den Erlös dem Könige zu senden, damit er seine Soldaten mit guten Waffen versehen konnte.

Und nun vergegenwärtige man sich einmal die ganze Abgeschmacktheit der historischen Parallele, die sich dieser agrarische Junker erlaubt.

Das preussische Volk von 1813, dem durch die Reformära der Stein und Genossen ein ganz neues politisches Verständnis aufgegangen war, erhoffte von dem großen Kampfe jener Zeit nicht nur eine Befreiung von dem eisernen Joch Napoleons, sondern vor allem das Ersehen eines neuen, einigen und freien Deutschland. In dieser Hoffnung war es von oben herab gestärkt worden. Schon in der Proklamation von Kalisch hatten der russische Zar Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. von Preußen verkündigt, daß es sich um Freiheit und Ehre Deutschlands handele und daß die Gestaltung der Verfassung des wiedergeborenen Deutschland ganz allein den Fürsten und Völkern Deutschlands anheimgestellt sein solle. In der Proklamation des Königs von Preußen an das Heer hieß es, daß der Augenblick gekommen sei, die Freiheit und Selbständigkeit des Vaterlandes zu erkämpfen. Mündlich wurden noch viel weitergehende Versprechungen verbreitet, die sich 1815 zu der bekannten Kabinettsordre verdichteten, in der eine Volksvertretung in Aussicht gestellt war.

Daher die ungeheure Begeisterung im preussischen Volke. Der Opfermut der Frauen von damals war in der Tat außerordentlich; sie opferten goldene Ringe und liehen sich dafür eiserne geben, sie gaben Juwelen, Silberfächer und dergleichen, wie bekannt. Frauen aus den nichtbesitzenden Klassen opferten am meisten im Verhältnis.

1806, als um das alte Preußen gekämpft wurde, hatte man dergleichen nicht bemerkt.

Und nun stelle man sich vor, daß ein Junker den Frauen aus dem Volke heute zumutet, die gleiche Opferwilligkeit an den Tag zu legen, weil eine reaktionäre und agrarische Reichs-

tagsmehrheit, welche die schonendste Rücksicht auf die Schädlichkeit der besitzenden Klassen nimmt, die ungeheuren Ausgaben für den Militarismus auf die Masse der Besitzlosen abwägt, während zurzeit in Preußen noch fünfzigtausend Millionen Vermögenswerte unbesteuert sind. Mit anderen Worten: Sollen denn die deutschen Frauen aus dem Volke von heute ihre Ringe und Haare vielleicht noch opfern, wenn Steuern wie die Zündholzsteuer und andere es nicht mehr möglich machen, den Geldbeutel der Reichen zu schonen? Annehmen würden es Junker und Bourgeoisie schon — das glauben wir.

Junkerliche Geschichtsklitterung! Höher geht's denn doch wohl nimmer!

Aber ein hübscher Schnitzer ist dabei dem Herrn v. Lebehorn passiert, den wir ihm nicht schenken können. Die „Frau aus dem Volke“, die ihr schönes blondes Haar auf dem Altar des Vaterlandes opferte, wird nämlich in erster Linie repräsentiert durch ein Fräulein Ferdinande v. Schmettau, die Tochter eines preussischen Majors. Ihre Opferwilligkeit blieb in späteren Tagen nicht unbelohnt; fünfzig Jahre nach der Schlacht von Leipzig erwies man dem Fräulein, das einst seinen schönsten Schmutz für den Freiheitskampf dahingegeben, hohe Ehren und machte sie zur Ehrenstiftsdame von Jekendorf. Sie ist 1875 hochbetagt gestorben und gehörte wohl zu jenen nicht zahlreichen Bestandteilen der preussischen Aristokratie, die aus dem Unglück Preußens gelernt hatten. Ihre Eltern erblickten wohl wie Stein das einzige Heil Preußens in dessen politischer Wiedergeburt, weshalb sie das junge Mädchen bewogen, in Ermangelung reichlicher Versteuern ihr schönes Haar zu opfern.

Wollen die Töchter der Junkerschaft von heute nicht den Mahnungen des Herrn v. Lebehorn folgen und ihre Schmutzfächer, ihre Barschaft und, wenn es nicht anders geht, ihr Haupthaar auf dem Altar des Vaterlandes opfern, damit aus diesen Mitteln Kriegsschiffe, elegante Offizierskasinos und dergleichen unentbehrliche Dinge mehr gebaut werden können?

Keine Illusionen!

Eine große Anzahl deutscher bürgerlicher Blätter hat sich angefaßt die Erklärungen des englischen Premierministers Asquith entschieden für den Gedanken einer deutsch-englischen Flottenabrüstung ausgesprochen. Freilich waren es meist sogenannte „unparteiische“ Blätter, oder doch politische Organe, deren Haltung keineswegs von Einfluß auf die großen bürgerlichen Parteien ist.

Wenn also auch daran, daß diese Behauptungen durchaus die Stimmung der großen Masse des Volkes spiegeln, nicht der mindeste Zweifel möglich ist, so bedeutet das noch keineswegs, daß auch die Mehrheit des Reichstags dieser Stimmung Rechnung tragen wird!

Es bedeutet auch gar nichts, daß sich die führenden Blätter derjenigen Parteien, denen wir die ungeheuerlichen Marinebewilligungen zu danken haben, einstweilen große Zurückhaltung auferlegen. Wäre es doch die größte Dummheit, wenn unsere Flottenenthusiasten heute, vor dem neuen Quinquennat und vor allen Dingen auch vor den Neuwahlen zum Reichstag, unvorsichtig mit ihren wahren Absichten herumschänden wollten!

Unsere Flottentreiber und ihre Kampagne wissen, daß zurzeit Schweigen für sie Gold ist, ja, daß ihren Zwecken sogar am besten gedient wird, wenn einstweilen das deutsche Volk in die holde Illusion eingewiegt wird, daß das Jahr 1912 tatsächlich den „Gipfel der Welle“ bilde und man sich dann fählich an dem Bau von zwei großen Schlachtschiffen genügen lassen werde!

Je zuverlässiger die Wählermassen an diese bessere Zukunft glauben, desto besser für unsere weltpolitischen Parteien! Nach den Wahlen kann man ja dann die liebliche Illusion um so grausamer zerstören!

Wer deshalb wirklich ernstlich daran denkt, dem aberwichtigen Beträgen ein Ende zu machen, der hat alle Ursache, die Situation nicht in dem rosen Lichter frommer Wünsche und Hoffnungen darzustellen, sondern in ihrer bitteren Realität!

Und dazu ist es unbedingt notwendig, auf die Vorkommnisse in der Flottenkommission im Dezember 1907 hinzuweisen. Beweisen sie doch, daß damals bereits alle bürgerlichen Parteien ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben haben, vor Ablauf des Jahres 1912 eine neue Flottenvorlage zu bewilligen!

In der Sitzung der Budgetkommission vom 9. Dezember, die damals die letzte Marinevorlage beriet, forderte der nationalliberale Abg. Oriola, mehr zu bewilligen, als die Regierungsvorlage fordere! Man müsse dauernd — auch nach 1912 — beim Bauen bleiben! Herr Tirpitz erklärte darauf, daß die Regierung gern alle Erweiterungen der Flottenvorlage akzeptieren werde, sofern sich nur eine Mehrheit im Reichstag dafür finde!

Der nationalliberale Abg. Semler forderte gleichfalls, daß man mit einem Male eine durchgreifende Reform des Caplans durchzuführen solle. Oder solle 1912 eine neue Vorlage kommen? Jetzt sei die Situation politisch günstiger als 1912. Woraus Herr Tirpitz erklärte, die Frage nach den Absichten der Regierung könne er nicht beantworten; er wisse nicht, was in fünf Jahren geschehen könne oder solle.

Der freisinnige Abg. Wiemer fügte seiner Zustimmung für die vorliegende Flottenvorlage die Bemerkung hinzu, daß allerdings anzunehmen sei, daß später noch größere Neuforderungen für die Flotte kämen; jetzt aber sei er gegen eine Erweiterung der Regierungsvorlage.

Am folgenden Tage, dem 10. Dezember, wurde man in der Budgetkommission noch deutlicher. Auch Herr Wendt erklärte für die Freikonservativen, auch er erhoffe und erwarte bestimmt in kürzerer Zeit eine neue Flottenvorlage. Ihm schloß sich der freisinnige Abg. Leonhart gleichfalls mit der Erwartung an, daß in vier Jahren ein neues Flottengesetz kommen werde!

Und als Vebel erklärte, daß es so sicher wie 2x2=4 sei, daß bis 1912 eine neue Flottenvorlage

kommen werde, erscholl aus den Reihen der Mehrheit ein lebhaftes „Sehr richtig“.

Und zum Ueberflus erklärte auch wieder Herr Tirpitz, daß die Regierung schon jetzt auch eine Erneuerung der Witterbachklasse (!) annehmen werde, wenn sich nur eine parlamentarische Mehrheit dafür finde.

Und da sollten sich die Volksmassen der kindlichen Hoffnung hingeben, daß im Jahre 1912 die Regierung auf diese Neubauten verzichten werde und die bürgerlichen Parteien sich zu einem resoluten Nein aufschwingen könnten?!

Die Beteuerungen einer Anzahl politisch mehr oder minder einflussloser Blätter tun es nicht; die bürgerlichen Parteien müssen durch die Tat ihren ernstlichen Willen beweisen. Dadurch, daß sie bereits für 1911 und 1912 eine Versammlung der Flottendauten beschließen!

Geschicht das nicht, so haben wir es nicht mit einer entschlossenen Ablehnung von dem weltpolitischen Überwieg des Flottenwettrenns zu tun, sondern nur mit einer arglistigen Stimmungsmache für die nächsten Reichstagswahlen!

Bürgerliche Hoffnungen.

Nationalliberale und freisinnige Blätter erhoffen aus der Stellung der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine Raufurung zu einer rein bürgerlichen Partei. Einige Blätter nehmen sogar an, daß dieser Umwandlungsprozeß sich schon vollzogen habe und die sozialdemokratische Fraktion Badens heute schon ein wesentlich bürgerliches Gesicht trage! So schreibt die nationalliberale „Freisburger Tagespost“:

„Die Sozialdemokratie von heute ist nicht mehr die Sozialdemokratie von gestern. Hier handelt es sich keineswegs mehr um taktische Erwägungen, sondern um eine innere Wandlung, die von nationalen Gesichtspunkten aus freudig begrüßt werden muß. Nur wer sich Scheuklappen vorbindet, kann dies behaupten. Baden Liberalismus darf stolz darauf sein, den Heim zu einer Entwicklung mitgelegt zu haben, die letzten Endes den vaterländischen Interessen mehr dienlich ist, als wie alle wohlfeile Phrasen über die sogenannte „rote Gefahr“. Der Liberalismus wird zwar stets in prinzipieller Gegnerschaft zur Sozialdemokratie stehen müssen, aber er wird ihr gerne die Hand reichen in Fragen der politischen Freiheit und des Fortschritts und der kulturellen Weiterentwicklung unseres Volkes und Landes. Und wenn die Sozialdemokratie mitarbeitet an dem Wohle und dem Gedeihen des Vaterlandes, so wird uns das stets eine Freude sein. Vielleicht kommt auch in nicht zu ferne Zeit der Tag, an dem die deutsche Sozialdemokratie in nationalen Fragen gleich der französischen und englischen zum Bürgertum steht.“

Man hofft also, daß die Sozialdemokratie sich schließlich auch dazu bereitefinde läßt, auch die Militärforderungen zu bewilligen. Und die nationalliberale halbhoffigste „Freisburger Post“, ein in Baden viel gelesenes Blatt, schreibt: Die badischen Sozialdemokraten haben sich dadurch (durch die Zustimmung zum Finanzgesetz)

„von den Fesseln eines engherzigen Parteidoctrinarismus freigemacht. Sie haben damit dem Kaiser gegeben, was der Kaiser ist. Diese Haltung der Sozialdemokraten ist um so erfreulicher, als — vom Standpunkte radikaler Elemente aus — gerade der diesmalige Tagungsabschnitt der Landtags-Sitzung unerquickliche Dinge zur Sprache gebracht hat, die agitatorisch genügend ausgenützt, geeignet gewesen wären, Wasser auf die Mühlen der Radikalen zu treiben.“

Die badischen Sozialdemokraten haben sich getreu ihrer geschäftlichen, positiven Mitarbeit, die sie von Anfang der Session geleistet haben, maßvolle Beschränkung auferlegt und von einer für ihre Parteizwecke vielleicht wirksamen Demonstration ferngehalten. Sie haben mit ihrer Stimmabgabe für das Finanzgesetz ein parteipolitisches Opfer gebracht. Ihr Verhalten steht im erfreulichen Gegensatz zu dem des Zentrums, das aus Parteirücksichten gewillt war, das Schulgesetz zu Fall zu bringen. Die „vaterlandslosen Genossen“ haben mehr staatsmännische Einsicht bewiesen, als das Zentrum.

Es ist nicht das erstemal, daß die badischen Sozialdemokraten sich in Widerspruch gesetzt haben mit ihren Parteigenossen im Reich. Ihr Verhalten beweist aber, daß man mit der Politik in Baden auf dem richtigen Wege ist, um die in der Sozialdemokratie schlummernden wertvollen Kräfte zur politischen Mitarbeit nutzbar zu machen. Der rote Schrecken ist in Baden überwunden. Herr v. Bodman hat noch in der Mittwoch-Sitzung der Ersten Kammer davon gewarnt und die Furcht vor der Sozialdemokratie als hinfällig zurückgewiesen. Einen besseren Beweis für die Richtigkeit seiner Auffassung trotz aller wiederholt und freimütig bekannnten prinzipiellen Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie als die Bewilligung der staatsrechtlichen Bedürfnisse und das Beständnis Dr. Frank, sich von einer politischen Demonstration fernhalten zu wollen, konnte kaum erbracht werden. Der einzig zum Ziele führende Weg, bei den Sozialdemokraten vaterländische zu wecken und zu er-

halten, sowie Verständnis für den Staat und seine Organe beizubringen, ist die Gewährung von Spielraum zu geistlicher Mitarbeit. Sie werden Freude empfinden an dem, was sie mit schaffen und miterhalten."

In einem offenbar einer nationalliberalen Korrespondenz entnommenen Artikel heißt es:

Nach ihrer letzten Kundgebung vom Samstag (gemeint ist die Beteiligung an der offiziellen Schluffeier mit der Ovation für den Großherzog) können die badiſchen Sozialdemokraten nicht mehr zurück hinter die Linie, die sie so weit vorgeschoben hatten. Wenn sie nicht ruhmlos, des Vertrauens zu ihrer Kraft und Fähigkeit beraubt, als Sklaven des von ihnen aufs schärfste verurteilten Radikalismus dahingleben oder in einer neuen Parteigründung ein vorab einflussreiches politisches Dasein nach Verzicht auf Reichthum und Ruhm führen wollen, dann müssen sie einen Kampf auf Tod und Leben um die Herrschaft in der sozialdemokratischen Partei führen. Das ist die Situation, in der noch ungewiß, wer siegen wird. Als wichtigstes und gefährlichstes Argument wird man den Revisionismus entgegenhalten, daß nur die Agitations- und Verheerungspolitik die Adresse der Dreimillionenpartei gefüllt hat und weiter füllen kann; in der Tat, eine revisionistische Sozialdemokratie würde nicht den Zauber auf das Unbestimmte und Ungreifbare, das man eigentlich Masse nennt, ausüben, auf die Eroberung der politischen Macht wird sie schon verzichten müssen, nach der der stolze Radikalismus strebt, und wird sich bescheiden müssen mit der Mitarbeit des vierten Standes, mit einer gewissen Anteilnahme an der politischen und gesellschaftlichen Macht. Es wird sich dann fragen, ob die „Masse“ reif und verständlich genug ist für diese gesunde Enttäuschung.

Also diese revisionistisch genommene Sozialdemokratie wird, so hofft der Nationalliberalismus, auf die Eroberung der politischen Macht verzichten und sich mit einer gewissen Anteilnahme an der politischen und gesellschaftlichen Macht begnügen müssen! Nur der Zweifel, ob die „Masse“ reif ist für eine solche Enttäuschung, macht den Herren noch einige Sorgen!

Bezeichnend ist es übrigens, daß in der süddeutschen liberalen Presse die Haltung der badiſchen Landtagsfraktion nicht mit den „besonderen“ süddeutschen Verhältnissen, sondern mit den revisionistischen Anschauungen erklärt wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juli 1910.

Eine agrarische Blamage.

Englische Blätter wußten vor einigen Wochen zu berichten, die aus Deutschland zur Internationalen Landwirtschaftsausstellung nach Buenos Aires geschickten Rinder wären dort als stark tuberkulös befunden und deshalb sofort nach Hamburg zurückgeschickt worden. Von agrarischen Blättern wurde damals diese Meldung bestritten und als ein faules englisches Konkurrenzmanöver hingestellt, dessen Zweck es lediglich sei, die deutsche Landwirtschaft zu verächtlich zu machen.

Tatsächlich scheint jedoch die damalige Meldung völlig richtig gewesen zu sein, denn das „Hamburger Fremdenblatt“ veröffentlicht in letzter Nummer folgende für das deutsche Agrarierthum äußerst blamable Mitteilung:

„Das von der Internationalen Landwirtschaftlichen Ausstellung in Buenos Aires als verkauft zurückgewiesene deutsche Vieh ist in Hamburg wieder eingetroffen. Vor einer von der Regierung in Berlin unter Führung von Geheimrat Rebermann hier eingetroffenen Kommission von ungefähr 30 Herren wurden sämtliche Stücke am Montag geschlachtet und genau untersucht. Die Untersuchung und ihr Ergebnis laßt man mit ängstlicher Beiläufigkeit geheimzuhalten. Genaue Angaben laßen sich deshalb nicht machen. Schätzungsweise wurde bei 60 bis 70 Proz. der Tiere ganz stark vorgeschrittene Tuberkulose tatsächlich festgestellt. Die Krankheit zeigte sich teilweise in einem so vorgeschrittenen Stadium, daß man annehmen muß, daß trotz der Untersuchungen bereits kranke Tiere zur Verschiffung nach Argentinien gekommen sind. Die Untersuchungen werden vom Reichsgesundheitsamt in Berlin an der Hand von Reparatoren weiter fortgesetzt. Das Ergebnis auch dieser Untersuchungen geheim zu halten, liegt nunmehr kein Anlaß vor.“

Nach landwirtschaftlichen Ausstellungen wird bekanntlich nur das äußerste beste Vieh geschickt, und nun stellt sich dieses äußerste beste deutsche Vieh in Buenos Aires als höchst tuberkulös heraus, so daß ihm dort die Landung verweigert wird und es, um das argentinische Vieh nicht anzustecken, kurzweg zurückgepediert werden muß. Eine größere Blamage für die deutsche Viehzucht ist kaum denkbar! Und doch fordert das Agrarierthum strengste Sperrung aller Grenzen, damit nur ja nicht das deutsche angeblich absolut feuchtsche Vieh durch das verächtliche holländische, dänische und schweizerische Vieh insiziert wird!

Die neue Militärvorlage.

Wir haben gestern auf Grund der Mitteilungen der ultramontanen „Germania“ bereits die Ansicht ausgesprochen, daß die Regierung zwar nicht auf die Einbringung einer Militärvorlage im Herbst verzichten wolle, daß sie aber, um das Zentrum und die Konserbativen nicht in eine arge Klemme vor den nächsten Reichstagswahlen zu bringen, vorläufig nur erst einen geringen Teil der zur Durchführung ihrer geplanten Heeresvermehrung nötigen Summen fordern werde, um dann später nach den Reichstagswahlen um so höhere Forderungen zu stellen. Jetzt bestätigt in ihrer „Deutsche Tageszeitung“, daß die Regierung tatsächlich diese samose Taktik zu befolgen gedenkt. Sie schreibt:

„Was aber den Umfang der Heeresvorlage anlangt, so wird man nicht fehlgehen, wenn man der Vermutung Ausdruck gibt, daß die maßgebenden Stellen sich darauf beschränken werden, das zu fordern, was unbedingt notwendig ist. Auch das ist ziemlich sicher, daß die Mehrforderungen nicht sofort sämtlich in Erscheinung treten, sondern, wie es auch bei der letzten Heeresvorlage der Fall war, nach und nach, im Zeitraum des Jahres, für das die Vorlage die Stärkeverhältnisse des Heeres regelt. Es liegt also durchaus kein Grund vor, sich über die Vorlage als solche, ihren Umfang und den Zeitpunkt ihrer Einbringung besonders aufzuregen. Man darf zu der jetzigen Regierung das Vertrauen haben, daß sie das Notwendige unbedingt fordern, sich aber auf darauf beschränken werde. Für diese notwendigen Forderungen wird sie unzweifelhaft eine Mehrheit im Reichstage finden; andernfalls kann sie mit gutem Gewissen an das Volk appellieren.“

Eine saubere Spekulation auf die geistige Beschränktheit.

Noch ein Opfer der Kieler Woche?

Der ultramontane „Augsburger Post-Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet, daß zwischen dem Schatzsekretär Wermuth und dem Staatssekretär v. Tirpitz wegen der Staatsausstellung ein erbitterter Kampf ausgebrochen sei. Herr Wermuth habe einen starken Rückhalt, sowohl am Kaiser als auch am Reichskanzler. Aufällig sei es schon gewesen, daß Herr v. Tirpitz bei seiner Anwesen-

heit in Kiel vom Kaiser recht unbehindert worden sei. Das ultramontane Blatt läßt durchblicken, daß die Tage der Amtstätigkeit des Herrn v. Tirpitz gezählt seien.

Wie steht es um die neue Wahlreform?

Verschiedene bürgerliche Blätter haben die kürzlich von den „Kieler Neuesten Nachrichten“ veröffentlichte Mitteilung bestritten, daß das preußische Staatsministerium sich mit der Frage der Ausarbeitung einer neuen Wahlreformvorlage beschäftigt hat. Demgegenüber hält das Kieler Blatt seine Mitteilung entschieden aufrecht. Es stünde, verfehlt es, absolut fest, daß in der letzten Sitzung des preußischen Staatsministeriums der erste Gegenstand der Beratung die Frage der kommenden Wahlreform gewesen sei. Zu den Meldungen über die sogenannte „mittlere“ Politik des Kanzlers weiß es aus bester Quelle zu berichten: Von einer Ausdehnung der Konserbativen könne absolut keine Rede sein. Der Reichskanzler suche vielmehr einen Modus zu schaffen, in dem sich unter Ausschaltung der extremen Elemente auf beiden Seiten die bürgerlichen Parteien begegnen könnten.

Mit anderen Worten also: Herr von Bethmann will versuchen, den alten konserbativ-kerikal-nationalliberalen Block wiederherzustellen.

„Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“

Die Aufsehen erregenden Äußerungen des Bischofs Henke von Regensburg lauten nach dem Stenogramm der Reichstagsitzung vom 12. Juli:

„Hohe Herren! Ich bin leider veranlaßt, Seiner Erzellenz dem Herrn Verkehrsminister in einer seiner Äußerungen, die von ganz besonderer Tragweite ist, widersprechen zu müssen. Seine Erzellenz haben zwischen Christentum und Sozialdemokratie eine Analogie gezogen.“

Hohe Herren! Zwischen der Sozialdemokratie und dem Christentum besteht gar keine Analogie weder in den Zwecken und Zielen, also weder in der Tendenz noch in ihrer gegenseitigen Entwicklungsgeschichte. Seine Erzellenz haben hingewiesen auf die soziale Frage des Christentums. Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage Jahrhunderte lang nicht beschäftigt. Wenn Seine Erzellenz die Güte haben wollten, die Paulinischen Briefe nachzulesen, so würden Sie aus denselben entnehmen, daß der Apostel Paulus befähigt dahin gewirkt hat, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken. Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entlassen wird. Das Christentum hat also mit der Sozialdemokratie in Beziehung auf seine Entwicklungsgeschichte und seine Stellung zur sozialen Frage auch nicht die geringste Verührung. Das möchte ich hier konstatieren haben.“

Interessant ist die Tatsache, daß die Zentrums-Zeitungen zu der Rede des Bischofs nichts zu schreiben wußten; interessant auch die weitere Tatsache, daß das führende Organ der Zentrums-Partei, die „Augsburger Postzeitung“, die Worte des Bischofs in der Weise fälschte, daß sie in dem Satze „das Christentum hat sich mit der sozialen Frage Jahrhunderte lang nicht beschäftigt“, das entscheidende „nicht“ einfach ausgelassen hat.

Sie Wassermann — die Schiffer!

In der nationalliberalen Partei lobt noch immer der Kampf um Wassermann. Während die einen seinen Rücktritt aus dem parlamentarischen Leben verlangen, damit eine sogenannte „Basis“ zur Wiederherstellung mit den Konserbativen geschaffen werde, drohen die anderen mit schärfster Abrechnung, falls ihr unerfahrener Wassermann aus der Partei hinausgedrängt werde. So wird heute der „Nöln. Zig.“ aus „Kreisen der nationalliberalen Partei“ geschrieben:

„Da der Erklärung, daß Ernst Wassermann kein Reichstagsmandat mehr übernehmen wolle, nicht widersprochen worden ist, wird man sich der Möglichkeit, diesen bewährten Führer auszuweichen zu sehen, nicht länger verschließen dürfen. Diese Möglichkeit aber hat in weitestem Kreise seiner Parteigenossen Sorge und Unwillen erregt. Wenn freilich Gesundheitsrückichten Wassermann zwingen, sich zurückzuziehen, so müssen alle anderen Wünsche schweigen, dann wird man sich auch mit der Sorge darum, daß eigentlich niemand da ist, der ihn ganz ersetzen könnte, abfinden müssen. Ist es aber wahr, was Sie und da behauptet wird, daß Wassermann unter einem früheren politischen Druck seinen Platz räume, weil dem rechten Flügel der Partei seine Anschauungen zu radikal seien, und weil sich kein sicherer Reichstagsstift für ihn finden lasse, so ist der Unwille, den ein solcher egoismus hervorgerufen hat, in der Tat gerechtfertigt, um so mehr, als damit der Schein an Berechtigung gewinnt, als ob Wassermann weichen müsse, weil die „Augsburger Postzeitung“ nicht müde wird, seinen Stolz als den Preis zu fordern, ehe die Konserbativen sich dazu verstehen wollen, die Beziehungen zu den Nationalliberalen wieder anzuknüpfen.“

Ist es wahr, daß man Wassermann auf dem Altare der Parteinheit opfern will, oder auch nur, daß keiner seiner Fraktionsgenossen bereit sei, dem Führer auf seinem Reichstagsstift Platz zu machen, so werden die Wähler und die Öffentlichkeit das Bedürfnis haben, darüber ein Wort mitzureden, ebenso wie es ihr Recht ist, darüber aufgeführt zu werden, ob Wassermann, mit dem sie im Laufe der Jahre doch auch persönliche Fühlung genommen haben, wirklich so krank ist, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen muß.“

Elektrifizierung der bayerischen Eisenbahnen.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten hat heute sechs Millionen Mark als erste Rate zum Bau eines Waldschneefestanzwerks für Elektrifizierung der Eisenbahnen und zur Abgabe elektrischer Kraft an Private bewilligt.

Die Choleraepidemie im Osten.

In den russischen Weltgouvernements greift die Seuche immer weiter um sich. Daß die russische Regierung unfähig ist, der Gefahr wirksam entgegenzutreten, ist längst erwiesen. Die preußische Verwaltung ist zwar bemüht, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen und trifft auch solche, soweit sie den Grenzverkehr angehen; auch die Uebergänge an den Gewässern werden sorgfältig überwacht; aber im Lande selbst mangelt es noch an geeigneten Vorschriften, um der Gefahr vorzubeugen. Als im Jahre 1908 einzelne Erkrankungen im Lande festgestellt wurden, da wurden auch Vorkehrungsmaßnahmen ergriffen, um die Gefahr abzuwenden. So namentlich wurde verboten, daß die Schiffer des Reges, und Wortschiffstritt Wasser aus diesen Gewässern entnehmen dürften. Auch wurde die Bromberger Schleppschiffahrt-Gesellschaft angehalten, Trinkwasser-Einnahmestellen zu errichten. Den Schiffen wurden von der Gesellschaft Wasserbehälter zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1909 wurde bei der sich jedes Jahr wiederholenden Choleraepidemie der Genuß von Flußwasser verboten. Aber die Wassergräben waren außer Betrieb gestellt und blieben außer Betrieb. In diesem Jahre nun steht die Choleraepidemie wieder vor den Grenzen, Vorkehrungsmaßnahmen sind bereits erlassen, aber die Fährer und Schiffer sind nach wie vor gezwungen, Wasser zu trinken und Kochzwecken aus der Rede und Warbe zu entnehmen. Wie es scheint, müssen erst Choleraerkrankungen vorliegen, ehe die Regierung die Gesellschaft anhält, die Stäbel wieder zur Verfügung zu stellen und Wasser-Einnahmestellen zu errichten.

Oesterreich.

Oesterreichische Parteifragen und die „Deutsche Tageszeitung“.

Es mag für die tschechischen Sozialdemokraten, die jetzt in Oesterreich daran sind, die Partei zu spalten und die Gewerkschaften zu zerschüttern, recht unangenehm sein, daß sie sich mit ihrem Tun die Sympathie der — „Deutschen Tageszeitung“ erwerben, die sich am Dienstag in einem Leitartikel mit dem „Kraus“ in der oesterreichischen Sozialdemokratie befaßt. Der Schreiber dieses Artikels ist angeblich ein Deutschösterreicher, nach manchen seiner Verdrehungen möchte man ihn sogar für einen deutschschradischen Oesterreicher halten. So, wenn er behauptet, daß die bürgerlichen Tschechen im Wiener Parlament die tschechischen Genossen stets an ihrer Seite haben, selbst wenn sie noch so wahrhaftige böhmische Forderungen stellen. Das ist nicht wahr; der Schreiber bringt auch keinen Beweis dafür. Er vergißt aber auch, festzustellen, daß die tschechischen Sozialdemokraten gemeinsam mit denen der anderen Nationen die tschechisch-bürgerliche Obstruktion bekämpfen. Wäherlich ist es, wenn der Krausstudent des Oesterreichs die tschechischen Arbeiter gleich Hufschmiedern ins deutsche Sprachgebiet einfallen läßt, ohne mitzuteilen, daß die deutschen Unternehmer durch ihre Schandlöhne, ihren Terror und ihre Ausbeutung die eingeseßenen deutschen Arbeiter zu Tausenden über die Grenze nach Deutschland und Amerika treiben, wie man dies in den Hochzeiten der Deutschnationalen, in Aßch, Trautman, Braunau usw. am besten bestätigt finden kann. Aber wozu denn in die Ferne schweifen? Vielleicht beschäftigt sich das edle Organ „Für deutsche Art!“ doch endlich mal mit der Frage, warum die deutschen Großgrundbesitzer alljährlich Zehntausende billiger und oft noch sehr unskultivierter Feldarbeiter aus Mähren, Galizien, Ungarn und Rußland ins deutsche Land hereinziehen und warum das urdeutsche, nieder-sächsische Bestreben zu einem neuen Polenlande werden mußte. Die Frage dürfte der „Deutschen Tageszeitung“ näher liegen und ihre Untersuchung nützlicher sein als das Kopferbrechen über die Zukunft der oesterreichischen Sozialdemokratie.

Frankreich.

Eine Auslieferungssache.

Paris, 20. Juli. (Fig. Per.)

Die französische Regierung hat an das Auswärtige Amt in London eine Note gerichtet, in der sie die Freilassung des Inders Sabarbar oder seine Ueberstellung an die französischen Behörden fordert. Offentlich wird dieser Schritt genügen, den Mißgriff gut zu machen, den französische Gen darmen in Marseille begangen haben. Sabarbar, ein junger Schriftsteller, der der indischen Nationalistenpartei angehört und unter anderem der Verfasser eines Buches über den Aufstand von 1857 ist, war in England verhaftet und auf ein Schiff gebracht worden, das ihn nach Bombay transportieren sollte. Im Hafen von Marseille gelang es ihm indes, eine Luke zu öffnen und schwimmend zum Kai zu gelangen. Das Geschrei der englischen Detektivs, die dem Gefangenen zur Aufficht beigegeben worden waren, lockte Gen darmen herbei, die auf die lägerische Verführung hin, daß es sich um einen Deserteur handle, Sabarbar sofort auslieferten. Glücklicherweise konnte der Tatbestand rechtzeitig festgestellt werden. Die „Humanität“ erhob nachdrücklichen Protest gegen die geschwindige Auslieferung eines politischen Flüchtlings und Genosse Jaurès intervenierte beim Minister des Auswärtigen. Die von diesem angestellte Untersuchung ergab die völlige Rechtswidrigkeit der Auslieferung. Selbst wenn es sich um einen Deserteur gehandelt hätte, der gemäß dem für Deserteure geltenden Auslieferungsvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien zu übergeben gewesen wäre, hätten die französischen Polizeibehörden der englischen Regierung nicht direkte Handlangerdienste leisten dürfen, sondern den Flüchtling der französischen Behörde überstellen müssen. Als politischer Verfolger aber war Sabarbar durch das Verleiten französischer Territorien ohne weiteres den strafrechtlichen Ansprüchen der englischen Justiz entzogen. Es liegt also eine offenbare Verletzung des Asylrechts vor, an der neben dem instruktionswidrigen Verhalten der französischen Gen darmen die falschen Angaben der englischen Polizisten schuld tragen. Die englische Regierung wird wohl nicht umhin können, dem französischen Protest Folge zu geben und dem Gefangenen die Freiheit zurückzugeben, die er durch seine Flucht auf französischem Boden rechtsgültig erlangt hat.

Belgien.

Ein jubelndes blämische Parteiblatt.

Man schreibt uns aus Brüssel: Gestern hat der Genere „Booruit“ („Boortaris“), der Namensbruder der mächtigen Genere Arbeitergenossenschaft, der Antwoit des armen, verflachten, unwissenden Blämenvolkes, sein 25jähriges Bestehen gefeiert. Wie die Cooperative hat auch er aus winzigen Anfängen, aus dem Nichts sich emporarbeiten müssen.

Mit 700 Lesern fing der „Booruit“ sein Dasein an — ein Exemplar „nicht größer als ein Taschentuch“. Heute — für das arme, ausgefogene Flandern kein kleiner Triumph — hat er eine feste Leserschaft von 31 000 Personen. Sein Entwicklungsweg ist der typische der proletarischen Presse, nur noch verstärkt durch die besonderen, den Auswirkungen der kerikalen Fesselung des Geistes geschuldeten Verhältnisse. Man hat seine Redakteure verbeudet, ins Gefängnis geworfen, ihn mit Geldstrafen zugrunde zu richten, seine Verbreitung in schimpflichster Weise zu hinterreiben versucht. Aber er hatte etwas von der sehnigen Kraft des blämischen Volkes, das nach einem vielgeleiteten Wort seines poetischen Verherrlichers, Charles de Costers, schlafen, „aber niemals sterben kann“. . . . Heute ist der „Booruit“, mit dem Ansees Namen wie mit der Cooperative verknüpft bleibt, nicht nur Anwalt und geistige Nahrung für die Arbeiter der beiden Flandern, er ist auch ein Organ, das eine ansehnliche und beachtete Stellung genießt. Wenn es heute auf der blämischen Linie, von Brüssel über Gent und Brügge bis nach Courtrai zur französischen Grenze hin, heller geworden ist, wenn in dem ärmsten, ausgefogensten Stamm des Landes, das neben seinem Kerikalismus noch den Ruhm der längsten Arbeitszeiten und schäblichsten Löhne genießt, in den Blämen, der Wille zur Freiheit und Vermenschlichung auflebt, so ist das im wesentlichen ein Verdienst des „Booruit“. — Mit echter Begeisterung ist denn auch von der belgischen Arbeiterbevölkerung sein Jubiläumfest begangen worden, in dem neben dem Ernst der Bestreben, die, rückwärtend und vorwärts weisend, der Arbeiterkämpfe gedachten, die tiefwurzelnde Fröhllichkeit des blämischen Volkes, Sang und Musik, und der übrige bunte Besparat zu reichlicher Geltung kamen.

England.

Kein Erfolg der Arbeiterpartei.

London, 20. Juli. Im Wahlbezirk Kirkdale-Aberpool wurde für den verstorbenen Unionisten Mac Arthur der Unionist Hyffin Taylor mit 4268 Stimmen gegen den Arbeiterkandidaten Cameron gewählt, der 3427 Stimmen erhielt. Bei der letzten Wahl betrug die Mehrheit der Unionisten über die der Arbeiterpartei 423 Stimmen.

Türkei.

Der Geheimbund.

Konstantinopel, 20. Juli. Es verlautet in türkischen Kreisen, daß ein ehemaliger Großwesir die Oberleitung des Geheimkomitees hatte. Die Polizei nahm weitere Verhaftungen vor, die sich auch auf die Kreise zur Ruhe gestellter Offiziere erstreckten. Es verlautet, daß weitere Verhaftungen bevorstehen, auch werden die Namen einiger mitschuldiger Deputierten genannt.

Aus der Partei.

Aus der holländischen Partei.

Der außerordentliche Parteitag der S. D. A. P. zu Deventer, der den Ausschluß der drei „Kribüne“-Redakteure und die Spaltung der holländischen Partei zur Folge hatte, gewährte der in der Partei verblichene marxistische Winderheit eine einmal wöchentlich erscheinende Zeitschrift „Het Volk“. Die Genossin Frau Henr. Kolland-Holt und Genosse J. M. Wibaut hatten gemeinschaftlich die Redaktion dieses Wochenblattes übernommen. Seine Kritik der Partei und speziell der Kammerfraktion, insbesondere jene, die von der Genossin Roland-Holt herrührten, fanden auf dem diesjährigen Parteitag der S. D. A. P. zu Leuwarden seitens der übergroßen Mehrheit der revisionistisch gestimmten Delegierten scharfe Zurückweisung. Seit Mitte Mai wurden dann keine Artikel von Roland-Holt mehr veröffentlicht und vor einigen Tagen teilte „Het Volk“ auf Ersuchen der Genossin mit, daß sie in keiner Weise mehr als Rednerin in der Arbeiterbewegung auftreten könne. — Ihr Mitredakteur, J. M. Wibaut, teilt nunmehr im lehrerischen „Beekblad“ mit, daß die Genossin Roland-Holt dem Parteivorstand der S. D. A. P. mitgeteilt habe, daß sie ihr Amt als Redaktrice niedergelegt habe. Er selbst, der bei Antretung der Redaktion erklärt habe, daß er diese Aufgabe ohne Frau Holt nicht übernommen hätte, habe beschlossen, die Redaktion von „Het Beekblad“ weiterzuführen und habe sich mit dem Parteivorstand wegen eines neuen Mitredakteurs in Verbindung gesetzt.

Der Parteivorstand der S. D. A. P., der durch Urtwahl gewählt wird, ist nunmehr nach verschiedenen Wahlgängen wie folgt zusammengesetzt: W. H. Vliegen, erster Vorsitzender; J. W. van Kuyk, Schrift- und Kassensührer; J. M. Wibaut, zweiter Schriftführer; diese bilden den Ausschuß. Ferner J. H. Schaper, zweiter Vorsitzender; H. Spielman; L. M. Hermans; J. van der Goes; P. J. Troelstra und M. Wendels.

Als Delegierte zum Internationalen Kongreß zu Kopenhagen entsendet die holländische Sektion: die S. D. A. P. sieben Delegierte und zwar die Genossen van Kol, Schaper, Troelstra, Vliegen, Wibaut, Duns und Wendels; die S. D. P. zwei Delegierte und zwar die Genossen Herm. Gorter und D. J. Wynkoop; der Verband der Diamantarbeiter zwei Delegierte, der der Zigarren- und Tabakarbeiter einen Delegierten.

Aus dem österreichischen Parteileben. In einem Mischblatt auf die seit dem letzten Parteitag zu Reichenberg verfloßene Zeit untersucht die „Wiener Arbeiterzeitung“, welchen Einfluß diese Tagung gehabt und inwieweit ihre Absichten ausgeführt wurden. Das Zentralorgan unserer deutschen Genossen in Oesterreich konstatiert günstiges. Die Reorganisation ist selbst in Wien, wo sie am aller-schwierigsten war, so weit gediehen, daß in den politischen Vereinen 30 000 Mitglieder vereinigt sind, zu denen natürlich noch etwa die gleiche Zahl jener Genossen kommt, die bloß das Wochenblatt der niederösterreichischen Landespartei, die „Volkstribüne“ abonniert haben. Sehr viel ist aber für die Bildungsarbeit geleistet worden. In der Provinz, die mangels der Großstädte viel ärger daran ist als die Provinz im Deutschen Reich, wurde überall das menschenmögliche geleistet. Selbst sechs und mehr Schnellzugstunden von Wien entfernt wurden durch drei bis sechs Sonntage Vortragsabende von Wiener Genossen, von Dr. Renner, Dr. Otto Bauer, Dr. Danneberg, Winarsky u. a. abgehalten, von der Arbeit, die in der Provinz selbst geleistet wurde, gar nicht zu sprechen. In den nächsten vier Wochen wird in Bodenbach eine Parteischule für das nördliche Böhmen abgehalten werden. Der Unterrichtsausschuß der Wiener Arbeiterorganisationen aber, dessen Sekretär Genosse Danneberg ist, hat vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1910 nicht weniger als 2000 Vorträge abhalten lassen, die Bibliotheken werden dank planmäßiger Förderung besser besetzt und Ottafing, der 16. Bezirk, ist mit der Errichtung einer Kinderbibliothek vorangegangen. Diese Arbeit ist auch wahrlich nötig; forderte doch lehrlich die „Christlichsozialen Arbeiterzeitung“ die Priester — nicht die des Gottes Rimm, sondern die in den Schulen die Religion lehren — ganz ernstlich auf, schon in der Schule auf die literarischen Jünglingsvereine aufmerksam zu machen. In dem gleichen Jahre hat der Wiener Unterrichtsausschuß auch Unterricht in Elementarfächern, Schriftzeichnen, u. s. w. mit 2000 Unterrichtsstunden veranstaltet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verurteilter Staatsverbrecher. Zu einer Geldstrafe von 60 R. oder 8 Tagen Gefängnis verurteilte die Strafkammer des Landgerichts in Danzig den Parteifreier Genossen August Horn aus Etzlin wegen Verleumdung des Polizeikommissars Schildkröbe. Die Verleumdung soll bei Auflösung einer öffentlichen Versammlung am 26. November 1908 in Danzig durch die Worte: „Sie dürfen die Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde nicht auflösen, Sie haben keine Ahnung von dem neuen Vereinsgesetz“, begangen sein. Der Angeklagte bestritt, die Redewendung: „Sie haben keine Ahnung“ gebraucht zu haben. Der Polizeikommissar Schildkröbe beschwor als Zeuge, daß diese Worte gefallen sind, und so erfolgte die Verurteilung. Der Staatsanwalt wollte dieses Verbrechen sogar mit 150 R. geahndet wissen.

Freigeisprochen wurde Genosse Schöck von der Niederrhein-Arbeiterzeitung in Duisburg von der Anklage, die Gemeindeverwaltung in Hamborn beleidigt zu haben. In einem Artikel unteres Duisburger Parteiorgan wurde die Kanalisation in Hamborn einer Besprechung unterzogen und dabei klargestellt, daß die Gemeinde mit dem Kanalbau durch die betreffende Unternehmerrfirma bemogelt werde und daß der die Kanalanlage beauftragende Beamte nicht nur den Sachverhalt kenne, sondern die Mogelei auch noch begünstige. Es war auch in dem Artikel genau angegeben, in welcher Weise die Unternehmerrfirma auf Kosten der Sicherheit der Kanalschächte den Ertragsprofiit herauschlage.

In der Verhandlung wurde der Wahrheitsbeweis in vollem Umfange erbracht. Das Gericht sprach aus, daß zweifellos der Beamte, der die Aufsicht über die ordnungsgemäße Ausführung des Kanalbaues hatte, durch Geldgeschenke vom Unternehmer seine Unabhängigkeit diesem gegenüber eingebüßt, mit ihm „Hand in Hand“ gearbeitet und die „Augen zugebunden“ habe. Der Vorsitzende, Walgenbach ist sein Name, hatte unter Eid befunden, daß er von den Ordnungswidrigkeiten nichts wisse und daß, wenn wirklich so wie die Zeitung behauptet habe, gearbeitet sei, dann ja Gefahr bestehe, daß der Schacht zusammenstürze! Daher sei es „ganz ausgeschlossen“, daß die Angaben richtig sein könnten. So die eidliche Aussage des Beamten! Und dann das Resultat! Selbst der Staatsanwalt erklärte, daß die Staatsanwaltschaft wahrheitsgemäß keine Anklage erheben haben würde, wenn sie den Sachverhalt genauer gekannt hätte.

Die zehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Braunschweig, 20. Juli.

Dritter Verhandlungstag.

Am Mittwoch morgen begann die Generaldebatte über die zum Statut, Streik- und Wahlreglement gestellten Anträge. Anträge, die sehr weitgehende und schwerwiegende Änderungen herbeiführen wollten, lagen nicht vor. Da die Situation im allgemeinen einer Weittragserhöhung wohl nicht günstig ist, so waren nur ganz vereinzelte Anträge eingegangen, welche die Beiträge um ein Geringes zu erhöhen bezweckten. Dagegen suchten eine größere Anzahl Filialen eine Änderung in der Beitragszahlung, an Stelle der gegenwärtigen sechsmonatigen Beitragszahlung eine solche in vier oder gar in zwei Raten (eine für männliche und eine für weibliche) einzuführen. Wohl war verschiedentlich eine wesentliche Erhöhung des Eintrittsgeldes gefordert, ein Antrag Kressfeld ging so weit, 1 Mark als Normalbeitrag und 2 Mark für wiederholt Eintretende zu fordern. Dem Antrag wurde in zutreffender Weise entgegengehalten, daß es für eine moderne Gewerkschaft nicht angängig ist, sich gewissermaßen mit einer chinesischen Mauer abzuschließen durch ein fast unerschwingliches Eintrittsgeld.

Wenn zwar nicht die Beiträge, so hatten die Sätze der verschiedenen Unterstützungsarten zu erhöhen um so mehr Filialen beantragt. Heilbronn hatte der geforderten Erhöhung der Streik-, Gewahrsam- und Krankenunterstützung den jedesmaligen ausdrücklichen Vorbehalt angefügt: „ohne die Beiträge zu erhöhen“, jedoch nicht gesagt, wo der Verband denn die Mittel hernehmen sollte, die erhöhten Unterstützungen zu zahlen. Zwei Filialen hatten allerdings auch beantragt, die obligatorische Krankenunterstützung zu einer fakultativen zu machen, eine andere, die Sterbeunterstützung ganz abzuschaffen, während drei weitere Orte die Karenzzeit zum Anrecht auf Krankenunterstützung für Neueintretende von 16 Wochen auf ein Jahr heraufgesetzt wissen wollten. Diese letzte Neuerung wurde von Hübsch (Generalkommission) dringend zur Annahme empfohlen. Er wies darauf hin, daß heute nur noch ganz wenige Organisationen diese einjährige Karenzzeit nicht eingerichtet haben. Dann warnte er nochmals vor jeder stärkeren Unterstützungsbelastung und berechnete, daß allein durch den Wegfall der dreitägigen Karenzzeit bei der Krankenunterstützung, wie verschiedene Filialen es wollten, eine Mehrausgabe von mindestens 12 000 Mark entstehen würde.

Ein Antrag wollte, daß Werkmeister in Zukunft nicht aufgenommen würden, da man verschiedentlich die böse Erfahrung machte, daß Werkmeister ihre Mitgliedschaft benutzen, um in den Versammlungen zu hordern und Mitglieder und Verband zu schädigen. Von einem Breslauer Delegierten wurde die Bildung einer Jugendabteilung erinort, nach dem Muster, wie sie kürzlich der Zigarrenarbeiterverband geschaffen. Ebenfalls war lebhafteste Stimmung für die Besetzung der von der Generalkommission eingerichteten Gewerkschaftskurse vorhanden, an denen der Tabakarbeiterverband bisher aus den verschiedensten Gründen noch nicht teilnehmen konnte. Den so zahlreich beantragten Erweiterungen der Unterstützungsbeihilfen traten aber viele Delegierte energisch entgegen mit der Darlegung, daß die Hebung der Lage der Arbeiter durch Unterstützungsbeihilfen immer nur Mittel zum Zweck, der eigentliche Selbstzweck des Verbandes aber die Hebung der Lage der Arbeiter durch die schärfstmögliche Führung des Kampfes sei.

Eine Richtung strebte vor stärkerer Gewinnung weiblicher Mitglieder eine ganz niedrige Beitragsklasse an, in der nur Streik- und Arbeitslosenunterstützung, dagegen keine Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung zur Auszahlung kommen sollte. So zeigten die Meinungen und Bestrebungen, wie dem Verbande am besten vorwärts zu helfen ist, eine bunte Vielfaltigkeit, die aber in der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse begründet liegt, unter denen in den einzelnen Bezirken die Produktion vor sich geht und die Agitation zur Gewinnung der Berufsangehörigen von den verschiedensten Faktoren beeinflusst wird.

Den Standpunkt des Vorstandes vertrat in ausgiebiger Weise der Vorsitzende Deichmann. Er warnte vor großer Experimentiererei, nach denen die Zeit nicht angetan sei, und ersucht, alle die Anträge auf Änderung der Beitragsklassen, des Wahlreglements usw. dem Vorstand zu überweisen, damit der nächsten Generalversammlung dann eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden kann. Er war bei der Wöchnerinnen-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung mit kleinen, von ihm näher erläuterten Erweiterungen einverstanden. Damit jedoch die Mittel zur Führung der Kämpfe dadurch nicht geschwächt würden, empfahl er als Äquivalent die Erhebung von Lokalbeiträgen und die scharfe Innehaltung der nach der Dauer der Mitgliedschaft gezogenen Staffelung bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. — Sämtliche Anträge wurden schließlich an eine Dreizehnerkommission verwiesen.

Soziales.

Geweregerichtswahl in Stolp.

Einen glänzenden Sieg erzielten die freien Gewerkschaften bei der Geweregerichtswahl im Stolp in Pommern. Bekanntlich war die Wahl im vorigen Jahre, wo die Gewerkschaften mit einer Majorität von 30 Stimmen den Sieg davontrugen, für ungültig erklärt worden. Nach einem Jahre fand nun am 19. Juli die Neuwahl statt. Es erhielten die Kandidaten der freien Gewerkschaften diesmal 878 Stimmen, der nationale Wischnasch brachte es nur auf 645 Stimmen, trotz wüster Agitation. In Pommern wird's hell.

Anfallsursachen.

Die Oberflächlichkeit so mancher ärztlichen Gutachten zu ungunsten des verletzten Arbeiters lehren recht viele Unfallprozesse, so auch der nachstehend geschilderte:

Der Lokomotivführer Paul L. hatte am 6. August 1908 durch Betriebsunfall eine Quetschung der rechten Schulter und Brust so wie eine Kontusion des Kopfes erlitten. Am 26. Januar 1909 ist L. verstorben. Die Witwe des L. stellte bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft den Antrag auf Hinterbliebenenrente. Gleichzeitig beanspruchte sie als Erbin ihres Mannes bis zu seinem Todestage die Vollrente, da ihr Ehemann nach der 13. Woche bis zum Todestage völlig erwerbsunfähig gewesen ist. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigungspflicht für die Witwe sowohl wie die bis zum Todestage verlangte Vollrente ab. Den ablehrenden Standpunkt begründete sie damit, daß L. seit dem 8. Dezember 1908 nur noch an geringer Behinderung in der Beweglichkeit des rechten Schultergelenks und Herabsetzung der rechten Kraft des rechten Arms gelitten habe. Dafür sei eine Rente von 30 Proz. ausreichend. Das Wagenleiden stehe mit dem Unfall in keinem ursächlichen Zusammenhange.

Für diese Annahme stützte sich die Berufsgenossenschaft auf das Gutachten des ersten behandelnden Arztes Dr. J., der befandete, „von einer Kopfverletzung wurde nichts wahrgenommen, obgleich auch dieser Körperteil unterworfen wurde“, und des Professors Dr. Sch., der es für ausgeschlossen hielt, daß der Schädelbruch am 6. August stattgefunden habe. Es müßte die Kopfverletzung sich der Ehemann später außerhalb des Betriebes zugezogen haben.

Die Witwe legte gegen den Bescheid Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in A. ein. Sie machte geltend, daß der Schädelbruch bei dem Unfall stattgefunden hat. Denn ihr Mann sei, als die Maschine mit den vier Wagen die Böschung herunterstürzte, im letzten Augenblick, ehe die Maschine in den Abzug (die Wurz) kippte, abgesprungen. Hierbei ist L. mit dem Kopf auf Steine aufgeschlagen. Wenn nun auch eine offensichtliche Kopfverletzung nicht festgestellt werden konnte, so scheint es dennoch hinreichend wahrscheinlich, daß bei dem Sturz ein Schädelbruch stattgefunden hat. Dafür spricht der Umstand, daß der Verstorbenen

unmittelbar nach dem Unfall über starke Kopfschmerzen klagte und sobald er den Kopf nach unten beugte, starken Schwindel und Uebelkeitsgefühl mit Erbrechen hatte. Das Erbrechen, welches von den Ärzten der Berufsgenossenschaft auf ein Magenleiden zurückgeführt wurde, müßte als ein rein nervöses Leiden aufgefaßt werden, das seine Erklärung in dem durch die Obduktion festgestellten Schädelbruch finde.

Das Schiedsgericht forderte ein ärztliches Obergutachten von dem Herrn Professor Dr. C. W. in Berlin ein. Dieser besahnte den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem am 6. August 1908 erlittenen Betriebsunfall. In dem Schlussumfasse des Obergutachtens heißt es: „... in Anbetracht endlich des Umstandes, daß weder vor noch nach dem 6. August 1908 ein anderer ähnlich gearteter Unfall, der als Ursache der Verletzungen in Frage kommen könnte, nachgewiesen ist, begutachte ich auf Grund des Sektionsergebnisses und der sonstigen Feststellungen nach bestem Wissen und Gewissen, daß die bei der von mir vorgenommenen Sektion des L. gefundenen Schädel-, Hirnhaut- und Gehirnverletzungen, die durch Hinzutreten von Hirnhautentzündung und Gehirnwasserzufuhr den Tod des L. bedingten, mit größter Wahrscheinlichkeit als Folgen des am 6. August 1908 erlittenen Betriebsunfalles angesehen werden müssen.“

Nunmehr erklärte sich die Tiefbau-Berufsgenossenschaft — auf Grund des ärztlichen Gutachtens — bereit, den Tod als Unfallfolge anzuerkennen. Die Witwe erhält ihre Rente.

Auffallend ist die Oberflächlichkeit der Ärzte der Berufsgenossenschaft. Selbst Laien ist bekannt, daß auch da, wo ein Schädelbruch nicht stattfindet, heftige Erschütterungen, wie sie beim Sturz und Fall sich ereignen, Gehirnverletzungen, innere Blutungen und Erbrechen nach sich ziehen. Den Ärzten der Berufsgenossenschaft genügt aber, daß äußere Verletzungen des Kopfes nicht wahrgenommen wurden, um ein per Witwe ungünstiges Gutachten abzugeben.

Aus Industrie und Handel.

Ein Bankbruch?

Seit einiger Zeit verlautet an der Börse, daß die Niederdeutsche Bank mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Die Gerüchte wurden zuerst dementiert, halb aber mußte die Bankleitung bekanntgeben, daß Aufsichtsrat und Vorstand des Instituts auf Anregung der Banken die Deutsche Treuhand-Gesellschaft beauftragt habe, unverzüglich eine Revision der Gesamtverhältnisse auszuführen. Weiterhin gab die Bank bekannt, daß sie für alle Fälle gerüstet sei; es verlautete, daß ihr von Mitgliedern des Aufsichtsrates und von Großbanken erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt worden waren. Es herrschte vielfach die Anschauung vor, daß eine Ordnung der Verhältnisse sich nunmehr in Ruhe vollziehen werde. Allein am 14. Juli teilte die Bank mit, daß infolge der Revision durch die Deutsche Treuhand-Gesellschaft ihre Kassen drei Tage lang geschlossen bleiben. Daß die Kassenschließung auf die Dauer von drei Tagen nicht allein durch die Revision bedingt wurde, konnte keinem Zweifel unterliegen, ähnliche Revisionen in noch viel größerem Umfang erfolgen häufig genug, ohne daß dadurch etwa eine Stilllegung des Betriebes erforderlich wird. Bald stellte sich nun die Notwendigkeit einer Hilfsaktion heraus und die Reichsbank ergriff dazu selbst die Initiative. Herr Wasser mann forderte noch dazu in einem Telegramm die Regierung auf, alles zu tun, um der Bank zu Hilfe zu kommen. Bis jetzt haben die Beratungen der Banken noch zu keinem Resultat geführt. Es scheint aber sicher zu sein, daß das Aktienkapital von 12 Millionen Mark als verloren anzusehen ist. Fraglich ist nur, ob wenigstens die Gläubiger voll befriedigt werden können.

Man hat die Entwidlung der Niederdeutschen Bank, die in den letzten Jahren in einem Eilempo Erweiterungen vornahm, in Fachkreisen vielfach mit Skepsis betrachtet, der Ausdehnungsdrang schien schon früher nicht unbedenklich. Sie ging aus der Westfälischen Bankkommandite Ohm, Herkelp u. Co. hervor, die neue Firma hat sie im Mai 1908 angenommen. Im Jahre 1907 übernahm sie die Bankfirmen J. Schwabe u. Co. in Wittingen, C. Brausing in Osnabrück und Wolf u. Bomber in Bremerhaven, die als Zweigniederlassungen fortgeführt wurden. 1908 wurde der Spar- und Kreditverein in Godesberg übernommen, im Jahre 1909 erfolgte die Übernahme der Bankfirmen Louis Wolff in Hamburg und C. W. Schmiedorf in Brandenburg a. d. Havel sowie die Übernahme der Kreis Bergheimer Volksbank. Mitte April dieses Jahres errichtete das Institut, das in Dortmund seinen Sitz hat, noch eine neue Filiale. Es unterhält zurzeit Zweigniederlassungen in Veddberg, Brandenburg, Münster i. W., Hamburg, Horrem, Paderborn, Hannover, Essen, Wittingen, Gelsenkirchen, Hörde, Emden, Bremerhaven, Bremerwerde, Bramsche, Burgsteinfurt, Coesfeld, Emsdetten, Godesberg, Klappenburg, Lüdinghausen, Melle, Oelde, Osnabrück, Warendorf, Ortrop. Die Verpflichtungen der Niederdeutschen Bank, deren Grundkapital 12 Millionen Mark beträgt, werden auf etwa 40 Millionen Mark geschätzt.

Vom Stahlwerksverband. Aus Düsseldorf wird telegraphiert: In der heutigen Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde über die Geschäftslage mitgeteilt: Auf dem Inlandsmarkte von Halbzeug ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vormonat nicht eingetreten. Der Eingang von Spezifikationen ist befriedigend, jedoch ist zu erwarten, daß die mit der Inventuraufnahme verbundene stillere Zeit sowie der eben erst beendete Metallarbeiterstreik im Hagen-Schweilmer Bezirk den Versand föhrend beeinflussen. Das Auslandsgeschäft liegt weiter ruhig. In schwerem Eisenbahnmateriale wurde die vorläufige Schätzung des Gesamtbedarfes der preussischen Staatsbahnen in Schienen und Schwellen aufgegeben. Nach diesen Angaben hat sich unsere, im letzten Bericht ausgeprochene Befürchtung, die durchschnittlichen Auftragsmengen der letzten Jahre würden wieder nicht erreicht werden, verwirklicht, indem der Bedarf für 1911 gegenüber dem Vorjahre um über vierzigtausend Tonnen zurückbleibt. Der Inlandsabgab muß daher einen weiteren Rückgang erfahren, wenn nicht noch größere Nachbestellungen herauskommen werden. Bessere Aussichten scheint die kommunale und private Bautätigkeit hinsichtlich der Anlage von Klein- und Nebenbahnen zu bieten, daher eine ganze Reihe von Projekten der Erledigung harren. Das Auslandsgeschäft lag nach wie vor recht befriedigend und brachte eine weitere Anzahl großer Aufträge herein. Der Absatz nach dem Ausland bewegte sich in steigender Richtung und der Auslandsbedarf in Eisenbahnmateriale im Juni überstieg zum erstenmal den des Inlandes. In Millionen waren der Absatz sowohl vom Inland als vom Ausland befriedigend, und die Milliardeisenwerke sind noch für mehrere Monate mit Arbeit versehen. Ebenso gehen in Gruben-schienen die Spezifikationen in hinreichendem Umfange ein, namentlich vom Auslande, wo nur in der Preisstellung der belgische Wettbewerb föhrend auftritt. In Formeisen wirkte die Beilegung der Bauarbeiter-Aussperrung belebend auf das Geschäft, und die seitherige Zurückhaltung machte einer besseren Absichtstätigkeit Platz. Der vollen Wiederaufnahme der Bautätigkeit standen zum Teil noch die schlechten Witterungsverhältnisse entgegen. Das Auslandsgeschäft hat sich weiter befriedigend gestaltet und der Spezifikationsengang ist in den letzten Wochen roger geworden.

Gewerkschaftliches.

Die bürgerliche Presse und die kämpfenden Arbeiter.

Sobald die Arbeiter zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in eine Bewegung eintreten, sofort sind die bürgerlichen Zeitungen dabei, diesen Arbeitern hindernd im Wege zu stehen und sie zu verdächtigen. Zurzeit stehen, wie wir an anderer Stelle berichten, die Arbeiter der Speditionsfirma Thomas in Spandau im Streik. Sofort erscheint, zunächst in „Anz. f. d. Havelland“ und im „Spand. Tageblatt“ die Nachricht, daß gegen die arbeitswilligen Hafenarbeiter von Streikenden Gewalttätigkeiten verübt worden sind und daß den Arbeitswilligen, deren Zahl sich täglich vermehrt, verstärkter polizeilicher Schutz gewährt werden soll. Die sogenannte unparteiische „Spandauer Zeitung“ tißt ihren Lesern folgende Nachricht über die Streikenden auf:

„Es ist auch Aussicht vorhanden, daß die Arbeit durch das dauernde Einstellen fremder Arbeiter bald wieder in vollem Umfange aufgenommen werden kann. Die Streikenden sind bisher überhaupt noch nicht mit ihren Forderungen an den Unternehmer, den Spediteur Thomas herantreten, so daß persönliche Verhandlungen zwischen beiden Parteien bis jetzt noch nicht stattfinden konnten.“

Das Blatt verschweigt seinen Lesern, daß der Spediteur Thomas verreist ist, daß er schon am vorigen Sonnabend hier sein wollte und heute noch nicht hier ist. Die Arbeiter sollten zweifellos hingehalten werden, bis die Arbeit fertig war. Das haben sie sich nicht gefallen lassen. Auch mit den Arbeitswilligen ist es so schlimm noch nicht, vorläufig bestehen die Arbeitswilligen wohl zumeist aus dem Geschäftsführer und dem Kontorpersonal, die im Schweiße ihres Angesichts mit Krügen und Manchetten Streikbrecherdienste leisten. Es ist hohe Zeit, daß die Arbeiter den bürgerlichen Blättern, die sie mit solchen falschen Nachrichten füttern und in ihrem Kampfe entgegneten, bald den verdienten Fußtritt geben. Sinaus mit den bürgerlichen Zeitungen aus den Wohnungen der Arbeiter.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Forme und Sicherer Arbeiter! Der Streik bei Schwarzkopff ist durch Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen beendet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Zu dem Streik der Schmiede nahm am Mittwochabend eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes, Ortsverwaltung Berlin, Stellung. Voelkers Saal in der Weberstraße, wo die Versammlung tagte, war bis auf den letzten Platz besetzt, und Sierings Referat über den Stand der Lohnbewegung der Innungsgehilfen fand die größte Aufmerksamkeit. Der Redner schilderte die Entstehung und den Verlauf des Kampfes. Der Haltung der Streikenden sollte er viel Anerkennung und gab der Erwartung Ausdruck, daß ein günstiger Abschluß zu verzeichnen sein werde, wenn die Streikenden in ihrer Einmütigkeit beharren. (Beifall.) Redner rechtfertigte die Maßnahmen der Verwaltung in bezug auf die Unterstützung der Unorganisierten. Die Versammlung billigte diese Maßnahmen und erkannte an, daß der Stand der Bewegung es erforderlich machte. In der Diskussion wurden die Streikenden von zahlreichen Rednern angefeuert, ausdauernden und den Kampf gegen die Streikbrecher unermüdbar fortzuführen. Auf die Kosten dürfe es bei dieser Bewegung nicht ankommen. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 20. Juli in Voelkers Festhallen tagende Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem Stande des Kampfes der Innungsgehilfen. Die Versammelten sprechen den kämpfenden Kollegen ihre vollste Sympathie aus und fordern sie auf, in Zukunft ebenso einheitlich zusammenzutreten wie bisher und nicht eher zu ruhen, bis ihre gerechten Forderungen bewilligt sind. — Die Versammelten geloben ihrerseits alles zu tun, um den kämpfenden Kollegen zum Siege zu verhelfen.“

Verschiedene Anträge in bezug auf die Unterstützung der Streikenden wurden der Verwaltung überwiesen, in der Erwartung, daß diese alle notwendigen Maßnahmen zu rechter Zeit treffen werde.

Die Lohnbewegung der Böttcher wurde bekanntlich vor vierzehn Tagen begonnen. Die hauptsächlichsten Forderungen sind Gewährung eines Wochenlohnes von 35 M. und die neunstündige Arbeitszeit. Wie am Mittwoch in einer Versammlung des Böttcherverbandes berichtet wurde, haben bis jetzt 24 Betriebe mit 111 Arbeitern die aufgestellten Forderungen, einschließlich der Nebenforderungen, in vollem Umfange bewilligt. In 18 Betrieben mit 33 Arbeitern geschah das ohne Einstellung der Arbeit. Vier Betriebe mit 14 Arbeitern befinden sich noch im Streik. Mit der Innung steht der Verband noch in Verhandlung, um den Tarif für ganz Berlin auf 3 Jahre festzulegen, was voraussichtlich auch gelingen wird. Es gilt dann noch, den Tarif auch in den chemischen Fabriken und Essigsäurefabriken, welche Böttcher beschäftigen, zur Durchführung zu bringen. Es wurde betont, daß man mit diesem Ergebnis der Bewegung durchaus zufrieden sein könne.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche sich mit der Tätigkeit der Kommission einverstanden erklärt, und sie beauftragt, die etwa noch erforderlichen Verhandlungen in demselben Sinne wie bisher fortzuführen.

Die Glaser haben beschlossen, den Arbeitsnachweis der Innung zu sperren. Sie sind es müde, den Nachweis in den Händen der Innung zu lassen, die ihn nach ihrem Belieben verwaltet. Sogar die Arbeitslosen haben in einer Versammlung, die sie am Mittwochvormittag abhielten, einstimmig beschlossen, die Sperre über den Nachweis der Innung zu verhängen. Diesem Beschluß trat eine Versammlung am Abend desselben Tages bei, die der Zentralverband der Glaser nach dem Gewerkschaftshause einberufen hatte. Einstimmig erklärte man sich hier für den paritätischen Arbeitsnachweis, der unter allen Umständen wiederherzustellen sei, denn die Interessen der Arbeiter könnten nur gewahrt werden, wenn die Arbeiter an der Verwaltung des Nachweises ihren vollberechtigten Anteil haben. Der paritätische Arbeitsnachweis ging verloren, als die wirtschaftliche Krise die Stellung der organisierten Glaser schwächte und das Regulator, das den Organisierten ein Vorkaufsrecht einräumte, keine Anerkennung mehr fand, da sogar die Behörden den Innungen verbieten hatten, einem solchen Regulator beizutreten. — Die Forderungen, die bisher zurückgehalten werden mußten, sind gegenwärtig aber wieder in den Vordergrund getreten, und die Glaser sind entschlossen, den Kampf um ihren Arbeitsnachweis mit aller Energie aufzunehmen.

Achtung, Tüpfel! Die Sperre über die Firma Link u. Rothert hat sich erledigt, da die Firma wieder Verbandskollegen beschäftigt und den Tarif bezahlt.

Ueber die Firma Engler, Rigdorf, Berliner Str. 88, mußte wegen Beschäftigung von Wilden die Sperre verhängt werden. In Frage kommt zurzeit der Bau Osener Straße.

Die Verbandsleitung.

Der Streik der Gasarbeiter bei der Firma Kurt Thomas in Spandau dauert ununterbrochen fort. Die Firma versucht den Betrieb mit einigen arbeitswilligen zweifelhaften Verkommern notwendig aufrecht zu erhalten, was ihr allerdings auf die Dauer unmöglich sein wird. Ferner versucht die Firma durch Inserate in den bürgerlichen Zeitungen der Mark Brandenburg Arbeitswillige heranzuziehen. So wird dem Transportarbeiterverband von den Ortsverwaltungen in Frankfurt a. O. und Fürstentum Weiden-

geteilt, daß in den dortigen Blättern nachstehendes Inserat zu lesen ist:

„Tüchtige Arbeiter, außerhalb des Transportarbeiterverbandes stehend, stellt bei lohnendem Verdienst sofort ein: Curt Thomas, Spandau, Stresowplatz 8. Bei Ausschalten der Arbeit wird Reisegeld vergütet.“

Die Parteipresse sowie die örtlichen Funktionäre werden er sucht, ein wachsames Auge auf eventuelle Arbeitswillige zu haben und die Arbeiter durch Wort und Schrift über die Situation aufzuklären.

Ferner hat sich der Gastwirt Carl Berlin, Spandau, Stresowplatz 3, als Streikbrecheragent entpuppt, indem er ein Lokal in seinem Lokal zum Ausgang brachte, wonach Arbeiter bei hohem Lohn eingestellt werden. Die Betreffenden, die er dann vermittelt, werden durch eine Hintertür aus dem Lokal geführt und der Firma zur Verfügung gestellt.

Auch der Vorarbeiter und ehemaliges Mitglied des Verbandes Heinrich Gehlich, Bräderstraße 28, der vorher in Diensten der Firma als Rangierer stehende Arbeiter Biere, Schönwalder Straße 26, sind für den Unternehmer Thomas in die Breche gesprungen und verrichten Streikarbeit.

Der Streik selbst steht nach wie vor für die Streikenden günstig und sind bereits Einigungsverhandlungen seitens des Gewerbegerichts angebahnt.

Ausland.

Demonstrierende Meister.

In Aussia an der Elbe, Deutschböhmen, haben die Maser- und Lackiermeister die Gehilfen ausgeperrt. Zwei Unternehmer machten nicht mit. Deshalb zogen die andern demonstrierend vor ihre Werkstätten. Von Polizeiataken, Verhaftungen und Auflagen ist aber nichts zu hören.

Zum Eisenbahnerstreik in England.

Der Streik der Angestellten der Nordostbahn-Gesellschaft hat sich rapide ausgedehnt. Gegenwärtig streiken 25 000 Mann. Einer der Führer der Bewegung hat gestern nachmittag erklärt, daß der Streik das Resultat einer nationalen Uebereinkunft sei, die seit mehreren Jahren schon zwischen den Mitgliedern der Amalgamated Society der Angestellten der Eisenbahnen besteht. Gestern Abend fand eine Konferenz zwischen den Vertretern der Ausständigen und der Direktion der North Eastern Railway Co. statt. Der gesamte Handel hat unter dem Streik schwer zu leiden, die Kohlengruben haben nahezu sämtlich die Arbeit aufgegeben, da ihre Kohlen nicht mehr befördert werden können, die Lohndarbeiter in den Häfen sind ohne Beschäftigung. Auch haben eine Anzahl von Eisen- und Stahlwerken in Middlesborough den Betrieb eingestellt, da es an Feuerungsmaterial und an Rohstoffen fehlt. Ueber fünftausend Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden und durchziehen die Straßen. Die Kohlenverschiebungen am Tynebod haben vollständig aufgehört. Es ist der Eisenbahnverwaltung gelungen, eine Anzahl Züge abzulassen, trotzdem liegen Hunderte von Gallonen Milch und andere leicht verderbliche Waren unabgeliefert da. Die Durchführung des Eisenbahndienstes gestaltet sich sehr schwierig, nur noch einige große Expreszüge haben verkehren können, aber auch hier machen sich bereits Schwierigkeiten bemerkbar, die voraussehen lassen, daß in kurzem schon der gesamte Verkehr eingestellt werden muß. Alle Bahnhöfe im nordöstlichen und nordwestlichen England sind vollständig leer. Die Fischer im Hafen von Tyne arbeiten nicht mehr, denn ihre Fische können nicht mehr befördert werden. In Sunderland sind die Lokomotivführer und Geizer der Eisenbahnzüge abgestiegen und haben den Reisenden ruhig erklärt, daß sie nicht mehr auf die Maschinen zurückkehren würden. Es blieb den Reisenden nichts anderes übrig, als mit einem anderen Zuge wieder nach ihrem Herkunftsort zurückzufahren. — Die Konferenz zwischen den Delegierten der Ausständigen und der Direktion der Eisenbahngesellschaft ist ohne Ergebnis geblieben, obwohl die Besprechungen volle vier Stunden gedauert haben. Zehntausend Grubenarbeiter feiern infolge des Streiks und ihre Zahl dürfte sich heute verdoppeln. Aus Middlesborough wird gemeldet, daß die Zahl der streikenden Eisenbahner sich im Laufe des gestrigen Tages um 2000 vermehrt hat. In den Abendstunden fand eine abermalige Konferenz zwischen den Direktoren der North Eastern-Gesellschaft und den Vertretern der Ausständigen statt, aber auch diese Verhandlung verlief resultatlos. Die Direktion der Eisenbahngesellschaft erklärt, daß sie unter folgenden Bedingungen bereit sei, die Vorschläge der Ausständigen anzunehmen: Alle Ausständigen können die Arbeit sofort wieder aufnehmen; es wird niemand wegen seiner Teilnahme am Streik gemahnt und auch nichts darüber in seinem Personalbuch eingetragen. Die Gesellschaft verpflichtet sich, in einem von den Ausständigen zu bestimmenden Zeitraum sich mit den Forderungen der Eisenbahngestellten zu beschäftigen und eine Deputation der letzteren innerhalb 8 Tagen zu empfangen, um ihre Forderungen mit der Direktion der Gesellschaft selbst zu diskutieren.

London, 21. Juli. Die Angestellten und Arbeiter der Westbahnen hielten heute morgen eine neue Versammlung ab, worin sehr heftige Reden gehalten wurden. Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, nach welcher sich die Anwesenden verpflichteten, dafür zu sorgen, daß sofort auf das erste Signal des Streikausbruches massenhaft beantwortet werde und worin ferner alle Mittel, selbst die äußersten für recht erklärt und befürwortet werden, um den Streik durchzusetzen und Genugtuung zu erlangen. Die Versammlung trennte sich ohne Zwischenfall.

Newcastle on Tyne, 21. Juli. (W. L. W.) Der Ausstand der Eisenbahner ist beendet. Die Streikenden haben die Vorschläge der Eisenbahngesellschaft angenommen und werden die Arbeit sofort wieder aufnehmen.

Der Ausstand in Bilbao

Volleacht sich ohne jealiden Zwischenfall. Die Arbeit ist auf allen Gruben eingestellt. Die Lokalpresse veröffentlicht ein Dokument, worin die Arbeitgeber erklären, daß sie den Reinstandtag unter jeder Bedingung ablehnen müssen. Der Generalstreik dehnt sich auch auf die Stadt Santander aus. In einer Versammlung in Sapuerta, welche von circa 5000 Arbeitern besucht war, ist beschlossen worden, den Generalstreik bis zum äußersten durchzuführen und nicht eher nachzugeben, als bis die Forderungen der Arbeiter sämtlich erfüllt sind. Die Infanterieregimenter in San Sebastian und Pampeluna sind bereits nach Bilbao abgegangen.

Die Folgen des nordamerikanischen Bahnarbeiterstreiks.

Der Schaden, den der Streik der Eisenbahner der „Grand Trunk Railway“ anrichtet, ist groß, wenn auch die erwartete Beteiligung der Angestellten anderer Gesellschaften ausgeblieben ist. Es ist ein stiller, erbitterter Kampf, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ausgefochten wird. Während der letzten 24 Stunden hat nur ein einziger Güterzug den Bahnhof von Montreal verlassen. Milch und Fleisch wird bereits in einzelnen Ortschaften knapp. Das Vieh stirbt in den engen Bahn-

waggons, die nicht weiter befördert werden können, und verdorbene Nahrungsmittel sammeln sich in den Güterhallen der Bahnhöfe an. Die Zahl der Streikenden wird von beiden Seiten auf 8700 angegeben. Die Angestellten der Canadian Pacific Railway verweigern die Sympathiestreik. Auch die Bahntelegraphisten sind vorläufig nicht in den Ausstand getreten. Sie haben ihre Forderungen einem Schiedsgericht überwiesen, das von der Bahndirektion als kompetent anerkannt worden ist. Man hofft, in zwei bis drei Tagen den vollen Betrieb wieder aufnehmen zu können, da bis dahin eine Einigung zu erwarten ist.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Zurechtweisung.

Der gegenwärtig in Stuttgart tagende Bundestag der deutschen Gastwirte, eine gut bürgerliche Veranstaltung, aber von Sachlemern inszeniert, beschäftigte sich u. a. auch mit der „Stellungnahme gegen die Bestrebungen auf Abschaffung der Kellnerinnen“, worüber ein Antrag des Badischen Verbandes vorlag. Der Referent Fecht (Karlsruhe) führte hierzu aus, daß die Kellnerinnen in Süddeutschland etwas ganz anderes darstellten, als in Norddeutschland. Man müsse zu der Frage Stellung nehmen, namentlich angeht die Petition der Frau Professor Zellinek (Heidelberg). Wegen dieser Petition müsse man lebhaft protestieren und die Kellnerinnen in Schutz nehmen, damit nicht dem süddeutschen Gastwirtsberuf das Handwerk unterbunden würde. Von einer Beschlusfassung wurde Abstand genommen, weil die Sache durch eine vorangegangene Besprechung der Abänderung der Gewerbeordnung erledigt sei. Nichtsdestoweniger wirkt diese Erörterung von sachverständiger Seite wie eine klärende Ohrfeige auf die Bestrebungen, den arbeitenden Frauen aus Voreingenommenheit einen Teil ihrer Erwerbsmöglichkeit zu nehmen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Vorsigwalde. Montag, den 25. d. Mts., Ausflug der Genossinnen nach Kapenberg. Treffpunkt vormittag 8 1/2 Uhr bei Hülse, Ernstraße 5. Für Genossinnen, welche sich der Partie anschließen wollen, Sammelplatz bis 9 Uhr an der Dampferhaltestelle Zegel. Vorverkauf der Billets in Vorsigwalde beim Genossen Kienast, in Zegel beim Genossen Sauer, Berliner Straße, im Piquarengeschäft. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Sämtliche Teilnehmer haben Fahrpreisermäßigung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Feuer im Viktoria-Speicher.

Gestern Abend wurden mehrere Züge der Feuerweh nach der Köpenicker Straße 24 alarmiert. Dort brannten in der Schmiede der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft Regale mit altem Hausrat und Gerümpel. Es gelang bald, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Entstehung des Brandes wird auf Funkenflug zurückgeführt. Wie erinnerlich sein wird, ist der Viktoria-Speicher schon zweimal von großen Bränden heimgesucht worden. Diesmal ist der Schaden nicht erheblich, auch durch Versicherung voll gedeckt.

Die Budgetdebatte im englischen Unterhaus.

London, 21. Juli. (W. L. W.) Im Verlauf der allgemeinen Debatte über das Budget im Unterhaus berührte Balfour die Frage der Vorzugsstarke mit den Kolonien. Er kritisierte die Fiskalpolitik der Regierung und wies auf das selbständige Vorgehen der Kolonien hin, welche über Verträge mit fremden Ländern verhandeln. England könne sich nicht außerhalb des Reiches der Verträge halten, welche eine Minderung der Vorteile aus den Vorzugszöllen veranlassen, die England in dem Handelsverkehr mit seinen Kolonien genieße. Asquith wies darauf hin, daß Deutschland dem höchsten kanadischen Zolltarif unterworfen sei und daß die den Vereinigten Staaten seitens Kanada gewährten Zugeständnisse den britischen Handelsverkehr mit Kanada nicht ernsthaft beeinträchtigen. England genieße den Vorzugsstarke mit Kanada. Ein Freihandelsystem innerhalb des Reiches sei unmöglich.

Der russisch-japanische Vertrag.

Peking, 21. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die chinesische Regierung hat auf die Mitteilung von dem Abschluß der russisch-japanischen Konvention geantwortet, sie freue sich über das Festhalten an dem Vertrage von Portsmouth und an dem status quo in der Mandchurei. China werde in Zukunft im Einklang mit dem Vertrage von Portsmouth und mit den chinesisch-japanischen Verträgen handeln und seine Bemühungen fortsetzen, in allen Angelegenheiten, die sich ergäben aus der Ausübung seiner Hoheitsrechte und aus der gleichen Gelegenheit zur Entwicklung von Handel und Industrie, damit die Interessen aller Länder aufs beste gefördert würden.

Schwere Unwetter.

Siew, 21. Juli. (W. L. W.) Im Kreise Tscherskass sind durch einen mit einem Wolkenbruch verbundenen Orkan 17 Gebäude zerstört und 8 Mühlen beschädigt worden.

Neue Unruhen in Persien.

Teheran, 21. Juli. (W. L. W.) In Hamadan sind große Unruhen ausgebrochen. Mussteid Scheich ist ermordet worden.

Gegen die aufständigen Bengalen.

Kalkutta, 21. Juli. (W. L. W.) Die Nachforschung nach verborgenen Waffen wird von der Polizeibehörde weiter fortgesetzt. Bei einer gestern Nacht in einem Hause von Nordkalkutta vorgenommenen unvermuteten Durchsuchung wurden Revolver, Pistolen mit Gewehren und Patronen gefunden. Die Bewohner, zwei junge Bengalen, entkamen. Ein besonderer Gerichtshof ist nunmehr mit der Führung des Prozesses gegen dreizehn angesehene Bengalen aus Kalkutta beauftragt worden, die beschuldigt werden, zum Kriege gegen den König aufgereizt zu haben. Der Gerichtshof wird sich später mit einem Prozeß gegen 45 andere Personen zu befassen haben, unter denen sich einige reiche und angesehenen Männer befinden. Die diesen zur Last gelegten Vergehen sind noch nicht bekannt.

15 Arbeiter erstickt.

Johannesburg, 21. Juli. (W. L. W.) In der Simmer East Deep Mine sind durch Gasbildungen infolge von Entzündung einer Kiste Gelatin fünfzehn Eingeborene erstickt. Dreizehn Weiße und sechsundsechzig Eingeborene mußten in das Hospital gebracht werden.

Dem Moloch Militarismus zum Opfer gefallen.

Fort Monroe Virginia (Nordamerika), 21. Juli. (W. L. W.) Während einer Schießübung der Batterie des Forts wurde der Verluß bei einem Geschütz nach hinten herausgeschleudert. Zehn Artilleristen wurden getötet, zwei schwer und fünf leicht verletzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsskizzen.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: H. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft.

Die Parteipresse über die Budgetbewilligung.

Die „Mainzer Volkszeitung“ veröffentlicht einen Artikel eines führenden Genossen Dr. F. in Baden, also offenbar des Genossen Frank. Dieser führt zuerst aus, daß die Fraktion im Landtag parlamentarischen Einfluß ausgeübt habe. Außer der Stelle im Präsidium, für deren Uebernahme ihr keine Bedingungen gestellt waren, hatte sie die Referate über das Volksschulwesen und die Fabrikinspektion, sowie die Verichterstattung bei einer Reihe von wichtigen Gesetzen und Anträgen inne. Dann fährt der Artikel fort: „Kein vernünftiger Mensch konnte erwarten, daß die Liberalen sozialdemokratische Politik treiben würden. Aber unter der erzieherischen Wirkung unserer Zusammenarbeit machten sie Ernst mit liberalen Forderungen. Alle großen Gesetze tragen diesen Stempel und wurden gegen das Zentrum geschlossen. In dem Schulgesetz wurde die Simultanschule erfolgreich verteidigt und befestigt, und die neue Bestimmung auf unseren Antrag aufgenommen, daß die Disziplinfindung gegen den Willen ihrer Eltern keinen Religionsunterricht zu besuchen brauchen. Durch das neue Einkommensteuergesetz wurden, wieder auf unseren Antrag, die Einkommen bis zu 1400 Mark erheblich entlastet, die großen Einkommen stärker herangezogen. Durch die neue Gemeinde- und Städteordnung wurde zwar die allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl nur in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern bewilligt, aber der Kreis der Wahlberechtigten stark erweitert. Nicht bloß die Bürger, sondern alle Einwohner deutscher Nationalität über 25 Jahren haben unter gewissen Voraussetzungen das Wahlrecht. Unsere Bürgermeister brauchen keine Bestätigung. Durch die Neueinführung der Verhältniswahl werden wir mit einem Schlag entsprechend unserer Stärke auf allen Rathhäusern vertreten sein, ohne lokale Wahlbündnisse schließen zu müssen. Die erbitterte Gegnerschaft unserer Junker und Scharfmacher gegen das Gesetz beweist am besten, daß es unseren Nachbereich erweitern wird. Um die Tendenz unserer Arbeiten zu kennzeichnen, will ich noch erwähnen, daß unser Antrag auf Besteuerung der Titel und Orden angenommen und daß schließlich der prinzipiell sehr wichtige Beschluß gegen das Zentrum von der Großblödmehrheit gefaßt wurde, die Regierung aufzufordern, im nächsten Budget 100 000 M. für Arbeitslosenfürsorge einzustellen. Es sollten aus dieser Summe Zuschüsse an solche Gemeinden gegeben werden, die eine Arbeitslosenversicherung einführen. Daß die Fraktion dem Budget dieses Landtages, in dem die Sozialdemokratie an der Spitze stand, zustimmen würde, wurde seit Monaten von uns als selbstverständlich betrachtet. Es gibt keine Resolution, die für alle politischen Situationen paßt, — aber das oberste, ungeschriebene Gesetz jeder Politik gebietet, seine Taktik nach den Verhältnissen einzurichten. Daß wir nach einer Großblödarbeit von acht Monaten dem Zentrum den Triumph bereiten sollten, festzustellen, es sei unentbehrlich für die Erledigung des Budgets, konnten wir nicht verantworten. Da trat vor einigen Wochen ein Ereignis ein, das unsere Haltung in Frage stellte. In einer Kommissionsitzung äußerte der Minister des Innern v. Bodman, ein Sozialdemokrat könne nicht vom Großherzog als Bezirksrat ernannt werden. Die Worte führten zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern und dem Minister. Die Fraktion kam auf Grund dieses Vorfalls zu dem Entschluß, das Budget abzulehnen mit der Erklärung, die Regierung mache uns die Annahme des Budgets, an dem wir so eifrig mitgearbeitet, unmöglich, weil sie uns politisch nicht als gleichberechtigt behandle.“

Am Abend vor der Abstimmung über das Budget fand eine Sitzung unseres Herrenhauses statt, in der von dem liberalen Baron Stöcking eine heftige Angriffsrede gegen Minister v. Bodman gerichtet wurde, weil er durch die neue, freireligiöse Gemeindeordnung die Sozialdemokratie fördere und so die Revolution vorbereite. Der Minister wich nicht zurück, sondern legte als sein Regierungsprogramm dar, die Sozialdemokratie müsse zur Mitarbeit herangezogen werden. „Die Sozialdemokratie sei eine großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes.“ In diesem offenen, mutigen Bekenntnis schienen uns eine Zurechnung jener in der Kommission gemachten, unsere Parteipresse verlegenden Bemerkungen zu liegen, und am andern Morgen beschloß die Fraktion nach kurzer Beratung, jetzt für das Finanzgesetz zu stimmen, wie es die politische Situation verlange. Hätten wir noch Zeit gehabt, dann hätten wir gern dem Parteivorstand Gelegenheit gegeben, mit uns die Sache zu beraten. So aber waren wir gezwungen, sofort zu handeln, — und wir haben es getan und werden dafür die Verantwortung tragen. Es wäre schlimm um die Partei bestellt, wenn es ihr an Männern fehlen würde, die den Mut haben, unausführbare Parteibeschlüsse unausgeführt zu lassen.“

Ueber den Mut wollen wir nicht streiten. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die Parlamentarier die Voauftragten der Partei sind und nur dann ihre Aufträge übernehmen dürfen, wenn sie diese ausführen wollen, im anderen Falle aber sie eben nicht hätten übernehmen dürfen. Wir möchten aber fragen, wer über die Frage, ob unausführbar oder nicht, zu entscheiden habe. Nach Frank offenbar die Parlamentarier, die das besser verstehen, als die Delegierten der Parteiklassen der Gesamtpartei unabhängig zu machen und die selbstherrliche Fraktion über die Partei zu stellen, nicht proklamiert werden.

Zur Klarstellung trägt es auch bei, daß Genosse Frank mitteilt, daß die Fraktion seit Monaten entschlossen war, für das Budget zu stimmen. Sie hätte also genügend Zeit gehabt, sich mit dem Parteivorstand ins Einvernehmen zu setzen, schon lange vor dem 11. Juli, an dem sie beschloß, dagegen zu stimmen. Danach kann man schon beurteilen, was von der Versicherung zu halten sei, daß zuletzt nur Zeitmangel die Fraktion von einer Verständigung abgehalten habe.

Auch über den „Liberalismus“ der angenommenen Gesetze wollen wir nicht rechten und meinen nur, ein Dreiklassenwahlrecht bleibt auch mit Sechstelung ein politisches Ausnahmengesetz gegen die Verfassung.

Das eine aber muß doch konstatiert werden: All das hat mit der Budgetabstimmung und der Hoßgängerrei nicht das geringste zu tun. All diese Gesetze hatten die Majorität und wären angenommen worden, auch ohne daß wir für das Budget gestimmt hätten. Diese Abstimmung geschah nur, wie es heute auch in der „Mainheimer Volksstimme“ heißt, um die Stellung eines Ministers bei Hofe — in dem demokratischen Musterland entscheidet nämlich die Krone und nicht die Volksvertretung über Zusammensetzung der Regierung und ihren Kurs — zu festigen. Daß ein Minister, der Sozialdemokraten zur Verleugnung oder wenigstens Verhüllung ihrer Grundsätze verleitet, dadurch in seiner Stellung befestigt wird, ist richtig. Die herrschenden Klassen müßten ihr Interesse schlecht verstehen, wenn sie einen solchen Minister nicht hegen und pflegten. Aber eben deshalb scheint uns solche Haltung mit sozialdemokratischer Politik unvereinbar zu sein.

„Neue Zeit.“

Unter dem Titel „Kanton Badisch“ schreibt Franz Mehring unter anderem:

„Sicherlich haben die badischen Vorkommnisse eine sehr ernste Seite. Es ist tief bedauerlich, daß die badische Landtagsfraktion in einem Augenblick, wo die Wünsche der Partei so günstig stehen wie noch nie, einen so schweren Disziplinbruch begeht, wie er ebenfalls noch nie in der Partei dagewesen ist, und dazu schweigen kann und wird die Gesamtpartei genötigt ist. Der Parteivorstand hat denn auch bereits diese schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdemokratischen Partei“ gebührend gekennzeichnet, und der Parteitag wird der Wiederholung ähnlicher Dinge einen Riegel vorgeschoben wissen. Allein die Partei wird sich ihre frohe Kampfstimmung nicht durch diese Episode trüben lassen. Soweit sich bisher die Parteipresse darüber geäußert hat, ist es mit derselben überlegenen Ruhe gesehen, womit Engels die Krähwinkelien des „Kanton Badisch“ zu betrachten pflegte.“

Man mag gern anerkennen, daß wenn sich die badische Landtagsfraktion für ihre Seitenprünge auf die „besonderen Verhält-

nisse“ ihres Ländchens beruft, solche Verhältnisse wirklich bestehen. Baden ist von jeher die eigentliche Heimstätte jenes heiteren Partikularismus gewesen, der die Republik will, aber den Großherzog auch. Und der, wenn er je überall in Deutschland geherrscht hätte, der deutschen Nation als solcher den Garaus gemacht haben würde. Freilich kann dieser heitere Partikularismus auch einmal ein sehr trauriges Ende nehmen, wie gerade auch die Geschichte Badens beweist.

Am achtzehnten Jahrhundert bestand das damalige Markgrafen-tum Baden nur aus einigen Flecken deutscher Erde, die, von der Schweizer Grenze bis über Karlsruhe hinab zerstreut, kaum dreißig Quadratmeilen umfaßten und zum Reichsheer ganze 95 Mann stellten. Erst als Napoleon sich durch einige süddeutsche Mittelstaaten feste Stützen seiner Fremdherrschaft schaffen wollte, wurde die bescheidene Fläche fast verzehnfacht. Napoleon schüttete das rechtsrheinische Ufergelände von Konstanz bis Mannheim, ein unabsehbares Gewirr von geistlichen, fürstlichen, gräflichen, reichsritterschaftlichen und reichsstädtischen Territorien, zum Großherzogtum Baden zusammen, das, sechzig Meilen am Rhein hingebend, an seiner schmälsten Stelle nur zwei Meilen breit, fast ganz aus Grenzbezirken bestand.

Die konstitutionellen Verfassungen, womit die süddeutschen Fürsten nach dem Sturze Napoleons vorgingen, entsprangen der Sorge um den Zusammenhalt ihrer künstlich konstruierten Staaten. Die kleinfürstliche Souveränität lief dabei keine Gefahr; im Gegenteil erhielt sie sich auf diese Weise härter, als sie sich auf irgendeine andere Weise hätte erhalten können. Wurden ihr die Kammern zu auffällig, so stützte sie sich auf den Bundesrat; bedrängte sie der von Oesterreich und Preußen beherrschte Bundesrat, so stützte sie sich auf die Kammern. Da Baden der am künstlichsten konstruierten dieser Staaten war, so erhielt er die liberalste Verfassung, und in dem Selbstbewußtsein des konstitutionellen Musterlandes verschmolzen die tausend Trümmer, aus denen das Großherzogtum Baden zusammengestellt worden war. Ueberall in Deutschland feierte der vormärzliche Liberalismus die badischen Kammerherren, wie Kotzeb und Welcker und Jähres, als die Vorhut der bürgerlichen Freiheit in denselben überschwenglichen Tönen, die das „Berliner Tageblatt“ heute den Genossen Frank und Kolb widmet.

Der Ursprung des badischen Konstitutionalismus ergab aber seine völlige Nichtigkeit. Die einander folgenden Fürsten des Landes, die sich nur dadurch unterschieden, daß bei den einen mehr die Wohlwolligkeit, bei den anderen mehr der Stumpf sinn überwog, benutzten die Verfassung zu dem Gaukel- und Schaukelspiel, das sie notwendig gemacht hatte, und je mehr der badische Konstitutionalismus seinen eigentlichen Zweck als Werkzeug der fürstlichen Souveränität erfüllte, um so mehr verständigte sich sein Zweck als Werkzeug der Volksinteressen. Die vormärzliche Reaktion wirtschaftete in dem Ländchen trotz aller schöner Kammerreden ebenso ungeniert oder noch ungenierter als anderswo. Erst als sich die Vorboten der Revolution meldeten, mußte sie ihre sich hochmütig blühenden Segel ein wenig einziehen.

Kun aber zeigte der badische Konstitutionalismus, daß er keineswegs der unentwegte Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheit war, den die Mitwelt in ihm bewundert hatte. Gerade seine klügsten Köpfe, wie die Kaffermann und Maich, bekundeten eine sehr patriotische Neigung, mit der trübsel gewordenen Reaktion profitabile Geschäfte zu machen, Geschäften, die sich nicht einmal, wie die der rheinischen Liberalen, mit materiellen Klasseninteressen entschuldigen ließen, denn eine große Industrie gab es in Baden noch so gut wie gar nicht. Andere Kammerherren blieben freilich standhafter, und sie nannten sich sogar „Sozialdemokraten“, wie die Brentano und Straube, aber sie waren es nicht einmal in der damaligen Kleinbürgerlich-demokratischen Bedeutung des Wortes. Vielmehr, wenn die nunmehrige Scheidung der badischen Opposition in Liberale und Radikale den Sinn hatte, daß die Liberalen sich als mehr oder weniger ehrgeizige Streber und rücksichtslose Stellenjäger entpuppten, so waren die Radikalen zwar ihrer eigenen Meinung nach revolutionäre, aber tatsächlich Kleinbürgerlich beschränkte Politiker, die, als ihnen die Erhebung der Masse im Frühjahr 1849 das Heft in die Hand gab, ihre ganze Politik danach einrichteten, daß sie sie vor dem durch die Massen aus dem Lande gejagten Großherzog bei seiner etwaigen Rückkehr verantworten könnten.

Was bei dieser famosen Taktik herauskam, hat Engels in seinen Auffäßen über die Reichsverfassungskampagne drastisch geschildert. Die Republik mit dem Großherzog an der Spitze erwies sich, schon

Kleines feuilleton.

Die Verbreitungsart des Typhus. Das plötzliche Auftreten von Typhusepidemien zeigt immer wieder, daß die Wissenschaft dieser gefährlichen Krankheit noch nicht Herr geworden ist. Da gerade jetzt mehrere Vorkommnisse dieser Art zu verzeichnen gewesen sind, so wird eine Untersuchung besonders bedeutungsvoll, die Dr. Nicolle vom Pariser Pasteur-Institut in den Annalen dieser berühmten Anstalt veröffentlicht hat. Ihm ist es zum ersten Mal gelungen, die Krankheit auch auf einige Affenarten zu übertragen. Weil das Studium einer Krankheit an Affen, als den menschenähnlichsten Tieren, stets die besten Aufschlüsse über das Wesen der Krankheit gibt, so waren Versuche nach dieser Richtung auch mit dem Typhus gemacht worden, aber bisher stets vergeblich geblieben. Die Arbeiten von Dr. Nicolle haben nun für das experimentelle Studium der Krankheit und für den sicheren Nachweis ihrer Ursachen und ihrer Verbreitung einen neuen Weg erschlossen. Zunächst hatte sich der französische Forscher einen gewöhnlichen Rhesus- oder Javaner Affen ausgesucht, dem er 1 Kubikzentimeter Blut von einem Typhuskranken unter die Haut spritzte. Der Affe blieb dagegen aber ganz unempfindlich, ebenso ein chinesischer Quak, ein nahe Verwandter des Rhesus. Mehr Erfolg hatte der Forscher bei einem jungen Schimpanzen, der 24 Tage nach der Impfung einen unverkennbaren Anfall von typhösem Fieber hatte, wobei sich auch ein Ausschlag auf dem Gesicht und hinter den Ohren entwickelte. Nun impfte Nicolle wiederum einen Quakaffen mit dem Blut dieses Schimpanzen, um festzustellen, ob der Durchgang des Krankheitsgiftes durch den Affen keine Giftigkeit für einen anderen Affen steigern würde. Diese Vermutung bestätigte sich, denn nun erkrankte auch der andere Affe, und zwar schon nach 13 Tagen. Von diesem zweiten Kranken konnte das Gift wieder auf den Quakaffen erfolgreich überimpft werden. Bei einem andern Affen brach die Krankheit dann sogar am selben Tage der Impfung aus. Von besonderer Wichtigkeit war die Ermittlung, daß der Javaner Affe und außerdem der sogenannte Papuaner Rhesus und der gewöhnliche Hundaffe gegen den Typhus gefeit waren, auch wenn das ihnen beigebrachte Gift von einem anderen Affen kam. Daß es sich bei Tier und Mensch hier um dieselbe Krankheit handelt, wurde über jeden Zweifel hinaus noch dadurch bewiesen, daß Menschenblut von einem Typhuskranken einem Affen Widerstandsfähigkeit gegen die Krankheit verleiht, während Menschenblut von einem Gesunden in dieser Beziehung unwirksam bleibt. Für die Behandlung des Typhus beim Menschen ist die weitere Feststellung bedeutsam, daß das Blutserum von einem Affen, der in der Genesung vom Typhus begriffen war, eine deutliche Giftigkeit für andere Affen besitzt. Daraus ergibt sich, daß der Vorschlag, das Serum von Genesenden zur Behandlung von Typhuskranken zu verwenden, nicht unbedenklich ist. Eine sonderbare Enthüllung ist ferner durch den Nachweis geschehen, daß die Verbreitung des Typhus durch Kopfläuse und Kleberläuse geschehen kann. Einige dieser Schwarzkörper, die von Menschen auf Affen gesetzt worden waren,

vermochten diesen den Typhus zu vermitteln. Das ist wieder einmal ein Beweis dafür, mit welchen scheinbar nebensächlichen Dingen sich die Bekämpfung von Epidemien beschäftigen muß.

Hochsee-Zeitungen. Die Zeiten, da man während einer Seereise die tägliche Zeitungsliste entbehren mußte, sind, wenigstens für die großen Passagier-Schnelldampfer, endgültig vorbei. Heute besitzt jeder dieser schwimmenden Ozeanriesen seine eigene Druckerei und seine eigene Schiffszeitung, die dank der drahtlosen Telegraphie bisweilen sogar ihre Leser an Bord ebenso prompt informieren können wie die Blätter auf dem Lande. Zunächst hat z. B. die „Lufstania“ bei den letzten englischen Wahlen instande, die Wahlergebnisse ihren Passagieren zur selben Stunde gedruckt zu bringen wie die Festlandspresse, ja manchmal kann die Schiffszeitung, weil ihre Verteilung und Auslieferung nur kurze Zeit erfordert, sogar etwas schon früher mitteilen, als die Landratten es erfahren. Die größte englische Hochsee-Zeitung, das „Cunard Daily Bulletin“ der Cunard-Linie erscheint in einer Auflage von 2000—2500 Exemplaren, 32 Seiten stark und kostet 2/6, Penny (20 Pf.) die Nummer. Die Compagnie Générale Transatlantique gibt ein „Journal de l'Atlantique“ heraus, das sogar illustriert ist. Die deutschen Schiffszeitungen geben ihren Fahrgästen ihre Schiffszeitungen unentgeltlich: der Norddeutsche Lloyd die „Ozean-Zeitung“ und die Hamburg-Amerika-Linie das „Atlantische Tageblatt“, das je 16 Seiten stark und halb in deutscher, halb in englischer Sprache erscheint.

Ein altrömisches Schiff in der Themse. Ein außerordentlich interessanter Fund ist nach dem Berichte des Londoner Grasshaffars in der Themse gemacht worden. Bei den Fundamentierungsarbeiten, die dem Bau des großen, neuen Rathauses, der County Hall, vorausgehen, stieß man auf ein sehr gut erhaltenes, großes römisches Schiff. Der Fund liegt in England ohne Gegenstück und übertrifft an Bedeutung das Boot König Alfreds, das vor wenigen Jahren in Bathampton gefunden wurde. Ein großer Teil des alten Fahrzeuges, das völlig aus Eiche gebaut war, liegt noch im Schlamm begraben. Allem Anschein nach hat man es mit einem Schiffe zu tun, das eine Länge von etwa 50 Fuß bei einer Breite von 16 Fuß hatte. In dem großen Boote fand man interessante Stücke römischer Töpfereien, Knochenreste, Eisen- und Glasgeräte und eisenschlagene Sohlen für die Fußbekleidung. Besonders interessant aber sind die Münzen, die Anhaltspunkte für das Alter des Fahrzeuges liefern. Man fand eine Münze von Tetricus in Gallien (268—273), eine andere Münze, die das Zeichen des Carausius in Britannien zeigte (286—293), und eine dritte Münze mit der Prägung des Allectus in Britannien (293—295). Die Sachverständigen weisen das Schiff dem Ende des dritten oder dem Anfang des vierten Jahrhunderts n. Chr. zu. Alle Einzelheiten weisen darauf hin, daß das Fahrzeug zu der großen Flotte gehörte, die Carausius baute, um gegen die britischen Stämme, die Feinde des römischen Reiches, Krieg zu führen. Carausius segelte von Boulogne nach Britannien und setzte sich hier als unabhängiger Kaiser von Britannien fest. Die Herrschaft des Carausius, die sieben Jahre

währte, war für Britannien eine Zeit des Friedens und des Fortschritts.

Wie's gemacht wird! Der „Chefredakteur“ Max Diehle sendet an Abonnenten technischer Artikel ein gedrucktes Zirkular, in dem es heißt:

„Zu veröffentlichte über . . . demnächst einen Artikel in dem „Zentralblatt der technischen Verwaltung“. Mit dem Aufsatze bin ich bereit, eine geschäftliche Empfehlung Ihrer hauptsächlich in Betracht kommenden Fabrikate zu verbinden, und erbitte für diesen Zweck möglichst umgehend einige entsprechende Anhaltspunkte. Das Honorar für die Aufnahme der Empfehlung beträgt 25 Mark.“ (Manchmal nimmt der Herr „Chefredakteur“ auch mehr, manchmal weniger als 25 Mark Honorar.)

Dieser Diehle soll — ebenso wie seine zahlreichen Kollegen — sehr viel Geld verdienen . . .

Notizen.

— Musikchronik. In der Gura-Oper sollen zwei zyklische Ringvorstellungen des Nibelungenringes von Richard Wagner zu besonders ermäßigten Preisen veranstaltet werden. Der erste Zyklus findet statt am 29., 30. Juli und 1. und 3. August, der zweite am 8., 9., 11. und 13. August. Vorbestellungen im Invalidendank, an der Kasse des Opernhauses und bei A. Wertheim. (Die besonders ermäßigten Preise sind leider für die Arbeiterschaft immer noch zu hoch.)

— Ein Fiasco Vedes. Die Sammelgier, die wohllos aus der ganzen Welt Schätze-Seltenheiten zusammenrafft, ist ein echtes Kind des Kapitalismus. Seitdem die Kunst aufgehört hat, Volkstum zu sein und ein Spielball des Luxus, ein Lummelplatz der Reinerknecht und einer parasitären Wissenschaft geworden ist, werden Kunstwerke spornmäßig gesammelt. Alle Mittel sind dabei recht, und wer über die größten Summen verfügt, steigt in dem Wettlauf. Herr Vede, der seit seiner Florablamage schon wieder den Mut gefunden hat, einen echten Rembrandt zu entdecken — der wahrscheinlich soviel mit Rembrandt zu tun hat wie Vedes Leonardo- oder Rubensentdeckungen mit diesen Meistern — schien kürzlich die Amerikaner auf diesem Gebiet geschlagen zu haben. Er hatte von dem Jesuiten in Nonforte (Spanien) ein altrömisches Gemälde von Hugo van der Goes zu 1 800 000 Fr. erhandelt. Wegen dieser Verkauferung von Kunstwerken ins Ausland erhob indes die spanische Regierung Einspruch. Und so wird „Die Anbetung der heiligen drei Könige“ bleiben, wo sie seit Jahrhunderten war, und nicht von der parvenuhaften kapitalistischen Sammelgier entführt werden.

— Ein Turner-Museum, das ein großartiges Bild von dem Schaffen dieses auch für den Kontinent bedeutenden englischen Landschaftsmalers gibt, wird in einem neuen Flügel der Londoner Tate-Galerie eröffnet. Es werden auch viele von den 20 000 Zeichnungen und Studien Turners dort aufgestellt sein.

— Eine Ausstellung Münchener Kunstgewerbes in Paris. Im diesjährigen Pariser Herbstsalon werden die Münchener Kunstgewerbetler eine Sonderausstellung haben, die 15 Räume umfassen wird.

Wie dies politische Ideal in patriotischen Kräften erscheinen mochte, als eine äußerst fröhliche Wirklichkeit, die ihre historische Weisheit nur durch das Blut schuldloser Männer erhielt, die der „Märtyrerkönig“ in ruchloser Grausamkeit verschüttete, und durch den Mut anderer Männer, wie Friedrich Engels, Josef Woll, Johann Philipp Becker, Wilhelm Liebknecht, die freilich nie den Zylinder aufgestülpt haben, um einen toten Großherzog zur Gruft seiner Väter zu geleiten oder einer lebenden Großherzogin die silberne Krone zu überreichen.

Vergegenwärtigt man sich die badiſche Geſchichte, die hier natürlich nur in ganz großen Umrissen gezeichnet werden konnte, so wird man über die Vorgänge, die sich gegenwärtig zum Gaudium aller Parteigegner, im badiſchen Landtag abgeſpielt haben, noch am mildesten beurteilen. Man mag nun freilich einwenden, seit ſechzig Jahren habe ſich das Blatt gewendet, ſeitdem ſie auch Baden mehr und mehr in den großen Strom des Weltverkehrs gerissen worden. Das kann ſich aber nun gerade nicht in ſeinen Stammern geltend machen! Denn mit dem badiſchen Konſtitutionalismus iſt heute noch nicht mehr los als vor ſechzig Jahren.

Dagegen werden allerdings dieſe Jahrzehnte an der Weckung des Ländchens nicht ſpurlos vorübergegangen ſein, und ſo iſt die Hoffnung geſtattet, daß die proletariſchen Wähler in Baden die Politik ihrer Erwählten zu berichtigten wiſſen werden. Sollte dieſe Hoffnung dennoch trügen, ſo wird der badiſche Zweig der Sozialdemokratie zwar auch die Geſamtpartei, aber noch viel mehr ſich ſelbſt ſchädigen; der Baum kann eher eines Zweiges entbehren, als ein Zweig des Baumes. Aber wir glauben nicht daran, daß die badiſchen Parteigenoſſen noch nach bald vierzig Jahren das biſher nur lächerliche Hohntwort Treiſſchles zur traurigen Wahrheit machen werden: „Das Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit dem Partikularismus berechtigt uns zu guten Erwartungen; eine der Zukunft ſichere Macht verbündet ſich nicht mit einem Reichthum.“

Ueber die Illuſion der bürgerlichen Preſſe nun gar, als könne die Laſt der badiſchen Landtagsfraktion irgendwie auf die Laſt der Geſamtpartei einwirken, lohnt es ſich nicht, ein ernſthaftes Wort zu verlieren. Der Wunsch iſt hier wieder einmal der Vater des Gedankens. Oder bildet dieſe Preſſe ſich wirklich ein, daß — um einen Vergleich aus einer ihr verſtändlichen, alſo aus der bürgerlichen Sphäre zu wählen — die Krupp und Stumm ihre Politik einrichten könnten nach den Bedürfnissen und Reigungen der ehrſamen Bürger von Schilda.

In kleinen Landparzellen, durch die nach Laſſalles Wort die Luft der Geſchichte nicht ſtreicht, entſcheiden ſich die Geſchichte des proletariſchen Klassenkampfes niemals.

Aus dem Eheleben des Grafen Pfeil.

Übermals ſtand geſtern aus Anlaß der Mißhandlung ſeiner Frau vor einem Kriegsgericht der Hauptmann im Infanterieregiment Nr. 129 in Graudenz Graf Hans zu Pfeil und Klein-Elguth. In dem erſten Kriegsgerichtsprüfung in Thorn wurde der Angeklagte, wie man weiß, in allen Punkten freigeſprochen. Während damals die Anzeige von der erſten Gattin des Hauptmanns, der geſchiedenen Gräfin Stefanie Pfeil, der Tochter des Geheimen Hofraths Heim in Berlin, ausging, handelt es ſich in dieſem zweiten Prozeß um die zweite Gattin des Grafen Pfeil, eine geborene Baronin v. Wehr aus Mita. In dem Prozeß, der geſtern vor dem Kriegsgericht der Kommandantur in Berlin begonnen, dreht es ſich hauptſächlich um Vorgänge in der zweiten Ehe des Grafen. Graf Pfeil iſt der Mißhandlung, des Mißbrauchs der Dienſtgewalt, der Bedrohung und anderer Straftaten beſchuldigt. Die Betroffenen ſind die zweite Gattin und frühere Burſchen des Angeklagten.

Graf Pfeil, der in der Uniform ſeines Regiments erſchienen iſt, will ſich zunächſt auf den Stuhl neben der Anklagebank niederlaſſen, er wird jedoch aufgefordert, auf der Anklagebank Platz zu nehmen.

Nach der Anklage, die Kriegsgerichtsrat Dr. Welt verliest, wird dem Grafen Pfeil zur Laſt gelegt, ſeine zweite Frau, die Gräfin Pfeil, am 8. April 1909 vorſätzlich körperlich mißhandelt zu haben, indem er ſie während ihrer dreimonatigen Schwangerschaft vor die Bruſt ſie, zu Boden warf und am Hals würgte, ſo daß die Mißhandlung bewußtlos wurde. Ein andermal drohte der Angeklagte, ſeine zweite Frau zu erſchießen. Mit den Worten: „Siehſt Du, ich habe noch einen!“ richtete Graf Pfeil einen Revolver gegen ſeine Gattin. Dann ſoll er den Muſketier Schröder körperlich vorſätzlich mißhandelt und ihn durch Drohung vorſchriftswidrig behandelt zu haben. Schließlich kommt die Anklage auch auf die Zeitungsaffäre zu ſprechen. Graf Pfeil hat danach in einem Café mehrere Zeitungsblätter, in denen Kräfte über ſeine Prozeße ſtanden, entwendet und ſeinem Rechtsanwalt zugeſtellt.

Graf Pfeil beſtreitet bei ſeiner Vernehmung, in der von der Anklage geſchilderten Weiſe gehandelt zu haben. Wohl müſſe er zugeben, daß es zu Fälligkeiten zwiſchen ihm und ſeiner Frau gekommen ſei, doch tue ihm dies ſchmerzhaft leid. Daß ſeine Frau damals ſchwanger geweſen ſei — davon habe er nichts gewußt! Betreffs der Anklage im

Falle Schröder

erklärt der Angeklagte, daß ihm der Burſche Günther keineswegs gefallen und einen ſehr ſchlechten Eindruck auf ihn gemacht habe. Er wollte einen beſſeren Burſchen haben und dies war Schröder, der interimſtiſch die Burſchendienſte verſehen wollte. Schröder drängte ſich immer danach, ſeine Befehle und die eingeſchriebenen Sendungen zur Poſt zu bringen. Eines Tages habe er Schröder wegen des Detektivs Gräger ausgeſchickt. Schröder habe ihm erklärt, daß Gräger ihm 50 M. dafür geboten habe, wenn er alle möglichen Nachrichten über ihn und ſein Familienleben ihm, dem Detektiv, übergebe. Später habe der Burſche in einer förmlichen Rede alles wieder abgeſtritten, und nun habe er Verdacht geſchöpft und Schröder verhaften laſſen. Am 1. Juni ſoll Graf Pfeil den Schröder auf die Kompanieſtube genommen und ihn dort 4 Stunden bearbeitet haben. Er ſoll ihn geſtoßen und gegen das Spind gedrängt haben und ihm dann gedroht haben, er werde ihn ſofort auf Feſtung bringen laſſen, wenn er kein Geſtändnis dahin ablege, daß ihn von dem Detektiv 50 M. für die Nachrichten verſprochen worden ſeien. Hierzu bemerkt der Angeklagte, daß es ihm gänzlich fern liege, einen Mann in dieſer Weiſe zu beſtrafen. — Die Vernehmung: „Wenn Sie jetzt nicht geſehen, dann werde ich Sie ſofort auf Feſtung bringen laſſen!“ ſagt der Angeklagte dahin auf, er habe dem Schröder nur Vorhaltungen in väterlicher Weiſe gemacht. Er habe wohl dabei angedeutet, daß, wenn Schröder die Unwahrheit ſage, er ſchließlich noch auf Feſtung kommen könne. Zu dem letzten Punkt der Anklage, die

Entwendungen von Zeitungen

erklärt der Angeklagte, er ſei im Café Guſtaw in Graudenz Stammgast geweſen, und an einem Abend ſei er inſolge innerer Erregungen ſo aufgebracht geweſen, daß er die Zeitungen am liebſten zerriffen hätte. Es ſei wohl möglich, daß er ein Blatt fortgenommen, ob er es aber dem Rechtsanwalt zugeſtellt habe, wiſſe er nicht mehr. Er habe ja auch geglaubt, daß er als Stammgast gewiſſermaßen zu ſeiner Handlung berechtigt ſei, und zwar um ſo mehr, als die Zeitungen oft waren. Ein rechtswidriges Empfinden habe er damals keineswegs gehabt.

Nach dem

Führungsgang

das verlesen wird, iſt Graf Pfeil ein „gewandter, pflichttreuer Offizier von liebenswürdigem Weſen“.

Als erſte Zeugin wird

die Gräfin Pfeil

vorgerufen. Auf den Hinweis, daß ſie als Cheſrau des Angeklagten berechtigt ſei, die Anklage zu verweigern, äußert die Zeugin, ſie wolle ausſagen. Graf Pfeil habe ſie zu Anfang ihrer Ehe 3 w e i

mal hart am Gelenk gefaßt. Am 8. April habe er ihr borgeworfen, ſie verhalte ſich ſo kühl. Sie ſei dann mit ihm in Streit geraten. Er habe ihr borgeworfen, ſie gehe zum General Krauſe und anderen Vorgeſetzten und verlaſſe ihn dort. Als er dann auf ſie zukommen wollte, rief ſie ihm zu: „Du Schuft!“ Im nächſten Moment wurde die Gräfin von dem Gattenzur Erde geworfen. Der Angeklagte ſtelle die Knie auf ihren Körper und würgte ſie am Hals, ſo daß ihr der Atem ausging. Später ſeien noch Würgeflecke am Hals zu ſehen geweſen. Daß ſie ſchwanger geweſen ſei, davon habe der Angeklagte nichts gewußt. Die Zeugin gibt die Möglichkeit zu, daß der Graf beim Fallen zur Erde mit dem Anie auf die Bruſt der Gräfin geraten iſt. Auf eine Frage des Sachverſtändigen beſtätigt die Gräfin, daß ihr ſchwarz vor den Augen wurde, und daß ſie meinte, erſticken zu müſſen. Der Krage war bei dem Geſicht ausgeſchlagen worden. Später ſtelle ſich Schröder ein, daß teilweiſe auf ihren Zuſtand zurückzuführen war, das aber nach Anſicht der Gräfin als eine Folge der Mißhandlungen anzusehen ſei. Kurz vor dem aufregenden Vorfall hat der Graf Bilder zu Boden geworfen und ein Bild der Zeugin gegen den Kopf geſchleudert. Revolverſchüsse ſeien häufig vorgekommen, doch habe ihr der Graf nicht mit Erſchießen gedroht. Eines Tages ſei ihr der Gatte im Zimmer entgegengekommen und habe erſchreckend ausgeſehen. Mit den Worten: „Du ſiehſt, ich habe noch einen Revolver!“ holte der Angeklagte einen Revolver aus dem Tiſchfaſten hervor und ſuchte damit vor der Gräfin umher. Ihr ſei Angst geworden und ſie habe aus dem Zimmer entſiehen wollen. Der Graf hielt ſie jedoch feſt. Nach Mißſprache mit dem Grafen Ramdorff habe ſie ſich entſchloſſen, nach der Geburt ihres Kindes, die vor einiger Zeit erfolgte, auszuſagen, während ſie zunächſt nichts ausſagen wollte.

Es kommt dann die Rede auf die Perſönlichkeit der Gräfin Pfeil in körperlicher Beziehung. Die Gräfin hat in Geſellſchaften wiederholt Zeugnis davon abgelegt, daß ſie über eine für Frauen ſeltene Körperkraft verfügt. Sie hob ſchwere Gewichte und war auch leidenschaftliche Anhängerin des Sports. Hin und wieder pflegte die Gräfin mit dem Wort „Wär“ zu unterſchreiben.

Nach beendeter Vernehmung der Gräfin gibt der als Sachverſtändige geladene Oberſtabsarzt ſein Gutachten ab. Der Verhandlungsleiter richtet an ihn die Frage, ob durch die Behandlung des Angeklagten das Leben der Gräfin erſtlich gefährdet werden könne. Der Sachverſtändige beſtätigt, daß durch das Anknien auf der Bruſt und das gleichzeitige Würgen am Hals der Aufſtand ein weit bedeutenderer ſei als durch das Würgen allein. Der Gräfin ſei ſchwarz vor den Augen geworden, und ſie habe auch keine Luſt bekommen. Bei den ſich widerſtreitenden Ausſagen der Gräfin und des Grafen könne er jedoch zu keinem beſtimmten Ergebnis dahin gehend kommen, ob das Leben der Gräfin bei jenem Vorgang erſtlich gefährdet war. Hätte das Würgen noch länger angehalten, ſo hätte es böſe Folgen haben können.

Major Bornſtein wird über die Mißhandlungsfälle des gräflichen Paares vernommen. Gleich nach der Mißhandlung war die Gräfin damals fortgelaufen und hatte in der Familie des Majors Zuflucht geſucht. Die Gräfin war nach den Behauptungen der Zeugin wiederholt bei ſeinen Angehörigen und erzählte öfter derartige Geſchichten. Was das Fraſſen an die Handgelenke anlangt, ſo habe die Gräfin mehr von einem Ringen geſprochen. In Berlin, wohin die Gräfin nach ihrer Flucht ſich wandte, ſuchte ſie der Zeuge auf, um ſie zur Rückkehr zu ihrem Gatten zu bewegen. Die Gräfin ließ ſich auch wieder überreden. Wie ſie ausſagt, iſt ſie dadurch zur Rückkehr beſtimmt worden, daß ihr der Major ſagte, wenn er erfolglos nach Graudenz zurückfährt, ſo werde ſich Graf Pfeil zweifellos das Leben nehmen. Der Major war auch der feſten Ueberzeugung, daß es zur Kataſtrophe kommen werde und bei alles auf, um ſeine Miſſion mit Erfolg durchzuführen. Der Zeuge hatte bei der Erzählung der Gräfin die Empfindung, daß Graf Pfeil nicht die Gräfin, ſondern ſich ſelbſt erſchießen wollte.

Auch bei der folgenden Zeugin, der Frau Debarth, hat die Gräfin einmal Zuflucht geſucht. Auch ihr erzählte die Gräfin von Mißhandlungen, wovon ſie blaue Flecke am Arm bekommen hätte. Von den Würgungsverſuchen weiß die Zeugin nichts.

In der weiteren Beweisaufnahme kommt der

Fall Schröder

zur Verhandlung. Der Hauptzeuge, der frühere Muſketier Schröder, wird noch einmal eindringlich zur Wahrheit ermahnt. Zu der Angelegenheit der eidesſtätlichen Verſicherung, die der Zeuge ſeinerzeit dem Detektiv Gräger abgegeben hat, beſtätigt Schröder folgendes: Er habe Gräger nicht in die Wohnung des Grafen Pfeil eingelassen. Er habe Gräger überhaupt erſt nach ſeiner Entlaſſung aus dem Dienſt des Grafen kennen gelernt. Gräger habe ihn aufgeſucht und ihm mitgeteilt, er müſſe Material gegen den Grafen Pfeil haben. Er habe die Zeugen dann ausgefragt, die Antworten niedergeſchrieben, das Schriftstück dem Schröder ſpäter zugeſandt, ehe er dann unterſchrieb. Der Zeuge ſandte das Schreiben an die Gräfin Stefanie Pfeil nach Berlin. Schröder will nur 3 Mark von Gräger bekommen haben. Dieſes Geld galt für den Ausfall, den er inſolge der Angelegenheit an Zeitverſäumnis und Arbeitsverdienſt erlitten. Was der Zeuge unterſchrieben habe, entſpricht auch der Wahrheit. Schröder beſtreitet, dem Grafen geſagt zu haben, er habe den Detektiv in die Wohnung gelassen und Geld von ihm bekommen. Graf Pfeil ſei einmal in ihn gebrungen, doch ſo ſagen, daß er von Gräger Geld bekommen habe und daß ihm von dem Detektiv Verſprechungen gemacht worden ſeien. Eines Tages nahm der Graf den Zeugen mit auf die Schreibſtube. Er nahm ihn unter vier Augen ins Geſpräch und rief plötzlich: „Geſeh'n Sie, geſeh'n Sie.“ Er faßte ihn dann am Kopf und ſtieß ihn heftig gegen den Schranke. Nur um den Grafen zu beruhigen, habe der Zeuge herbeigeholfen, er habe 5 oder 15 Mark von Gräger bekommen. Der Angeklagte verließ dann den Burſchen und ſagte: „Ich werde Ihnen fünf Minuten Zeit laſſen Ueberlegen Sie es ſich alſo!“ Am Vormittag des Tages, an dem dieſer Vorfall ſich abſpielte, traf der Zeuge den Grafen wachend an. Der Angeklagte rief dem Eintretenden entgegen: „Lieber Heind, die Gräfin iſt fort und ſie kommt nicht wieder!“ Nur durch die Drohung, er werde auf Feſtung kommen und durch die Mißhandlungen ſei er dazu bewogen worden, ſolche Ausſagen zu machen.

Darauf wurde in die Verhandlung wegen

Zeitungsdiebstahl

eingetreten. Der Kellner eines Graudenzers Cafés beſtätigte, daß aus Zeitungen, die Graf Pfeil geſehen habe, Stücke herausgeſchnitten worden ſeien. Graf Pfeil habe auch ſchließlich zugegeben, daß er der Täter geweſen ſei. Der Beſitzer des Cafés erklärte demgegenüber, daß er der Anſicht ſei, daß ſich Graf Pfeil für berechtigt gehalten habe, die ihn intereſſierenden Artikel aus den Zeitungen herauszuſchneiden.

Ein Brief der Gräfin Pfeil an ihren Gatten, der vorgelesen wird, fällt in die Zeit unmittelbar nach einem Selbſtmordverſuch des Angeklagten. Gräfin Pfeil ſchreibt darin dem Gatten, den ſie kurz vorher verlaſſen hatte, daß wohl jetzt nicht der Moment da ſei, ihm Vorwürfe zu machen. Aber er werde es wohl ſelbſt einſehen, daß es für beide beſſer ſei, wenn ſie getrennt leben. Er werde ſich ja über ihre kühle Behandlung hinwegſetzen können.

Längere Zeit nimmt die Vernehmung des Privatdetektivs Gräger in Anſpruch. Gräger war früher Kriminalbeamter, auch in der politiſchen Abteilung tätig. Er hat große Geldſummen von der Gräfin Stephanie erhalten, damit er dieſer ihre Kinder wieder verſchaffe.

Recht eigenartige Ausſagen macht der Geſetzte Schiporra. Eines Tages wurde ihm vom Feldwebel befohlen, gemeinsam mit zwei anderen Geſetzten den Muſketier Schröder zu bewachen. Die Bewachung ſollte auch abends vom Schlafengehen bis zum Wecken dauern. Es war den Geſetzten anbefohlen worden, auf alles zu achten, was Schröder unternahm. Auch was er ab

und krank mußten ſie beobachten. Dem Schiporra gegenüber äußerte Schröder einmal, er ſei von dem Hauptmann gegen das Spind geſtoßen worden und habe Kopfschmerzen und Schmerzen im Kreuz. Der Geſetzte Schmitt, der ebenfalls zur Nachtwache gehörte, beſtätigt, daß er von dem Grafen Pfeil den Befehl zur Bewachung bekommen habe. Der Angeklagte läßt durch den Zeugen Schröder feſtſtellen, daß er niemals im Dienſt Leute mißhandelt oder nur angefaßt habe. Schröder ſagt hierzu aus, daß Graf Pfeil wohl ſtreng im Dienſt geweſen ſei, aber niemals geſchlagen habe.

In einem anderen Schreiben an die Gräfin heißt es u. a.: „Du biſt der reine Kampfſchahn geworden, Du biſt keine Frau mehr, das ſieht Dir ſehr ſchlecht an!“

Das Gericht beſchließt, die Gräfin Pfeil, die noch nicht rechtskräftig geſchieden iſt, und den Zeugen Gräger nicht zu verurteilen. Bei Gräger iſt das Gericht übereinstimmend der Ueberzeugung, daß er unglauwbildig iſt.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Welt, führt in ſeinem Plaidoyer aus, daß die Anklage in drei Teile zerfalle. Die Drohung mit dem Revolver falle durch die Ausſage der Gräfin Pfeil ins Waſſer. Von einem Verbrechen des gedrohten Toſſchlags könne keine Rede ſein. Betreffs des zweiten Falles, die Körperverletzung, müſſe die Ausſage der Gräfin herangezogen werden. Bei der bevorſtehenden Scheidung des gräflichen Paares müſſe man aber die Situation, in der ſich die Gräfin augenblicklich befindet, berückſichtigen. Es ſei feſtgeſtellt, daß der Graf von der Schwangerschaft keine Kenntnis gehabt hat und es falle die Anklage der ſchweren Körperverletzung fort und bleibe nur noch die Anklage der einfachen Körperverletzung! Hierfür ſei aber kein Strafantrag geſtellt, und ſo müſſe er auch in dieſem Falle Freisprechung beantragen. Es komme dann die Mißhandlung des Muſketiers Schröder. Hier ſei man auf das Zeugnis des Schröder angewieſen. Ein Zeuge, der dem Detektiv Gräger in die Finger geraten ſei, der ſei kein Zeuge mehr für das Gericht. Aber es bleibe hier doch beſtehen, was Schröder unter ſeinem Eide beſtätigt hat, und er müſſe Verſtärkung beantragen. Er ſehe die Nötigung und Mißhandlung des Muſketiers als eine fortgeſetzte Handlung an und verkenne nicht, daß ſich der Angeklagte in einer ſehr üblen Lage befinden habe. Er beantrage 14 Tage Stubenarreſt. Sodann komme die ſoſſe Zeitungsdiebſtahlſaffäre, die dem Staat viel Geld koſtet habe. Verwehren konnte ſich der Angeklagte nicht mit den Zeitungen. Am liebſten hätte er die Pamphlete, die von der Gegenpartei in die Zeitungen lanciert wurden, zerriffen. Wo lag alſo hier die Abſicht des Diebſtahls? Es liege alſo nur Sachbeſchädigung vor und hier iſt auch vom Verweiſen, dem Caſehausbeſitzer kein Strafantrag geſtellt worden. So müſſe alſo auch hier die Anklage fallen. Verurteilung könne nur im Falle des Schröder erfolgen.

Gegen 17 Uhr abends wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen vorſchriftswidriger Behandlung eines Untergebenen in Ausübung des Dienſtes zu

fünf Tagen Stubenarrest

verurteilt. Von der Anklage der Bedrohung und des Diebſtahls wurde er freigeſprochen.

Ueber Strenge des Anklagevertreters und vor allem des Gerichts braucht ſich der Graf wirklich nicht zu beklagen. Man ſieht, daß das Kriegsgericht im Gegenſatz zu den oft geſällten drakonischen Urteilen gegen „gemeine Soldaten“ auch recht milde urteilen kann. — Von Rechts wegen.

Gerichts-Zeitung.

Die Unterſchlagungen des Rechtsanwalts und Marinekriegsgerichtsrats a. D. Max Staats

beſchäftigten geſtern unter Vorſitz des Landgerichtsdirektors Angas die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Staats hatte ſich unter der Anklage der Untreue in drei Fällen und der Unterſchlagung in einem weiteren Falle zu veranſprechen. Ihm wird zum Vorwurf gemacht, in den Jahren 1906 bis 1910 als Bevollmächtigter über Vermögensſtücke ſeiner Auftraggeber abſichtlich zu deren Nachteil verfügt zu haben, um ſich einen Vermögensvorteil zu verſchaffen.

Der Angeklagte, welcher der Sohn eines Großkaufmanns in Breslau iſt, war, nachdem er das Aſſeſorenexamen beſtanden hatte, erſt längere Zeit in einer großen ſchleiſchen Bank- und Verſicherungsgesellſchaft als juristiſcher Ratgeber tätig geweſen. Nachdem er zum Referendariat befördert worden war, trat er als Hilfsarbeiter des Juſtizrats in das Reichsmarineamt ein. In dieſer amtlichen Stellung kam er auf die Kreuzerdivision, die im Jahre 1903 die belagerte Expedition wegen der in Venezuela entſtandenen Wirren auszuführen hatte. Er hatte damals bei der Erledigung völlerrechtlicher Fragen als Jurist mitzuwirken. Auf dieſer Reife nahm er den Keim zu einem ſchweren und äußerst ſchmerzhaften rheumatiſchen Leiden in ſich auf. Nach ſeiner Rückkehr war Staats einige Zeit in Kiel als Marinekriegsgerichtsrat tätig, mußte dieſe Poſition jedoch wieder inſolge ſeines Leids aufgeben. Er kam dann nach Berlin und ließ ſich hier als Rechtsanwalt nieder. Da es ihm nicht gleich gelang, eine Praxis zu erlangen, war er gezwungen, ein Darlehen von 5000 M. aufzunehmen. Als er die hierbei eingegangenen Rückzahlungsverpflichtungen nicht erfüllen konnte, ließ er ſich mit gewerbemäßigen Geldverleihern ein, denen er hohe Zuchszinſen zahlen mußte. Um dieſen Verpflichtungen gerecht werden zu können, geriet er immer mehr in Bucherhände, ſo daß ſchließlich der finanzielle Zusammenbruch erfolgte. Im Februar 1909 leiſtete Staats den Offenbarungseid. Es war damals ſchon die Eröffnung des Konkursverfahrens über ſein Vermögen beantragt worden. Der Antrag wurde jedoch zurückgezogen, nachdem ein naher Verwandter des Angeklagten mit einem größeren Betrage für ihn eingetreten war. Bald darauf ſtellte es ſich jedoch heraus, daß Staats in der Zeit, als ihm das Meſſer an der Kehle ſtand, ſich hatte dazu verleben laſſen, ſich an Weibern, die ihm in ſeiner Eigenschaft als Rechtsanwalt anvertraut worden waren, zu vergreifen. Auf die Anzeige eines der Geſchädigten hin erfolgte am 8. Juni dieſes Jahres die Verhaftung des Angeklagten.

In dem Ermittlungsverfahren ergaben ſich folgende Einzelſälle von Veruntreuungen: Vor einiger Zeit war dem Angeklagten von einem Tiſchler Sonnenrein Poſtvollmacht erteilt worden. Von den eingehenden Beträgen behielt Staats für ſich circa 3300 Mark zurück. In einem anderen Falle eignete ſich St. den Betrag von 350 Mark an, der bei ihm für Mietzahlungen von einem gewiſſen Bodhaus hinterlegt worden war. Von einer Friſeurin Koehler ließ ſich Staats als Sicherheit für ſeine ſpäteren Koſtenforderungen eine Akte der Oberſchleiſchen Eiſenindustrie über 1000 Mark ausſchütten. Dieſes Wertpapier verkaufte er ſofort nach Erhalt bei der Firma Bromberg u. Co. Als ſeine Wandaſtin dieſes Papier zurückforderte, verlangte er einen Barvorſchuß von 500 M., den er auch erhielt. Inzwiſchen kaufte er ſchleuſigſt die Akte zurück, behielt jedoch ſpäter den überſchüssigen Betrag von den 500 Mark, da ſeine Koſtenforderung nur circa 200 Mark ausmachte. In einem anderen Falle erhielt der Angeklagte von einem Kürſchnermeiſter Jiebell in Oderberg die Summe von 2500 Mark in bar und Wertpapiere in Höhe von 7500 Mark ausgehändigt. Staats erhielt von Jiebell den Kuſtrag, mit Hilfe jenes Betrages mit der Firma Iſrael Vergleichsverhandlungen anzubahnen und Zahlungen zu leiſten. Trotz der Übergabe des Geldes wurde bei Jiebell geſpundet. Als er dann von Staats das hinterlegte Geld verlangte, hatte dieſer das Geld zum größten Teile für ſich verbraucht. In dem letzten Falle der Anklage hatte Staats ein Wertpapier über 1500 Mark, welches ihm zur Zahlung von Alimenter von einem Konditor Meinte anvertraut war, unterſchlagen.

Vor Gericht war der Angeklagte geſchuldig. Er gab zu, ſich an fremdem Gelde vergangen zu haben und erklärte, daß er durch ſeine unglücklichen finanziellen Verhältnisse und vor allem durch ſein Leiden ſchließlich gar nicht mehr gewußt habe, was er tue. Der als Sachverſtändige geladene Gefängnisarzt Dr. Rehnſen beſtum

Diese, daß der Angeklagte so schwer leidend sei, daß er sich zuletzt nur noch an Krüden habe fortbringen können. Die eigentliche Ursache seines rheumatischen Leidens sei, daß der Angeklagte in Venezuela, als auf dem Schiffe Feuer ausgebrochen war, im Hemd längere Zeit im Wasser habe stehen müssen. Verschiedene Tropenkrankheiten, wie Typhus und Fieber in Verbindung mit Ergriffen in Alkohol und Nigorettentrinken und ferner der Genuß von Colchicinpräparaten, um die Schmerzen zu stillen, hätten den Angeklagten zu einem physisch und physisch völlig minderwertigen Menschen gemacht, dessen Widerstandsfähigkeit soweit herabgesetzt sei, daß man von einer vollkommenen moralischen Minderwertigkeit sprechen könne. Der zweite Sachverständige, der praktische Arzt Dr. Friedmann, bezeichnete den Angeklagten als eine körperliche und geistige Ruine. — Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten wegen Untreue in drei Fällen und Unterschlagung in einem Falle zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Grober Unfug.

Wie dort, wohin das Auge der Öffentlichkeit fallen blüht, Anklagen zustande kommen, wie die Amtsgewalt — gebraucht wird, dafür hat eine von dem Bürgermeister und Amtsanwalt in Ermehlen (Kreis Mansfeld) inszenierte Haupt- und Staatsaktion ein interessantes Schulbeispiel. In der Angelegenheit wurde am 20. Juli vor dem Schöffengericht in Ermehlen verhandelt. Der auf dem Gebiete reichsverbandlicher Sozialistenbekämpfung schon wiederholt erfolgreiche Bürgermeister-Amtsanwalt — Sumpke ist sein Name — hatte eine auf Verübung von grobem Unfug lautende Anklage fabriziert, die 8 Genossen auf die Anklagebank brachte. Drei von ihnen sollen groben Unfug durch Verbreitung eines Boykottflugblattes verübt haben; 4 Mann waren des Vergehens angeklagt, weil sie Boykottposten gefanden hätten; der 8. Angeklagte, Genosse Wagner, war beschuldigt, durch Mißbrauch seines Ansehens, durch Gewaltandrohung die 7 anderen Angeklagten zu der Verübung des groben Unfugs veranlaßt zu haben. Die Vorgeschichte des Sumpke-Falles ist kurz folgende: Durch Uebergang des bisher von unseren Genossen benutzten Lokals in anderen Besitz waren sie als Partei völlig obdachlos geworden. Der Besitzwechsel war gewissermaßen behördlich erzwungen worden, weil dem Inhaber mit Hinweis darauf, daß die Sozialdemokraten das Lokal benutzen würden, die Erteilung der vollen Konzession verweigert wurde. Unsere Genossen versuchten nun, ein anderes Lokal für Versammlungen zu erlangen. Sie sprachen darum den Inhaber des Lokals zur „Stadt Berlin“ an. Dieser lehnte ab, obwohl er schon verschiedentlich Festlichkeiten hatte abhalten lassen, auch zu Versammlungen sein Lokal zur Verfügung zu stellen. Durch ein Flugblatt, das nicht öffentlich, sondern von „Haus zu Haus“ verbreitet wurde, gaben unsere Genossen der Bevölkerung die Tatsachen bekannt, wobei die Meinung und Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Arbeiter das in Betracht kommende Lokal in Zukunft auch nicht mehr als Verkehrslokal benutzen würden. Weiter hieß es in dem Blatte: „Auch die Geschäftsleute, die zum größten Teile Arbeiterkundschaft haben, werden auf unserer Seite stehen. Sie werden sich sagen, daß sie schon aus Anstand gegen ihre Arbeiterkundschaft nicht in einem Lokale verkehren können, wo man den Arbeitern keine Gleichberechtigung gewährt.“ Das ergab nun die Verhandlung? Die Genossen Krause, Schäfer und Buchmann hatten die Blätter, die sie in ihrer Zeitungsbibliothek vorgefunden, mitgenommen und verbreitet. Das leugnete niemand. Die Genossen Weisler, Kaul, Apel und Jungobans waren dann in der Nähe des Lokals „Stadt Berlin“ gesehen worden, als dort ein Streikereinsatz gefeiert wurde. 8 Belastungszeugen marschierten auf: 1 Polzikh, 1 Genbarm und 4 Bittelzeugen, die alle bekundeten, an dem in Betracht kommenden Abend Leute in der Nähe des betreffenden Lokals gesehen zu haben. Einzelne Zeugen konnten auch einzelne der Angeklagten wiedererkennen, aber auf die eingehenden Fragen an die Zeugen, ob die Angeklagten, oder die Leute, die sie gesehen, irgendwelche Äußerungen getan, oder irgendwas unternommen hätten, um sie oder andere von dem Besuche des Lokals abzuhalten, mußten sie ausnahmslos mit einem unbedingten „Nein!“ antworten. Auch bekundeten alle, daß sie in keiner Weise sich belästigt gefühlt hätten; erst im Lokal hätten sie gehört, die Leute fungierten als Boykottposten. Und keiner der Zeugen wußte auch nur einen Umstand anzuführen, der darauf hindeute, daß der Angeklagte Wagner die Flugblattverbreitung oder das angebliche Boykottfestchen veranlaßt habe. Nach dem Ergebnis dieser Beweisaufnahme durfte man gespannt darauf sein, wie der Bürgermeister-Amtsanwalt es begründen werde, den Genossen Wagner mit einem Strafbefehl, wegen Mißbrauch seines Ansehens usw., belästigt, ihn auf die Anklagebank gebracht zu haben. Und was geschah? Der Richter des Rechts erklärte, daß er leider (!) die Anklage gegen Wagner müsse fallen lassen; er könne nur Freisprechung beantragen. Wegen Verübung groben Unfugs beantrage er für die 7 übrigen Angeklagten je 30 M. Geldstrafe, eventuell 10 Tage Haft. Der Verteidiger des Genossen Wagner, Dr. Müller-Duedelburg, erklärte, er könne dem Amtsanwalt nicht den Vorwurf ersparen, in leichtfertiger Weise eine Anklage erhoben zu haben. Wenn er einen Strafbefehl erlasse wegen Minderwertigkeit und Gewalttätigkeit, dann müsse er doch irgendwelchen Grund dafür haben; das aus rein subjektivem Ermessen zu tun, sei doch mindestens leichtsinnig. Charakteristisch für die Auffassung des Amtsanwalts sei auch seine Bemerkung, daß er leider die Anklage nicht ausreicht erhalten könne. Von einem groben Unfug könne keine Rede sein; das Flugblatt sei durchaus mäßig gehalten und vertrete berechtigter Interessen. Solche Absätze müßte sich der Strategie in mihiländischen Sozialistenberichterzungen als Vertreter der „objektivsten Behörde der Welt“ gefallen lassen! Das Gericht glaubte in dem oben zitierten Passus des Flugblattes das Kriterium des groben Unfugs erblicken zu können, weshalb die Verbreiter in Strafe zu nehmen seien. Es erkannte für die drei in Betracht kommenden Angeklagten auf je 10 Mark Geldstrafe; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Den Antrag des Verteidigers auf Uebnahme der dem Angeklagten Wagner erwachsenen Kosten lehnte das Gericht ganz ungerechtfertigt ab. Die Verurteilten werden hoffentlich gegen das Urteil Berufung anmelden, denn es ist unhaltbar; durch den Inhalt eines Flugblattes kann grober Unfug nicht verübt werden. Der ausgezeichnete Bürgermeister-Amtsanwalt dürfte der Partei noch manchen agitatorischen Dienst leisten, wiewohl in der Erhebung der völlig grundlosen Anklage grober Unfug im strafrechtlichen Sinne nicht liegt. Uebrigens: Weshalb ist wegen der Begründung der Konzessionsverweigerung kein gerichtliches Verfahren anhängig gemacht?

Die „Viergaul“ des Pfarrmeisters.

Der Pfarrmeister Michael Wildmoser in Untermenzing wollte am 25. April, dem St. Marienfest, dem Heiligen zu Ehren sich auch einmal einen vernünftigen Tag machen. Er ging deshalb in die Wirtschaft und zechte so wader darauf los, daß er bald gehörig „einen sitzen hatte“. Da kam das Oberhaupt des Dorfes, der Bürgermeister Josef Schmid, dem der Michel schon lange nicht grün war, in die Wirtschaft. Es dauerte nicht lange, da ging das Stichelein zwischen den beiden guten Freunden los. Der Wildmoser rief dem Bürgermeister u. a. zu: „Was wärst denn Du, wenn wir Anno 1904 nel unfer Kirchn hätt'n renovieren lass'n, nodat hättst halt a nie!“ Das schlug dem Paz den Boden aus. Der Bürgermeister ging auf Wildmoser zu, sagte ihn von an seiner Jacke und setzte ihn dann nieder auf die Bank. Darauf nahm der Wildmoser seinen Maß-

Trug und schlug ihn an dem Kopf der hohen Obrigkeit entgegen. Weil aber bei diesem Verfahren nicht bloß der Kopf, sondern auch der bürgermeisterliche Kopf ziemlich hart mitgenommen worden war, mußte der Michel vor dem Schöffengericht erscheinen. Als der Herr Amtsdichter ihn fragte, warum er denn den Herrn Bürgermeister so hart zugrückt, da sagte der Pfarrmeister, das Ganze wär halt nur a Biergaul gewesen. Dieser Auffassung konnte sich indes das Gericht nicht anschließen. Der Herr Pfarrmeister muß nun wegen der Beleidigung und der schweren Körperverletzung 90 M. dem Herrn Bischof opfern, wenn er es nicht vorzieht, die Sache abzugeben.

Vermischtes.

Kriegsspielerlei zur Belebung der Sedanfeier.

Dieser patriotische Mimbin, der seit einigen Jahren in den rüdständigen Winteln Ostpreußens durch staatsverhaltende Elemente eifrig gefördert wird, hat bereits wiederholt bedauerliche Unglücksfälle herbeigeführt, ohne daß die Behörden daran denken, dagegen einzuschreiten. Ueber einen der neuesten Fälle lasen wir in einigen Provinzzeitungen kürzlich folgendes:

Es handelt sich um ein Kriegsspiel, das die Bewohner zweier Nachbardörfer bei Goldap, Kerschten und Wodschwingen alljährlich zur Sedanfeier abhielten. So geschah dies auch am 12. September v. J. Die Kerschter stellten die Franzosen, die Wodschwingler die Deutschen dar. An dem Kriegsspiel beteiligten sich nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene; so z. B. „Lämpke“ auf der Seite der Franzosen auch der Wessergohn Kapust aus Kerschten. In einem Kassefel kam es zum Zusammenstoß. Auch Goldaper Schulkinder mit ihren Fahnen nahmen diesmal teil. Blötzlich sprang Kapust auf ein Kind zu und wollte ihm die Fahne entreißen. A. hatte das geladene und nicht gesicherte Gewehr in der einen Hand. Der Schuhmacher Friedrich Hilbert aus Goldap, der unter anderen auch als Zuschauer dem Kriegsspiel beizuwohnte, rief dem A. zu, er möge dem Kinde doch die Fahne lassen. A. drehte sich gleich nach Hilbert um und kam mit dem Gewehr auf ihn zugelaufen. H. wollte fliehen, A. holte ihn aber ein und stieß ihm die Mündung des Gewehrs mit aller Kraft in die Seite. Der Schuß ging los, H. sank getroffen zusammen. H. wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, starb aber schon am nächsten Tage infolge der Schußverletzung; er war etwa 45 Jahre alt und Familienvater.

Vor der Strafkammer in Lyk hatte sich Anfang dieses Monats der große Sedanheld, Wessergohn Kapust wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Wenn unsere Parteigenossen in Ostpreußen auf einer großen Wiese der sonstigen freien Platz eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten wollen, wird ihnen hierzu die polizeiliche Genehmigung verweigert mit der unbewiesenen Begründung, daß „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ zu befürchten sei. Diese Kriegsspiele, die tatsächlich wiederholt die öffentliche Sicherheit gefährdet haben, werden nach wie vor in dem Rechtsstaate Preußen nicht nur geduldet, sondern auch behördlicherseits noch gefördert.

Erfolgreiche Kühnheit einer Fabrikarbeiterin.

Rom, 19. Juli. (Eig. Ber.) In Verola, Prov. Vredcia, geriet eine Seidenspinnerin in Brand. Durch einen Kurzschluß verurteilt, ergriß das Feuer alle Maschinenräume, ehe die Feuerwehre zur Stelle war. Es war mitten in der Nacht, und oberhalb der Maschinenräume schloßen mehr als 100 Arbeiterinnen. Die Treppen waren schon verbrannt und die Rufe der Unglücklichen wurden von der Menge nicht einmal vernommen. Eine Arbeiterin, deren Name leider von den Telegrammen verschwiegen wird, sprang von der zweiten Etage herab, wobei sie so glücklich war, sich nur leicht zu verletzen. Dann schleppte sie selbst eine Leiter herbei und half alle ihre Gefährtinnen beim Herabsteigen. Durch diese entschlossene Tat ist kein Menschenleben zu beklagen. 500 Arbeiterinnen sind arbeitslos.

Die armen Kapuziner!

Der Provinzial des Kapuzinerordens für Oesterreich-Ungarn hat, wie die Wiener „N. Fr. Presse“ meldet, im Auftrage des Papstes an sämtliche Klöster des Ordens in Oesterreich-Ungarn ein Rundschreiben gerichtet, in welchem die Ordensangehörigen aufgefordert werden, zu den alten strengen Ordensregeln zurückzukehren, die im Laufe der letzten Zeit zum großen Teil außer Acht gelassen worden sind. Für die Angehörigen des Ordens bedeutet diese Verfügung eine um so schärfere Mahnung, die mit dem meißten von ihnen in milderer Handhabung der Ordensregeln ausgeglichen worden sind. Nach den strengen Ordensregeln dürfen die Kapuziner keinen Hut tragen, keine Schuhe, sondern lediglich die Lederkutte, die mit einem Strich um die Taille geschnitten wird. Sie dürfen weiter keine Leibwäsche tragen, dürfen nicht im Bette schlafen, sondern haben als Lagerstätte zwei Bretter zu benutzen, die mit einer einfachen Matte überdeckt sind. Sie dürfen sich ferner weder haben noch waschen und müssen sich den Bart wild wachsen lassen. Das Haupthaar wird ihnen abrasiert und nur ein schmaler Kranz Haare wird stehen gelassen. Da die Wiedereinführung der alten, strengen Ordensregeln in Kreisen der Ordensangehörigen sehr schwer empfunden wird, soll ein Ausweg dadurch gefunden werden, daß lediglich die neu eintretenden Novizen den strengen Regeln unterworfen werden. — Der Kapuziner-Orden hat in seinen 57 Ordensprovinzen in Oesterreich über 700 Klöster mit rund 10 000 Mitgliedern. Er leidet über 600 000 Tertiärer (angehörige Laien). Die Kapuziner sind ein Zweig des Franziskaner-Ordens, der unter allen Kongregationen die strengste Regel hat. Der Orden wurde 1529 als extremer, das Proletariat unter den Mönchen darstellender Bettelorden konstituiert. Eine ähnliche Reform durch Wiedereinführung der alten strengen Ordensregel sollte vor einigen Jahren im Benediktiner-Orden durchgeführt werden und begegnete damals in den großen Benediktiner-Stiften Oesterreichs derartig starkem Widerstande, daß in diesen Stiften von der Durchführung dieser Reform Umgang genommen wurde.

Diese Verfügung des Ordensprovinzials hat unter den in Ungarn ansässigen Kapuzinern große Erregung hervorgerufen. In der nächsten Zeit wird eine Versammlung sämtlicher in Ungarn ansässiger Mitglieder des Kapuziner-Ordens stattfinden, in der über die weiteren gemeinsam zu ergreifenden Schritte beraten werden soll.

Kleine Notizen.

Doppelselfmord. Aus Golem bei Potsdam wird gemeldet: Gestern Abend wurden in einem Graben beim hiesigen Sägewerk die Leichen des 24jährigen Telegraphenarbeiters Ernst Häufler und des 19jährigen Dienstmädchens Marie Edelina, beide aus Golem, aufgefunden. Die beiden Selbstmörder haben sich wegen unglücklicher Liebe ertränkt.

Eine Tollwutepidemie in einer sibirischen Provinz. Die „Tribuna“ erzählt aus Lecce, daß in dieser Provinz nicht weniger als 200 Personen von tollen Hunden gebissen wurden. Das erste Auftreten der schrecklichen Krankheit datiert vom September vorigen Jahres. Damals biß ein wulkonker Hund sechzig Hunde, von denen avanzig nicht getötet werden konnten. Jetzt schreitet man zu Massenvergiftungen der herumstreifenden Hunde durch Strichain.

10 000 Franks für einen Flug von Brüssel nach Mariemont und zurück. Der Brüsseler Großindustrielle Maroquo hat einen Preis von 10 000 Franks gestiftet für denjenigen Aviatiker, welcher als erster den Flug Brüssel-Mariemont und zurück ausführt. Der Preis muß bis zum 15. August gewonnen werden. Der Aufsicht des Inzeratenteils verantw.: H. Vloed, Berlin, Druck u. Verlag: Voerwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Flugapparates in Mariemont darf nicht länger als zwei Stunden dauern. Mehrere Bewerber haben sich bereits einschreiben lassen.

Zu den Pilzvergiftungen in Lünen. In Lünen (Westfalen) starb nunmehr auch die Frau des Maurers Oum an Pilzvergiftung. Sämtliche 5 Familienmitglieder hatten Knollenblätter-schwamm gegessen.

7 Gebäude niedergebrannt. In Stadelow bei Schwerin wurden 7 Gebäude durch Feuer vernichtet. Einer der Besitzer wird vermisst. Er ist wahrscheinlich in den Flammen umgelommen.

Von einem Sandkasten todtgebracht. In der Eisenbahnhöhle von Fried in Sachsenhausen a. N. wurde an einem 80 Jentner schweren Sandkasten eine neue Aufzugsstange befestigt. Schon bei dem ersten Aufzug riß die Kette entzwei, so daß der Kasten auf den Arbeiter Ouum aus Wilschheim herabstürzte, der mit einem Kollegen den Behälter hochgezogen hatte. Der Vermunglückte starb bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus.

Amtlicher Marktbericht der sächsischen Marktbaue-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthalen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Kalb- und Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Gelläge: Zufuhr in Gärten reichlich, sonst genügend, Geschäft ruhig, Preise zum Teil beschleunigt. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft schleppend, Preise fast unverändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise un wesentlich verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 7.	am 19. 7.	Wasserstand	am 20. 7.	am 19. 7.
Remel, Mühl	136	132	Saale, Großh.	142	0
Wegel, Unterburg	97	96	Gabel, Spandau	45	0
Wegel, Thon	90	88	Spandau, W.	84	+1
Oder, Raitbor	253	252	Spree, Sternberg	140	-2
„ „ „	208	+4	„ „ „	79	-2
„ „ „	211	-15	Weser, Minden	34	+5
„ „ „	104	+6	„ „ „	68	+3
„ „ „	20	+2	Rhein, Magdeburg	—	—
„ „ „	—	—	„ „ „	443	-17
„ „ „	68	+2	„ „ „	470	-12
„ „ „	50	-8	„ „ „	143	+10
„ „ „	234	-14	„ „ „	180	-11
„ „ „	198	-15	„ „ „	182	+20

) + bedeutet Hoch, — Fall, — Unterpegel.

Freie Jugendorganisation Steglitz und Umgegend.
Unseren Mitgliebrern zur Nachricht, daß unser Kollege
Fritz Maschke
plötzlich verstorben ist. 288/5
Er war uns ein lieber Freund und Berater in seiner dreijährigen (schweren) Tätigkeit als 1. Vorsitzender in der Berliner Organisation.
Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Am 19. d. Mts. verstarb plötzlich unser Mitglied
Fritz Maschke
(1. Bezt.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Wirtshauses Friedrichshof, Marienburger Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Minerva Schaumann
geb. Otto
am 19. Juli nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juli, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Halle des Wirtshauses Friedrichshof nach dem Central-Friedhof in Friedrichshofe statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
August Schaumann.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Filial Berlin I.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß die Kollegin,
Frau **M. Schaumann**
am 19. Juli im Alter von 61 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juli, nachm. 4 Uhr, auf dem Friedhof in Friedrichshofe statt.
189/10 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 19. Juli verschied nach langem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tante, Schwester und Schwägerin
Martha Barlösius
geb. Haft
im 39. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen
Georg Barlösius
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofs in Friedrichshofe aus statt. 2822

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am 19. Juli verstarb unser Mitglied, der Vorkämpfer
Jakob Block
Häckerstraße 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Hedwigs-Gemeinde in Reinickendorf, Berliner Str. 24/25, aus statt. 288/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Königsplatz 12.
(Bezt II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin
Frau Henriette Möbus
Haldensteinstraße 34
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofs in Friedrichshofe aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Friedrich Schultz
sage ich den Inhabern der Firma Gohrs & Co., dem Meister der Abteilung der Maschinenformer, den Kollegen der Firma Gohrs & Co., den Genossen des 217. Wahlbezirks, dem Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, dem Metallarbeiter-Verband, der Wagenbauwerk-Kasse, Bezirk 17, dem Sparverein „Wähe“, den Kollegen, insbesondere dem Genossen Brandenburg für den herzlichen Beifall und allen Verwandten und Bekannten meinen besten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Wwe. Schultz nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz.
10-2-5-7. Sonntags 10-12-2-4
Zepernick-Bernau.
Parzelle von 3000 m (ca 60 A.)
Kleine Anlage u. langjährige Hypothek. Güte gratis. Verkäufer ständig am Hl. Zepernick. J. Krogar, Gendarmstr. 5.
Effektive in früherer (schwerer) Ware:
Fette Gänse 65.
Nur allererste Qualität.
Gänserümpfe, Gänse, Fette Suppenhähner, junge Brathühner.
Wegner, SO., Mariannenstr. 34.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.

LEIPZIGER STR.



ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



*Freitag und Sonnabend
zu besonders billigen Preisen:*

Lebensmittel soweit Vorrat

Speisen-Fabrikate

Pudding- und Griespuddingpulver
(gefärbt), mit verschiedenem Fruchtgeschmack . . . 10 Pakete **42 Pf.**

Rote Grütze
(gefärbt), mit verschiedenem Fruchtgeschmack . . . 10 Pakete **52 Pf.**

Crémepulver
(gefärbt), mit verschiedenem Fruchtgeschmack Paket **15 Pf.**

Fasson - Geleepulver
mit verschiedenem Fruchtgeschmack Paket **17 Pf.**

Eispulver mit verschiedenem Fruchtgeschmack Paket **15 Pf.**

Speisen - Saucenpulver
1/2 Kilo-Paket **18**, kleines Paket . . . **5 Pf.**

Vanillinzucker
1/2 Kilo-Paket . . . **35**, kleiner Beutel **5 Pf.**

Weizengries
fein, mittel und grob . . . Pfund **17 Pf.**

Hartweizengries
fein, mittel und grob . . . Pfund **18 Pf.**

Rangoon-Reis **15, 19 Pf.**
Pfund

Java-Reis Pfund **23, 28 Pf.**

Bouillon-Würfel
Inhalt 10 20 50 Stück
Dose **30 Pf. 55 Pf. 1.35**
Inhalt 100 500 Stück
Dose **2.60 12.80**

Fleischwaren

Rollschinken 7 b. 10 Pfund schwer **1.35**
Pfund

Mausschinken 2 1/2 bis 3 Pfund schwer . . . Pfund **1.15**

Schinkenspeck Pfund **1.00**

Teewurst Pfund **1.10**

Mettwurst mit Knoblauch . . . Pfund **1.00**

Rotwurst I Pfund **70**, II Pfund **50 Pf.**

Jagdwurst Pfund **95 Pf.**

Zervelatwurst Pfund **1.25**

Salamiwurst Pfund **1.25**

Delikatess-Würstchen
12 Paar . . Dose **1.40**, 6 Paar . . Dose **70 Pf.**

Delikatess-Sülze Dose **85 Pf.**

Schokolade und Kakao

Deutscher Kakao Pfund **75, 95 Pf.**

Deutscher Kakao grüne Packung Pfund **1.20**

Holl. Kakao Pfund **1.80, 2.10**

Block-Schokolade . . . Pfund **75 Pf.**

Haushalt-Schokolade
Pfund **65, 75, 95 Pf.**

Vanille-Schokolade I Pfund **1.05**

Vanille-Schokolade II Pfund **1.15**

Ess-Schokolade I . . . Pfund **1.50**

Gebrannter Kaffee
Mischung 1 2 3 4 5 6 7
Pfund **95 Pf. 1.05 1.20 1.35 1.55 1.70 1.90**

Fruchtsäfte

mit Raffinade eingekocht

Himbeersaft Flasche **75 Pf.**

Kirschsaft Flasche **80 Pf.**

Johannisbeersaft Flasche **80 Pf.**

Himbeersaft extra Flasche **1.00**

Zitronensaft Flasche **1.00**

Erdbeersaft Flasche **80 Pf., 1.00**

Borsdorfer Apfelwein 1/2 Fl. **30 Pf.**

Braunschweiger
Doppel-Schiffsmumme
1/2 Dose **2.15** 1/2 Dose **1.10**

Rehkeulen 4.50 bis 7.00

Rehrücken 5.00 bis 8.00

Rehblätter 1.50 bis 3.00

Gebirgspreisselbeeren . . . Pfund **20 Pf.**

Ungarische Strudeläpfel Pfund **25 Pf.**

Italienische Pfirsiche . . . Pfund **25 Pf.**

Italien. Gentilli-Birnen . . . Pfund **18 Pf.**

Holländ. Einmachegurken Mdl. **45 Pf.**

Salatgurken . . . Stück **5, 8, 10, 15 Pf.**

Kopfsalat 5 Stück **10 Pf.**

Holl. Cantaloupe-Melonen Pfund **28 Pf.**

Ger. Ahlbecker Flundern . . . Pfund **25 Pf.**

Geräucherte Aale Pfund **1.10**

Geräucherte Bund-Aale . . . Bund **38 Pf.**

Neue Matjes-Heringe **10, 15, 20 Pf.**

Gänse Pfund **55, 60, 68, 75 Pf.**

Hühner Stück **55 Pf. bis 2.75**

Enten Stück **1.90 bis 3.25**

Tafelbutter Pfund **1.10**

Schweizer Käse Pfund **78 Pf.**

Tilsiter Käse Pfund **55 Pf.**

Camembert Stück **17 Pf.**

Romatourkäse Stück **20 Pf.**

Limburgerkäse Pfund **45 Pf.**

Tortenbriekäse Pfund **50 Pf.**

Quadratkäse Pfund **35 Pf.**

Frühstückskäse Stück **5 Pf.**

Galizische Krebse
Mandel **45, 90 Pf., 1.50, 2.00, 3.00**

Edel-Krebse
Mandel **95 Pf., 1.25, 2.25, 3.00, 4.00**

Riesen-Krebse Stück **50, 75 Pf.**

Nur Leipziger-und Rosenthaler Strasse:

Frisches Fleisch und Fische

Filet Pfund **90 Pf.**, ausgeschält **1.40 bis 1.60**

Roastbeef Pfund **90 Pf.**, ohne Knochen **1.30**

Schmorfleisch Pfund **90 Pf.**

Frische Rinderzunge Pfund **92 Pf.**

Frisches Rippespeer Pfund **90 Pf.**

Hammelkeule Pfund **80**, geteilt **85 Pf.**

Schweinekamm und Schuft
Pfund **75**, geteilt **80 Pf.**

Kassler Rippespeer **80 bis 90 Pf.**

Gehacktes Pfund **60 Pf.**

Lebende Schleie . . . Pfund **1.10**

Lebende Aale . . . Pfund **80 Pf., 1.10**

Bratschellfische Pfund **9 Pf.**

Grosse Schellfische Pfund **15 Pf.**

Seelachs Pfund **9 Pf.**, im Anschnitt **13 Pf.**

Kabeljau Pfund **10 Pf.**, im Anschnitt **15 Pf.**

Bratschollen Pfund **10 Pf.**

Grosse Schollen . . . Pfund **20 Pf.**

Mineralwasser

Harzer Sauerbrunnen
20 Flaschen (exkl. Flaschen) . . . **2.00**

Tafelwasser
80 Flaschen **1.80**

Namedy-Sprudel
Apollinaris, Kgl. Fachingen.

Aus dem Berliner Innungswesen.

Vor kurzem ist der Geschäftsbericht der „Ständigen Deputation des Innungsausschusses der vereinigten Innungen zu Berlin“ über die Tätigkeit im Jahre 1909 erschienen. Derselbe enthält eine Nachweisung, wieviel Innungen dem Ausschuss — einer Institution ähnlich wie bei den Gewerkschaften die Gewerkschaftsartelle — angeschlossen sind, sowie die Zahl der Mitglieder der einzelnen Innungen, ferner den Kostenbericht des Innungsausschusses und die Berichtserstattung über das am Orte bestehende Innungsschiedsgericht.

Dem Innungsausschuss waren am Schlusse des Jahres 1909 angeschlossen 46 Innungen mit 26 275 Mitgliedern. Da es in Berlin zur Zeit 62 Innungen gibt, so stehen 16 Innungen, meist kleiner, außerhalb dieser örtlichen Vereinigung. Die Stärke der Innungen ist sehr verschieden, ebenso die örtliche Begrenzung ihres Wirkungsbereiches. Die fünf größten Innungen (es sind sämtlich Zwangsinnungen) sind die der Schneider mit 5115 Mitgliedern, Tischler mit 2508, Schuhmacher mit 2483, Wäcker (Innung „Germania“) mit 1598 und Maler mit 1300 Mitgliedern. Zu den fünf kleinsten zählen die Innungen der Kammmacher mit 12, Nagelschmiede mit 16, Feilenhauer mit 17, Seiler mit 17 und Steinwäger mit 24 Mitgliedern. Einige Innungen erstrecken ihren Wirkungsbereich auch auf die Vororte, noch andere darüber hinaus. Ein eigenes Bureau unterhalten zehn Innungen, nämlich: beide am Ort bestehenden Wäckerinnungen „Concordia“ und „Germania“, ferner der „Bund der Bau-, Maler- und Zimmermeister“, die Fuhrherren, die Galante, die Räder, die Schneider, die Schuhmacher, die Steinseher und die Tischler.

Die auffallend starke Mitgliederzahl der Schneiderinnung erklärt sich daraus, daß ihr nach dem Statut und den Entscheidungen der höheren Verwaltungsbehörde die sogenannten Hausgewerbetreibenden angehören müssen, denen zwar in rechtlicher Beziehung der Charakter Selbständiger beigelegt wird, während sie in Wirklichkeit fast ebenso wirtschaftlich und persönlich von ihren Arbeitgebern, den Konfektionären, abhängig sind, wie der Werkstatt- oder der nur allein in seiner Wohnung arbeitende Heimarbeiter. Auch werden von derselben Innung die weiblichen Modistinnen auch dann, wenn sie nur allein für Kundschafft arbeiten, zu Beiträgen herangezogen, um das Handwerk mit „weitem“ zu helfen.

Und dem weiteren Bericht heben wir nur die die Allgemeinheit interessierenden Stellen hervor. So sollen bei Stadtverordnetenwahlen die bürgerlichen Parteien ersucht werden, bei Aufstellung von Kandidaten das Handwerk zu berücksichtigen. Augenblicklich haben wir zwei Obermeister (der Klempner- und Malerinnung), die Herren Berger und Reilig als Stadtverordnete im Rathaus sitzen. Ihre bisher zutage getretene Tätigkeit, besonders die des letzteren, dürfte die bürgerlichen Fraktionen des Rathauses wohl zur reiflichen Überlegung veranlassen, den Wunsch der Innungsausschüsse zu erfüllen. Bisher wurde in einer Innungsausschusssitzung auch die Wäckerordnung und, wie es heißt, „ihre die Erläuterung vieler ehrlicher Handwerksmeister bedrohende Handhabung!“ Dem ehrlichen Wäckerhandwerk wurde dann auch vom Ausschuss die Unterstützung zugesichert und gewährt. Worin diese Unterstützung bestanden hat, sagt der Bericht nicht, man wird wohl aber nicht schämen, anzunehmen, daß die Innungsausschüsse auf den Hintertreppen der Behörden dambrieren, um diese um möglichst laze Handhabung der arbeiterschützenden Bestimmungen anzubetteln, was denn auch, wie die Wäckergegenseiten bezugnehmend, von Erfolg gekrönt ist. In einer anderen Stelle heißt es: „Für nicht richtig wurde es befunden, daß der Berliner Magistrat eigene Werkstätten errichtet und so dem schäblichen Gewerbebestande Konkurrenz macht.“

Von Wichtigkeit für Eltern und Lehrlinge ist dieser Satz, der zwar etwas Selbstverständliches sagt, aber doch in weiten Kreisen verdient bekannt zu werden, da hierüber auch unter den Arbeitern noch vielfach ertümlige Auffassungen herrschen: „Auf eine Anfrage der Handwerkskammer erklärte der Innungsausschuss es als ordentlich, daß Lehrlinge nach Beendigung der im Lehrvertrage festgesetzten Zeit den Vorkursus zu beantragen haben und nicht erst von dem Tage ab, an dem sie in der Innungs-Quartalsversammlung „freigesprochen“ werden.“

Der Kostenbericht des Innungsausschusses bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 19 334,81 M. Unter den Einnahmen befinden sich 4577,15 M. an Innungsbeiträgen und 6997 M., welche die Innungen als besondere Beitrag zum Innungsschiedsgericht leisten mußten, und 8878,50 M. zurückgezahlte Kosten und Gebühren der Parteien, die am selben Gericht erhoben bezw. bezahlt wurden. Bei den Ausgaben sind verzeichnet 9780 M. an Verhandlungen und Entscheidungen, davon erhebt der 1. Vorsitzende des Ausschusses (Obermeister Kahardt) 1200 M., der Schlichter (Obermeister Strud von der Zeugnis- und Innung) 500 M., der Vorsitzende des Innungsschiedsgerichts, der im Hauptamt tätig ist, 4500 M., ein Sekretär, der als Berichtsschreiber fungiert, 2200 M., und die am schlechtesten bezahlte Hilfskraft 1200 M.

Vom Innungsschiedsgericht ist folgendes zu berichten: Es gingen ein im Jahre 1909: 2387 Klagen (gegen das Vorjahr mehr 22). Es wurden davon 1804 im Bureau schriftlich als Protokoll genommen, 883 gingen schriftlich ein, 449 vom Berliner Gewerbe- bezw. Kaufmannsgericht, 1 vom Gewerbegericht Schöneberg überwiesen. In 118 Fällen wurde auf Herausgabe der Papiere und Sachen bezw. Ausstellung eines Zeugnisses geklagt. Die Gesamtsumme der eingeklagten Forderungen betrug 88 283,66 M. gegen 101 101,58 M. im Vorjahre. Ihre Erledigung fanden 2204 Streitfragen, 5 Sachen wurden mit anderen Klagen, die gegen denselben Beklagten gerichtet waren, verbunden. In 51 Fällen konnte nicht verhandelt werden, da niemand erschienen war. 49 Klagen wurden vor der Verhandlung zurückgenommen, in 19 Fällen konnte wegen Verzuges der Adressaten die Ladung nicht zugestellt werden. In 10 Fällen wurden die Akten dem Gewerbegericht überwiesen, 81 mal forderte sich im Berufungsverfahren das Amtsgericht die Akten ein. Von den 2204 Fällen wurden erledigt 404 durch Verurteilung nach Verhandlung, 885 durch Versäumnisurteil, 557 erdeten durch Vergleich, 101 mal wurden die Parteien zum Teil abgewiesen, zum Teil verurteilt; Klagenabweisung erfolgte in 493 Fällen nach Verhandlung, 108 mal im Versäumniswege; nach der Verhandlung wurden zurückgenommen 68 Klagen. Die meisten Klagen waren zu verzeichnen bei den Tischlern 650, Schneidern 341, Gastwirten 229 und Malern 197. Keine Klagen hatten die Wäcker (Wäcker-Innung Eiche), die chirurgischen Instrumentenmacher, Drechsler, Feilenhauer, Schornsteinleger, Seiler, Vergolder, Jagdschlüssler und Zeugschmiede, alles Innungen, bei denen nicht einmal ein ordentlicher Gesellenausschuss besteht, geschweige denn Arbeitnehmerschaft am Schiedsgerichte vorhanden sind.

Das Lehrlingschiedsgericht, an dem nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung nur „Meister“ als Vorsitzender fungieren, verhandelte in 83 Streitfragen. Davon entfallen auf die Schlosser 18, Tischler 10, Bau 2, Schneider 12, Wäcker 9, Tapezierer 4, Maler, Wäckerinnung „Concordia“, Wäckerinnung und Räder je 3, Galantier, Steinseher, Schmiede und Klempner je 2, Wäcker, Kürschner, Buchbinder, Jagdschlüssler, Konditoren und Kammmacher je 1.

In 699 Fällen wurde die Zwangsvollstreckung wegen der Kosten des Schiedsgerichts, in 580 Fällen wegen der durch Schiedspruch gesicherten Summe bei der Vollstreckungsbehörde, dem Polizeipräsidium beantragt. Welche Erfolge diese Art Zwangsvollstreckung bei den Schiedsgerichtsentscheidungen gehabt hat, darüber schweigt der Bericht, während er für die Beibringung der Berichtssachen dem Polizeipräsidium seinen Dank ausdrückt! Es wird dies erst dann verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß hierbei meistens Arbeiter in Frage kommen, die als Kläger auftreten.

Die Kosten der Rechtsprechung am Schiedsgericht sind im Verhältnis zu denen der am Gewerbegericht vorgeschriebenen hoch, so daß die Weigerung der Arbeiter, bei geringen Objekten noch hohe Gebühren zu zahlen, durchaus begreiflich erscheint.

Es ist eben der Jammer unserer heutigen sozialpolitischen Gesetzgebung, die auch bei dem Beschlusse der Reichsversicherungsordnung zum Ausdruck kommt, daß man den im heutigen Wirtschaftsleben ziemlich bedeutungslosen Innungsmessern Privilegien auf Kosten der von ihnen Beschäftigten in den Schoß wirft und diese dadurch in ihren Rechten schmälert.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 24. Juli findet unser Familienausflug nach Grünau (Spielplatz) statt. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr auf dem Götlicher Bahnhof. Abfahrt 7 30. Im Walde finden Kinderspiele usw. statt. Für Kaffeeküche ist Sorge getragen. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Endziel der „Spielplatz“ ist. Recht zahlreiche Beteiligung wünscht Das Komitee.

Fünfter Wahlkreis, vierte Abteilung. Sonntag, den 24. Juli, 2 Uhr nachmittags: Ausflug nach Friedrichsfelde. Treffpunkt: daselbst Lindenpark. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Abteilungsführer.

Die Kreisgeneralversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Niederbarnim

findet am Sonntag, den 24. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Café Bellevue“ in Rummelsburg, Hauptstraße 2, statt.

- Auf der Tagesordnung steht: 1. Tätigkeitsbericht vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1910. 2. Wahl der Kreisleitung. 3. Die Provinzialkonferenz am 11. September und Wahl dreier Delegierten. 4. Der deutsche Parteitag und Wahl von vier Delegierten. 5. Anträge und Vereinsangelegenheiten.

Zur Teilnahme sind verpflichtet: die gewählten Delegierten, die Bezirksleiter und die Vorstandsmitglieder.

Die Parteimitglieder, die den Verhandlungen als Gäste beizuwohnen wollen, haben als Legitimation ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Der Kreisvorstand.

Reinickendorf (West). Sonntag, den 24. d. M. feiert der Bezirkswahlverein sein 5. Stiftungsfest in den Giebelsälen, Giebelsstraße 80 und Gärdes Waldschloßchen, Ecke der Wald- und Giebelsstraße. Das Programm besteht aus Konzert, Auftritten der Volksgesellschaft, Bewandlung, Kinderbelustigungen und Tanz. Billets sind beim Komitee, sowie in den mit Plakaten belegten Geschäften, bei den Gruppenführern und an der Kasse zu haben.

Spandau. Sonntag, 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet für die Orte Hofelhorst, Sternfelde und Rönneburg im Lokal von Karl Friede, Rönneburg, Siemensstr. 23, eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Wilhelm Piel über: „Der Vormarsch der Sozialdemokratie“ referieren wird. Die Genossen Spandau, welche sich an der Versammlung beteiligen, treffen sich nachmittags 2 1/2 Uhr bei Frau Wöhe, Havelstraße.

Sonntag früh 7 Uhr findet von allen Bezirkslokale eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Es wird erwartet, daß alle Genossen pünktlich zur Stelle sind.

Berliner Nachrichten.

Der zunehmende Fahrverkehr im Friedrichshain hat die städtische Polizeideputation veranlaßt, im Interesse der Spaziergänger den Fahrweg, der von der Straße am Friedrichshain mitten durch die Anlagen führt und mit einer Gabelung nach der Virchowstraße und dem Krankenhaus ausläuft, für Kraftwagen, Geschäfte- und Lastwagen, Leichen- und Trauerwagen und Fahrräder zu verbieten. Nur der die Landsberger Allee mit der Virchowstraße verbindende Weg, der am Krankenhaus entlang führt, ist dem Fahrverkehr freigegeben.

Ein Feind der Obdachlosen. Im „Berliner Tageblatt“ liest ein allzu nervöser Leser aus dem Nordosten einen Hilfsbrief aus über die Straßenzustände beim Obdachlosenanstalt. Der offenbar recht gut situierte Herr versetzt dabei den Obdachlosen folgenden Hieb:

„Welchen Einfluß die tägliche Verhöhnung mit diesen verkommenen Elementen auf die zahlreichen Kinder hat, soll hier gar nicht untersucht werden. Eine Verlegung des Asyls wäre auch im Interesse der Schule zu wünschen, die sich ihm gegenüber befindet. Es ist doch ein eigentümlicher Zustand, daß diese Kinder sich mit Baracken begnügen müssen, während die Herren Gewohnheitsbetrübler in einem schönen massiven Gebäude mit geräumigen Sälen sich rädeln.“

Zweifelsohne muß doch das Asyl sich befinden. Wo es aber in oder dicht bei der Großstadt ist, werden auch immer Kinder mehr oder weniger nahe sein. Daß die Kinder der gegenüber dem Asyl liegenden Barackenschule, deren Zugänge an der entgegengesetzten Seite vorgezogen sind, unter den Ähnlsten leiden, ist übertrieben. Die Schule würde ja zweifellos besser anderwärts untergebracht sein, aber eine enge Verbindung mit Ähnlsten findet nicht statt, da die Ähnlsten das Asyl längst verlassen haben, wenn der Schulunterricht beginnt. Der verböhrteste Hieb gegen die Obdachlosen, die meist aus eigener Kraft nicht wieder hochkommen können, gehört dazu, das Asyl förmlich als einen Polak anzuspüren. Rädeln Sie sich doch nur eine einzige Nacht, Herr Obdachlosener, in den geräumigen Sälen des schönen massiven Gebäudes“ und Sie vergessen ganz sicher das Wiederkommen.

Ein Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten an die Schutzmannschaft vom Jahre 1902 spielte eine Rolle in einem Prozeß, den der Cafetier Broß gegen den Präsidenten angestrengt hatte, nachdem ihm die Polizeistunde von 4 Uhr nachts auf 12 Uhr herabgesetzt worden war. Die Herabsetzung erfolgte wegen Übertretung der Polizeistunde. Die fragliche Verfügung des Polizeipräsidenten, die wir seinerzeit schon veröffentlicht haben, besagt unter anderem, daß die Beamten zwar auf den rechtzeitigen Schluß der Lokale sehen, dabei aber Härten vermeiden sollen. Es soll den Wirten eine angemessene Frist zur Entleerung der Lokale gewährt werden, etwa von einer Viertelstunde, bei Tanzlokalen von einer halben Stunde. — Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage Broß's ab, so daß es bei der Herabsetzung der Polizeistunde auf 12 Uhr verbleibt. Es wurde ausgeführt, daß die mehrfache Übertretung der Polizeistunde durch Broß ihre Herabsetzung auf 12 Uhr nachts rechtfertige. Was den durch Broß angelegenen Erlaß des Polizeipräsidenten angeht, so sei das lediglich eine Instruktion an die Schutzmannschaft, wonach nicht wegen jeder Kleinigkeit Anzeige erstattet werden und ferner berücksichtigt werden solle, daß die Lokale sich nicht so schnell entleeren könnten. Daraus könnten aber die Wirte kein Fall ein Recht auf ein längeres Offenhalten oder eine Entschuldigung herleiten.

Die Unfälle der Kinder, sich an Fahrwerke anzuhängen, hat wiederum einen schweren Unglücksfall zur Folge gehabt. Gestern nachmittags war der zehnjährige Sohn Otto des Arbeiters Gottschall aus der Reinickendorfer Straße 88 in der Müllerstraße auf einen vorüberfahrenden Drauerwagen gestürzt, ohne daß der Aufsitzer dies bemerkte. Als letzterer die Pferde zu schnellerer Gangantrieb, wollte der Knabe abspringen. Dabei kam der Junge zu Fall und geriet unter den Wagen, dessen Hinterrad über ihn hinwegging. Der Verunglückte erlitt schwere Luetigungen am rechten Unter- und Oberschenkel und ansehnlich auch innere Verletzungen. Er wurde, nachdem er auf der Unfallsstation in der Ludower Straße Notverbände erhalten hatte, nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt.

Ein zweiter schwerer Straßenunfall ereignete sich in Rummelsburg. Als der 30jährige Arbeiter Paul Pichl aus Nizdorf auf einem Zweirade die Hauptstraße entlang fuhr, kam ihm ein Bierwagen entgegen. Um dem Gefährt auszuweichen, bog P. nach den Straßenbahngleisen hinüber. Er blieb aber mit seiner Maschine in einer Schiene hängen und kam zu Fall. Der Arbeiter stürzte unmittelbar vor die Pferde des Bierwagens und erhielt mehrere Hufschläge auf die Brust, ehe das Gefährt zum Stehen gebracht werden konnte. Der Verunglückte trug mehrere Rippenbrüche und innere Verletzungen davon und mußte dem Rummelsburger Krankenhaus zugeführt werden.

Als vermeintliche Täter zu dem Lichterader Attentat sind der Bauer Albert Rademeyer und dessen Bruder, der Kaufmann Louis Rademeyer, festgenommen worden. Der gegen diese beiden Personen bestehende Verdacht gründet sich zunächst darauf, daß Albert Rademeyer sich zur kritischen Zeit in Geldverlegenheit befand. Er brachte zum 3. Juli sehr nötig 8000 Mark, die er schon seit Monaten seinem Schwiegersohn, einem Schmiedemeister in einem nördlichen Vorort versprochen hatte, um damit einen Wechsel, der in diesen Tagen fällig war, zu decken. Seine Vermögensverhältnisse, sich von anderer Seite dieses Geld zu verschaffen, waren vergebens. Das erste Bettelbroschieren vom 30. Juni paßt zeitlich in diesen Rahmen genau hinein. Aber sonst ist Albert Rademeyer eine der wenigen Personen, die überhaupt mit der Sache in Zusammenhang gebracht werden können. Er ist seit vielen Jahren der Nachbar des Kraay, kennt dessen Verhältnisse genau und weiß, daß auf dem gewöhnlichen Wege des Pampes nichts von ihm zu erreichen ist. Dafür sind ihm aber ihre Eigenarten, Frömmigkeit, Aberglaube und Anständigkeit des Otto Kraay und anderes bekannt. Er wußte also, wo er sie einzig und allein zu fassen hatte, um Geld von ihnen zu erhalten. Schreiber des Briefes kann er aber nicht sein. Dafür kommt sein Bruder Louis, früherer Kaufmann und Schreiber, in Betracht. Diese Handschrift zeigt nicht allein eine unvollständige Übereinstimmung mit der des Briefschreibers, sondern bei ihm trifft auch allerlei zu, was der Briefschreiber in dem ersten Brief sagt und was man durchaus ernst nehmen kann. Er wohnt nämlich in solcher Nähe des Tatortes, daß er von seinem Hause aus das umliegende Gelände so gut überblicken kann, wie der Briefschreiber es mit diesen Worten zum Ausdruck bringt: „Dem ich werde zur Sicherheit den Ort, den ich angeben werde, gut bewachen lassen, und ich werde nicht einmal die Umgegend betreten brauchen.“ Es ist auch festgestellt worden, daß in mehreren Nächten, von diesem Grundstück aus, Beobachtungen erfolgt sind. Außerdem erregte gestern mittag in Lichterade das Erscheinen des neuen Mercedeswagens, den der Kriminalkommissar von Berg bei seinen Recherchen in Lichterade benutzte. Eine Durchsichtung in der Wohnung wurde vorgenommen und die beiden Verdächtigen mit dem Mercedeswagen nach Berlin gebracht.

Weitere Mitteilungen besagen: Die Kriminalpolizei ging von dem Befichtspunkt aus, daß das Grundstück des Kraay im Zusammenhang steht mit dem Tatorte, der an dem entgegengesetzten Ende des Dorfes gelegen ist. Die Frage, weshalb der Täter wohl diesen Platz gesucht habe, in Verbindung mit dem Bettelbrief, war nicht schwer zu beantworten. Der Tatort wurde nach dieser Vorgeschichte verlegt, weil hier durch die über manneshöhe Hecke auf der einen Seite Schutz zum Vergraben der Höllenmaschine oder aber der Viehbüchse mit dem Gelde vorhanden war, ohne daß von dem gegenüberliegenden Hause, in welchem der Gendarm wohnt, irgend etwas hinter der Hecke gesehen werden konnte, andererseits ist aber auch in dem Briefe enthalten, daß der Täter dieses Grundstück genau beobachtet haben werde, ohne auch nur die Umgegend zu betreten. Da der Täter unzweifelhaft die Gepflogenheiten der Familie Kraay kennt, so wußte er, daß er auf geradem Wege von den Leuten nichts bekommen würde, sondern nur mit diesen, schon von uns angegebenen Eigenarten der Kraay'schen Familie rechnen konnte. Es wurde der große Kreis der in Frage kommenden Personen auf diese Eigenschaften hin geprüft. Dabei blieb lediglich der Rademeyer und sein Bruder übrig, um so mehr, als die Rademeyer'sche Familie mit Kraay seit Jahren aneinander ist und mit Kraay in keinerlei Beziehungen mehr gestanden hat. Die Rademeyer'sche Familie hat früher zu den reichsten in Lichterade gehört, ist aber zurückgekommen. Albert Rademeyer hat vor Jahren, da sein Grundstück mit Hypotheken belastet war, dieses seinem Schwager, dem Bruder seiner Frau, zur Bewirtschaftung übergeben. Dieser ist trotz der schlechten Gelblage dennoch ausgekommen. Nachdem der Grund und Boden im Werte stieg, hat der Schwager durch Verkauf seine Unkosten nicht bloß wieder herausgeholt, sondern noch 1500 Mark herausgewirtschaftet. Dieses Geld hat er nicht den Familienmitgliedern, d. h. den Brüdern Rademeyer gegeben, sondern hat bestimmt, daß dieses Geld, da er selbst nichts davon haben wollte, den Kindern der Brüder zugute kommen sollte. Der Rademeyer wirtschaftete auf dem Grundstück weiter, hatte auch verschiedentlich die Kraay'schen Heute um Darlehen ersucht und solche erhalten, ohne ihnen das Geld wiederzugeben. Sie kamen schließlich zu einem Prozeß. Seit dieser Zeit war das Verhältnis der beiden Familien getrübt. Der Kaufmann Louis Rademeyer bewohnte ein Grundstück gegenüber dem Tatorte. Es ist auch beobachtet worden, daß in der Nacht vom 3. zum 4. d. Mts. auf der Ummauerung des Grundstücks ein Mann gelegen hat, der von der Mauer aus den Tatort übersehen konnte. Beim Anrufen hat dieser Mann etwas geäußert und ist dann nach dem Hof hinabgeklungen und hat mit seinem Bruder, dem Louis, der sich auf der Toilette befand, gesprochen. Dazu kommt, daß in der Handschrift des zweiten Briefes und in der des Louis Rademeyer eine große Ähnlichkeit vorhanden ist. Dazu kamen andere Umstände. Die Tochter des Albert Rademeyer ist mit einem Schmiedemeister im Norden Berlins verheiratet, dem Zufolge zur Beschaffung von Geldmitteln gemacht worden waren, um dringende Forderungen zu befriedigen. Rademeyer hatte versprochen, am 3. Juli das Geld zu geben. Es wurde aber nichts daraus, wohl aber traf in dieser Zeit der Bettelbrief bei Kraay ein. Sodann ermittelte die Kriminalpolizei, daß der Schwiegervater mit dem Schwiegersohn telephonische Gespräche geführt hatte. Der Schwiegervater konnte aber die 8000 Mark nicht bekommen und versprach nun ganz sicher, bis zum 11. Juli das Geld zu beschaffen. Bis zu diesem Tage dachte er in dem Besitz des Geldes zu sein, nachdem er einen zweiten Proh- und Erpresserbrief an Kraay geschickt hatte. Während Albert Rademeyer vorher, trotzdem er mit der Kraay'schen Familie wieder in freundschaftliche Beziehungen getreten war, sich absolut nicht um die Ermittlung des Täters kümmerte, schlug er später um. Als ihm

Bekannt war, daß die Kriminalpolizei von seinen telefonischen Gesprächen mit dem Schwiegersohne Kenntnis erhalten habe, da erwiderte sich plötzlich in ihm ein reges Interesse an der Ermittlung des Täters. Er versuchte, die Spur auf andere Personen zu lenken. Der Schwager Mademeyer ist ein Schmied und Mademeyer selbst war ein Kanonier gewesen. Er ist häufig in der Schmiede mit der Herstellung von irgendwelchen Schmiedearbeiten für sich selbst beschäftigt gewesen. Da nun diese Umarbeitung des Gasrohrs eine rohe Schmiedearbeit ist und auch nach fachverständlichem Gutachten von einem sachkundigen Schmied wahrscheinlich nicht hergestellt ist, so liegt nahe, daß Mademeyer selbst das Gasrohr dort in der Schmiede hergestellt hat.

Eine teure Nacht. Um 2400 Mark berandte wurde der Künstler D. aus Charlottenburg. Auf einem Dummel durch Berlin bei Nacht hatte er die Bekanntheit eines hübschen jungen Mädchens, das sich als Konfektionseuse ausgab, gemacht. Das Mädchen zog durch eine Reihe von Weinlokalen in der Leipziger- und Jägerstraße und als D. nach einer friblen Nacht sein Heim wieder erreicht hatte, mußte er eine recht böse Entdeckung machen; seine Brieftasche mit 2400 M. war verschwunden. Die hübsche Begleiterin hatte es in einem günstigen Moment verstanden, die Tasche unbemerkt zu entwenden. Die Polizei ist der gefährlichen Person auf der Spur.

Milchhändler des Nordens haben in ihrer Generalversammlung beschlossen, die Geschäfte von Sonntag, den 24. Juli ab an Sonntag und Feiertagen von 2 Uhr ab zu schließen. Es handelt sich um die in den Strichgeschäften der Geim-, Kopenhagener-, Gandy-, Sonnenburger-, Altmöner-, Cantians-, Corföner- und Schwedter Straße vorhandenen Milchhändler.

Von der Verhaftung eines italienischen Fürsten wußte eine hiesige Korrespondenz zu berichten. Auch wir nahmen von der Meldung Notiz. Herr Rechtsanwalt Dr. Apfel schreibt uns nun in Bezug auf jene Mitteilung: In Ausgabe vom 19. Juli brachten Sie eine Notiz über die Verhaftung eines italienischen Fürsten. Dieselbe enthält eine Anzahl von schwerwiegenden Irrtümern. In meiner Eigenschaft als Rechtsbeistand des Marquis Donoffi, Prince de Suttadauro, der durch diese irrtümlichen Angaben auf das schwerste geschädigt worden ist, bitte ich Sie ebenso höflich wie dringend, die Notiz zu berichtigen. 1. Es ist unrichtig, daß Marquis Donoffi falsche Heiratsversprechungen gemacht hat und sich von Mädchen Geld geliehen hat. 2. Es ist unrichtig, daß von Seiten eines Mädchens oder von sonst jemand in Deutschland irgend eine Anzeige gegen den Marquis erstattet worden ist. 3. Es ist unrichtig, daß der Marquis wegen Vergehens gegen § 175 Str.-G.-B. oder wegen eines ähnlichen Delikts in Haft genommen oder auch nur angezeigt worden ist. Die Akten des hiesigen Polizeipräsidiums enthalten von den vorgenannten Delikten auch nicht das leiseste Wort. Wahr ist lediglich, daß der Marquis auf Erlauchen eines Vadaeposter Gerichts wegen einer Betrugsanzeige, die sich auf die Nichtzahlung eines 6000 Kronen lautenden Wechsels stützt, vom hiesigen Polizeipräsidium auf Grund der bestehenden völkerrechtlichen Bestimmungen in Haft genommen werden mußte. Diese Angelegenheit dürfte in wenigen Tagen mit der nach ungarischem Recht möglichen Jurisdiktion der Strafanzüge ihre Erledigung gefunden haben. Die verehrliche Redaktion würde durch die baldmöglichste Aufnahme der Berichtigung dazu verhelfen, daß der Schaden, der dem Marquis materiell und ideell, insbesondere durch den Hinweis auf § 175 Str.-G.-B. erwachsen ist, einigermaßen wieder gut gemacht würde. Zudem ist im voraus meinen verbindlichsten Dank auszusprechen, zeichne ich mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung Dr. Apfel, Rechtsanwalt.

Aus der Selbstmordskrank. Im Krankenbause gestorben ist gestern abend der 21 Jahre alte Malergehülfe Stanislaus Jantowski aus der Mittenwalder Straße 65. Vorgeseltern kam der Mann, der bei einer Witwe seit acht Monaten wohnte, nicht von seiner Arbeit zurück. Im letzten Monat sah er sehr blaß aus. Auf die Frage der Hausbewohner, ob er krank sei, verweigerte er jede Antwort. Man nimmt an, daß Jantowski krank war. Gestern früh fand man ihn in dem Viktoriapark in der Nähe des Nationaldenkmals. Er hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. In dem Revolver, den er bei sich hatte, befanden sich noch fünf Patronen. — Erhängt hat sich gestern morgen um 1/2 7 Uhr der 89 Jahre alte Wäbelpolier Karl Lehmann aus der Parochialstr. 29. Lehmann war neun Jahre verheiratet. Vor zehn Monaten starb seine Frau an einem Lungenleiden, seit sechs Wochen hatte auch er ein Lungenleiden und gab seine beiden Kinder im Alter von acht und zwei Jahren bei Verwandten in Pflege. Auf dem Tische lag ein Bettel, auf dem er mitteilte, daß er große Schmerzen habe, er werde auch wie seine Frau an einem Lungenleiden sterben.

Aus dem Wasser gefahren wurde gestern vor dem Hause Am Gröben-Weier 15 die 51 Jahre alte Arbeiterin Auguste Schulz, geborene Weigt aus der Polener Straße 14. Die Frau war geisteskrank und sollte nach einem bei ihr gefundenen Aufnahmefchein in eine Anstalt gebracht werden. Wahrscheinlich hat sie aus Furcht, in die Anstalt zu kommen, sich das Leben genommen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins, die am 10. Juli im „Volkshaus“ stattfand, sprach Genosse W. Siering über den „Preussischen Verfassungslampf“. Redner schilderte eingehend den historischen Entwicklungsgang der preussischen Verfassungslämpfe vom Beginn des vorigen Jahrhunderts bis zu dem letzten großen Wahlrechtslampf. Bei der Besprechung unserer jüngsten Aktion zur Erringung eines freien Wahlrechts stellte sich Genosse Siering auf denselben Standpunkt, den der Genosse R. Kautsky in der „Neuen Zeit“ gegenüber der Genossin Luzemburg eingenommen hatte. Eine Anwendung schärferer Mittel sei im gegenwärtigen Moment noch nicht angebracht, schon allein mit Rücksicht auf den Umstand, daß noch große Massen von Arbeitern unserer Bewegung fernstehen. Das Wählungen eines Waffensstreiks vernichte aber mit einem Schlage die für uns augenblicklich so günstigen Aussichten für die kommenden Reichstagswahlen, und der gute Ausfall dieser Wahlen sei doch schließlich auch von Einfluß auf die preussische Wahlreform. Wenn Schluß forderte der Redner die Versammelten auf, einmütig weiter zu arbeiten, bis das letzte Ziel — das freie Wahlrecht — erreicht sei. — Zur Generalversammlung des Kreises wurden die Genossen Berg, Grunmer, Krüger, Morie Siebke, Reusch und Will delegiert. — Bei der Neuwahl der Kreisfunktionäre sollen von Charlottenburg aus vorgeschlagen werden: zum 2. Vorsitzenden Genosse Broger-Rigdorf, für die Preschkommission Genosse Brunner-Charlottenburg. Als Parteitagdelegierter wird Genosse Will der Kreisgeneralversammlung empfohlen. Für die beantragte Parteitagserhöhung (auf 10 Pf. wöchentlich) sollen die Delegierten stimmen, jedoch mit der Mahgabe, daß die endgültige Regelung dieser Frage durch Vornahme einer Abstimmung unter den Mitgliedern des Kreises geschehen soll. Der Generalversammlung des Kreises überwiesen wurde ferner ein Antrag der Genossin Siebke, der „Gleichheit“ von Zeit zu Zeit einen Schmittmisterbogen für Arbeiterleider beizulegen. — In der Versammlung wurden wiederum 94 neue Genossen bekanntgegeben, die sich zur Aufnahme gemeldet hatten.

Weißensee.

Ein neuer Hausbesitzerverein. Die neugegründete „Fortschrittliche Fraktion“ will mit dem alten Haus- und Grundbesitzer-Verein nichts mehr zu tun haben; sie macht durch Aukauf bekannt, einen neuen Hausbesitzerverein zu gründen, der in erster Reihe ein Fundament sein soll für die Vertretung der Interessen des Hausbesitzes, was in dem alten Verein vernicht wird. Vor drei Jahren bestanden bereits zwei Vereine, die sich aber damals zusammenschlossen, um politische Arbeit zu leisten und in allen Gemeindeangelegenheiten vereint vorzugehen. Wir haben uns nicht getäuscht, als wir prophezeiten, daß die Freude nicht lange dauere. Nei-

nungsverschiedenheiten blieben und nicht aus. Man gründete eine „Bürgerliche Fraktion“, hielt regelmäßige Fraktionssitzungen ab, bis es auch hier zum Aukauf kam. Einzelne Mitglieder waren den meisten mit ihrem Gesetze dem doch zu rückständig, denn jede Ausgabe für Ausgestaltung des Ortes sollte vermieden werden, vor allem aber sollten rundweg alle Mittel für soziale Einrichtungen abgelehnt werden. Im diesem Geboren den nötigen Nachdruck zu verleißen, richtete man noch ein Zeitungsunternehmen als G. m. b. H. ein, da das amtliche Organ die Rathauspolitik allzusehr verberlichtete. Ein Herr aus Reddenburg nahm denn auch die Interessen des Haus- und Grundbesitzes so „unabhängig“ wahr, daß er es durch sein Organ fertig bekam, die Bürgerliche Fraktion zu sprengen; von 20 Gemeindevertretern und Schöffen schieden dreizehn aus, so daß nur noch die sprichwörtlichen „hösen Sieben“ für die alte Fraktion übrig blieben. Das große Dullegeul und andere „Geschmadeligkeiten“ der „Unabhängigen Zeitung“ ob dieser Fraktionstrennung hat wahrscheinlich auch zur Neugründung des Hausbesitzervereins geführt. Erkennt man erst den Gipfel der Geschmadeligkeit, so hat es gewöhnlich böse Folgen.

Ober-Schönweide.

Die Milchhändler in Gefahr! Der Beschluß der Gemeindevertretung, der „Gemeinnützigen Gesellschaft für Milchhandlung“ zur Errichtung eines Ausschussbüros einen Platz unentgeltlich zu überlassen, hat die Gemüter der ortsanfässigen Milchhändler ungemein in Wallung gebracht. Es ist erstaunlich, wie rege diese sonst gänzlich unbekanntem Leute in der Entfaltung von unnothigem Eifer sind. Dabei scharfen sie selbst vor persönlicher Verunglimpfung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht zurück, denen sie z. B. andichten, sie möchten ihnen die Aukaufsbüro abwendig — was unseren Genossen nicht im Traum eingefallen ist. Schließlich sollten die Milchhändler daran denken, daß es noch andere Einwohner im Orte gibt und daß auch das Allgemeintwohl nicht hinter Interessen einer kleinen Minderheit zurückgestellt werden darf.

Röpenitz.

Die Bibliothek steht den Mitgliedern des Wahlvereins und den einzelnen Gewerkschaften vom Montag, den 25. d. M. wieder zur Benutzung frei. Der Bücherbestand ist vergrößert, sodas dieselbe allen Anforderungen genügt. Geöffnet ist die Bibliothek täglich von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends und befindet sich in der Parteispedition, E. Wähler, Rieperstr. 6.

Die Bibliothekskommission.

Tempelhof.

In der aufgesuchten Generalversammlung des Wahlvereins gab Genossin Tiel den Vorstandsbericht für das verlossene Halbjahr. Hiernach fanden statt eine Generalversammlung, eine Mitglieder- versammlung und sieben öffentliche Versammlungen. Zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte waren 12 Vorstandssitzungen notwendig. Zur Verbreitung gelangten 12 Flugblätter und Handzettel. Die örtliche Gemeindewahl und die preussische Wahlrechtsbewegung ermöglichten eine intensive Agitation, deren Erfolg sich am besten in der Mitgliederbewegung wieder spiegelt. Die Zahl der Mitglieder betrug im vorigen Jahre 800 und stieg in der Berichtsperiode auf 841, inkl. 50 weiblicher Mitglieder. — Der Kassenbericht für das erste und zweite Quartal ergab eine Einnahme von 630,02 M. und eine Ausgabe von 618,78 M. An die Kreisliste wurden 414,02 M. abgeliefert. — Ein gleich günstiges Bild ergab der Expeditionsbericht. Einer Einnahme von 1630,68 M. stand eine Ausgabe von 1580,09 gegenüber. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten erreichte einen monatlichen Durchschnitt von 434, gegen 386 im Vorjahr. Die anschließenden Wahlen der Funktionäre hatten folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender: Ewald, zweiter Vorsitzender: Frau Thiel, Kassierer: Klein, Schriftführer: Klein, Beisitzer: Jergang, Revisoren: H. Müller, Goldner, Klingberg. Lokalkommission: Alb. Thiel. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen zur Kreisgeneralversammlung. Der Antrag des Kreises auf Einführung des Wochenbeitrages wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein anderer Antrag, der die Kreisgeneralversammlung ersucht, statt sechs nur drei Delegierte zum Tageburger Parteitag zu entsenden. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Ewald und Busemann gewählt. Folgende Resolution wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Die Generalversammlung des Wahlvereins Tempelhof protestiert aufs Entschiedenste gegen die Annahme des Budgets seitens der sozialdemokratischen Partei des badischen Landtages. Sie erklert hierin eine Propagation der Gesamtpartei und erwartet vom Parteitag, daß er Mittel und Wege findet, um derartige Verstöße gegen Parteitagebeshlüsse für die Zukunft unmöglich zu machen.

Adlershof.

Dem Schlächterwagen überfahren wurde der dreijährige Knabe des Gewerkschaftsbeamten Jabel, Wisnardsstr. 11 wohnhaft. Der Knabe, welcher sonst nie allein die Straße betritt, war seiner Schwester zum Einkauf nachgelaufen und wurde beim Ueberstreifen des Fahrdammes vom Wagen des Wäschereibesizers Bient, Köpenick, Grünauer Straße, niedergedrückt und erlitt eine Quetschung des rechten Fußes. Verletzte Hüfte wurde gleich in Anspruch genommen und dürften dauernde gesundheitliche Schäden nicht verbleiben.

Zegel.

In der letzten Generalversammlung des Bezirks Zegel konnte die Bezirksleitung über einen guten Fortschritt der Bewegung am Orte berichten. Einen Mitgliederbestand von 639 Genossen sowie 765 „Vorwärts“-Abonnenten kann der Ort nachweisen. Nicht zuletzt hat das geschwindige Verhalten des Herrn Gemeindevorstehers anlässlich der letzten Gemeindevertreterwahlen dazu beigetragen, daß die Bewegung so gute Fortschritte gemacht hat. Mit einer Beleidigungsklage gegen die Genossen Grunow und Wassa glaubt Herr Weigert und den Erfolg streitig zu machen; er kommt diesmal zu spät.

In sieben öffentlichen Versammlungen und durch Verbreitung von 45 000 Flugblättern wurde für unsere Ideen Propaganda gemacht. Der Besuch der Mitgliederversammlungen und Zahlabende könnte im allgemeinen besser sein; waren es doch circa 120 Mitglieder, die von Januar ab keinen Zahlabend besucht haben.

Die Neuwahlen hatten folgendes Resultat: 2. Bezirksleiter: Gutschow, Kassierer: Bauer. Schriftführer: Grochalsky, Beisitzer: Petran und Kollach. Die Wahl des 1. Bezirksleiters wurde zurückgestellt, da Genosse Wassa eine Wiederwahl ablehnte. Die Wahl soll in der nächsten Versammlung vorgenommen werden. Zur besseren und intensiveren Agitation in den Landorten wurde eine Kommission von 14 Genossen gewählt.

Alt-Glienitz.

Am Sonntag, den 24. Juli, feiert der Arbeiter-Modfahrerverein „Vorwärts“, Mitglied des A.-M.-V. Solidarität, sein 10. Stiftungsfest im Lokal des Herrn August Tropens, Rudower Straße 54. Da sich genannter Verein an Partiarbeiten rege beteiligt und zu Parteilichkeiten zur Verfügung stellt, wird gewünscht, daß sich die Genossen recht rege daran beteiligen.

Grünau.

Die Berichte der Funktionäre über die Parteilichbewegung am Orte, die in der letzten Generalversammlung erstattet wurden, klangen darüber, daß der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig läßt. Es wäre Wässerung dringend zu wünschen. — Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 60 M., eine Ausgabe von 74,20 M., mithin ein Defizit von 14,20 M. Der Bericht des Expediteurs schloß ab mit einem Ueberschuß von 15,61 M., doch resultiert auch dieser nur aus endlich eingekommenen Kupferstücken. Nach einigen Neuaufnahmen wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Der Posten des ersten Vorsitzenden blieb vorläufig unbesetzt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Wegner gewählt, zum Kassierer Tentow, Schriftführer: Fechner, Expediter: Klein, Beisitzer: Lewandowski, Lokalkommission: Klein, Lewandowski, Rasvorjed, Revisoren: Puls, Pröhl, Fr. Schmidt, Bildungsausschuß: Klein, Wegner, Fechner. Gen. Blumne gab bekannt, daß dem Antrag auf Ausschluß von drei Genossen wegen Nichtbeteiligung an der Gemeindevertreterwahl vom Zentralvorstand

stattgegeben wurde. Für die kombinierte Vorstandssitzung und Kreisgeneralversammlung am 7. August wurden die Gen. Wegner und Fechner delegiert. Genosse Fechner machte sodann auf das am 24. Juli stattfindende Kreisfest in Rigdorf, Vereinsbrauerei, aufmerksam.

Bohnsdorf.

Aus der Agitation. Am Sonntag fand in Falkenberg eine Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil referierte über: „Die Reichsfinanzreform und die Erhöhung der Zibilliste.“ Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Der Besuch war ein guter.

Senzig. (Kreis Teltow.)

Der Wahlverein zählt 45 Mitglieder. Abgehalten wurden im letzten Halbjahr vier Vorstandssitzungen und eine kombinierte Sitzung, zwei Generalversammlungen, fünf Mitgliederversammlungen, vier öffentliche Versammlungen im Orte und eine in Guffow. Flugblattverbreitungen fanden sieben statt. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Als erster Vorsitzender: Franz Wötcher, zweiter Vorsitzender: Herrn. Kossak, Beisitzerin: Frau Kreiffow, Kassierer: Rich. Holzmann, Schriftführer: Karl Reichert, Revisoren: Aug. Lehmann, Joh. Friedewald, Wilh. Krüger I., Lokalkommission: Wilh. Krüger II., Herrn. Kossak, Otto Seifert, Agitationskommission: Karl Lehmann, Herrn. Wöfel, Bibliothekar: Rob. Schneider.

Spandau.

Die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wurde am 19. d. M. im Lokal von Gottwald abgehalten. Vorsitzender Genosse Scior teilte mit, daß der Kreisversammlung die Wiederwahl des jetzigen Kreisvorstandes empfohlen werden soll. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. Alsdann unterzieht der Genosse Emil Schuberl das Verhalten der badischen Genossen zur Budgetfrage einer sehr abfälligen Kritik. Er vertritt den Standpunkt, daß energische Schritte gegen den offensichtlichen und absichtlichen Disziplinbruch der badischen Genossen unternommen werden müssen, sonst werde die Einigkeit der Partei gelodert; die Partei höre dann auf, eine Kampfpartei zu sein. Er beantragte deshalb, der Kreisgeneralversammlung den Antrag zu unterbreiten, den Kreiswahlverein zu beauftragen, beim Parteitag den Antrag auf Ausschluß der in Frage kommenden badischen Genossen zu stellen. Dieser Antrag ruft eine längere und ziemlich erregte Debatte hervor, in welcher namentlich der Genosse W r o g e r e c h e n das Verhalten der Badener zu entschuldigen sucht und die Meinung auspricht, daß sogar das Hoch auf den Großherzog nicht so sehr zu verdammen sei. Fast sämtliche Diszussionsredner sprechen gegen den Antrag Schuberl, trotzdem wird derselbe mit ziemlich großer Majorität angenommen. Ferner stimmt die Versammlung einem Antrage des Vorstandes zu, die Wahl des Obmannes der Lokalkommission einem Ort des Kreises zu überlassen, und den Kreisvorsitzenden, der jetzt das Amt des Obmannes der Lokalkommission inne hat, davon zu entbinden. Die zu wählenden Delegierten werden jedoch beauftragt, auf der Kreisversammlung Spandau als sich für den Obmann der Lokalkommission in Vorschlag zu bringen; der Genosse Otto P e r g e l i s soll für das Amt des Obmannes der Lokalkommission vorgeschlagen werden. Dem vom Bezirk 1 gestellten Antrag, daß die Orte des Kreises, welche den Obmann des Jugend- und Bildungsausschusses zu wählen haben, von der Kreisversammlung bestimmt werden, stimmt die Versammlung zu. Zu Delegierten für die Kreisgeneralversammlung werden gewählt die Genossen M. Scior und P. Schmidt. Auf Antrag der Genossen Schuberl und Stahl soll den Frauen auch ein Delegiertenmandat überlassen werden. Zum Zwecke der Wahl wird in kürzester Zeit eine besondere Versammlung für die Frauen stattfinden. Im Falle sich eine Frau hierzu nicht bereit findet, soll der Genosse Emil Köppen, der als nächster die meisten Stimmen erhalten hat, als Delegierter fungieren. In den Bildungsausschuß werden gewählt: P. Schmidt, Schiefel und Eh. In den Jugendauschuß wählt die Versammlung D i e r b e r g und S c h u b e r l. Zum 1. Schriftführer wird K a u d e r gewählt. Ein Antrag des 1. Bezirks, bei den örtlichen Versammlungen eine schärfere Kontrolle auszuüben, wird angenommen, dagegen wird ein Antrag, die Quartalsrechnungen in den Zahlabenden gedruckt vorzulegen, abgelehnt. Mit dem Hinweis auf die am Sonntag stattfindende Flugblattverbreitung und die am Dienstag, den 28. d. M., bei Böhle stattfindende öffentliche Versammlung schließt der Genosse Scior die Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde Andre Lindenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen — Fahrst. —, wöchentlich von 4 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 1/2 bis 8 Uhr nachmittags statt. Jeder Anrufer ist ein Buchhalter und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. 34. Wenn Sie die Bezugsbedingungen nicht erhalten haben, so halten wir Sie zur Zahlung nicht für verpflichtet. Die fernere Annahme müssen Sie verweigern. — W. 33. In Berlin 30.20 M. — G. 3. Mit den Fragen müssen Sie sich an einen Sachmann wenden. — W. 3. 100. Bei der Beschließung kann durch Erklärung dem Stabsbedienten gegenüber dem Kinde der Name des Mannes gegeben werden. — G. 2. 45. Herausgabe der Police können Sie erst mit Vollendung des 21. Lebensjahres verlangen. — G. 2. 120. Das Mädchen soll sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — Gewerbegericht Schneberg, Ja. — Haberecht, Stubbenammerstraße. Nach Eintritt des Erfalls beantragen Sie schriftlich von Amerika aus bei dem Nachlassgericht — das ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Erloscher seinen letzten Wohnsitz gehabt hat — die Errichtung des Testaments und die Vermittelung der Auseinandersetzung. — 120 Kirchensteuer. 1. Ihre Frau ist dazu verpflichtet. 2. Bei 12 M. Staatsentkommensteuer. 3. Bei 16 M. 4. Für jede Person etwa 4 M. — W. 2. 100. Fordern Sie den Vermieter unter Stellung einer Frist zur Beseitigung der Mängel auf und drohen Sie gleichzeitig an, daß nach Ablauf der Frist die Arbeiten auf Ihre Kosten gerichtet werden. Das letztere können Sie nach Ablauf der Frist veranlassen. Die Unkosten können Sie von der Miets abziehen, wenn dies nicht, wie es die Regel ist, im Mietvertragsunterlage ist. Für den letzteren Fall müssen Sie die Zahlungsmessung angeben. — G. 100. Frag. — W. 2. 34. Die Rasse ist nicht empfehlenswert. Wir raten zur Kündigung unter Beachtung der im Statut festgelegten Form. — W. Reiben Sie sich bei der Jugendorganisation, Lindenstr. 69. — G. 2. 59. Homöopathische Polikliniken deuten sich u. a. Königgrätzer Straße 48, Kaiser Straße 19. — W. 6. 94. Sie können nur vom Vermieter Abhilfe verlangen. — R. 6. 15. 1. Keine Angabe, wer der Erbschaft ist, läßt sich die Frage nicht beantworten. 2. 12 Aug. gleich 3,76200 Meter. — G. 2. 28. Ihre Anfrage ist im Briefkasten vom 8. Juli beantwortet. — Aluminium. 1. Geben Sie sich an einen Sachmann. 2. Charlottenstr. 6. — W. 2. 99. Rein. — G. 2. 10. 8. Stellen Sie unter Ueberreichung der Aufrechnungsbekundigungen und der letzten Quittungsbekundigungen einen neuen Antrag auf Anzahlrente. — G. W. 8. Für die Zeit, für welche Sie bestellt haben, müssen Sie zahlen. — R. 2. 100. Das ist eine rein akademische Frage. Die Revisoren waren jedenfalls ohne vorherige Anmeldung zur Revision berechtigt. — G. 36. Bei dem Gericht, das den ersten Vorwand bestellt hat, kann seitens der Mutter unter Schilderung des Sachverhalts die Abigung des Vormundes und Beordnung eines anderen beantragt werden. — W. 6. 20. 1. u. 2. Die Klage ist beim Landgericht durch einen Rechtsanwalt binnen Jahresfrist anzuhängen zu machen. 2. Ja. — R. 6. 8. Rein. — G. 2. 100. Die Hamburg-Amerika-Linie wird das auf Anfrage beantworten. — G. 6. 558. Die Firma ist zum Erfaß des Rechtes verpflichtet.

Witterungsüberblick vom 21. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- art	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- art	Wetter	Temp. in C.
Eutinende	755	6	3 bedeckt	16	Haparanda	754	D	2 Regen	10		
Damburg	758	6	5 Regen	15	Petersburg	754	D	1 bedeckt	16		
Berlin	756	6	2 bedeckt	15	Scilly	756	6	5 bedeckt	15		
Frankfurt	759	6	4 Regen	17	Aberdeen	746	Stiff	wolfig	14		
München	763	6	5 wolfig	17	Paris	762	6	3 wolfig	16		
Wien	762	6	4 bedeckt	17							

Wetterprognose für Freitag, den 22. Juli 1910. Nimmlich kühl, zeitweils auffarend, vorwiegend trübe mit Regenhäuschen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 22. Juli
Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Königl. Opern-Theater.
Lohengrin.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Laune des Verliebten.
Judith und Holofernes.
Namerische Liebesmalzer.
Festung. Kaiserinluft.
Komische Oper. Der Regiments-
kapa.
Neues Schauspielhaus. Der
Blieger.
Steines. Nur ein Traum. (Anfang
7,9 Uhr.)

Berliner. Talfun.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.
Thalia. Charles Tante.
Fehbel. Dem gehört Helena?
Spul. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Martha.

Schiller Charlottenburg. Die
von Hochsattel.
Note. Der Seelbott.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Wietrowski. Galloß II — Die große
Revue.
Folies Caprice. Die böse 13. —
Die keusche Toimette. — Der
Athlet. — Ein ruhiges Heim. —
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Woyze. Spezialitäten.
Wallage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis
Korfu.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kaisernluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Talfun.**
Morgen: **Talfun.**

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luzemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
mäßigten Preisen: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Auf der Gartenbühne:
Der Seelbott.
Operette in zwei Akten von
Otto Richter. Musik von G. Sieffens.
Auftritten erstklassiger Spezialitäten.
Großes Gartenkonzert. Anf. 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Das sensationelle
Programm. 9 1/2 Uhr:
Klassische Tänzerinnen
vom Königl. dänischen Ballett
5 Beautés Korinnas 5.
9 1/2 Uhr:
Schimpanse - Orang-Utang
als Tandemfahrer
sowie die weiteren großen Attraktionen.

WINTERGARTEN
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
„Abenteuer eines Terrorors“.

Therese Renz
Schulreiterin

Chang Ching Hee-Truppe
Chinesische Zauberer u. Gaukler
sowie
die sensationellen Attraktionen
des Juli-Programms!

Reichshallen-Theater.
Gastspiel
Winter
Tymian
mit seiner berühmten
Herrn-Gesellschaft
Anf. wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Montag, d. 1. 8.
Wiederbeginn der
Solreen der
Stettiner Sänger.

Schweizer Garten
Am Königsplatz — Am Friedrichshain.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Abend 7,10 Uhr:
Berliner Herzen.
Volkstück mit Ges. in 2 Akt.
Volkbelustigungen, Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Jed. Mittw.: Kinderfreude.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Martha oder: Der Markt zu Richmond.
Romantische Oper in 3 Akten von
Fr. v. Flotow. Ende 10 1/2 Uhr.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Ein Maskenball.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
bei ermäßigten Preisen:
Die Förster-Christl.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Martha.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Heute 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind.
Von 11—1 Uhr mittags
u. von 3—10 Uhr abends zu sehen.
Kein Extra-Entree!
Nur wenige Tage!
Eintritt 50 Pf., Kinder und
Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der größte Theatererfolg
Berlins
der spanische
Caruso
Senor Orduna.
Der stimmgewaltigste Tenor,
der je gehört wurde,
u. das große Juli-Programm.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Im herrlichen Naturgarten (bei un-
günstiger Witterung im Theateraal).
Täglich: Hund „Konjuf“ aus Pola-
nna ? ? ? Wafeln, bester Ent-
leistungslinien, u. m. Goldschmieds
Tischlein, Boltsst. m. Gel. in 1 Akt.
Anfang wochent. 7 1/2. Sonnt. 8 Uhr.

CIRCUS
Cyrill Haté
Das Monstrum aller europäisch Zelt-Circusse
Nur noch wenige Tage
Schöneberg, Ecke Haupt-
u. Mühlentstr.
Tel. Amt 8, 129.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
**Großer
Gala-Abend**

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 ZR., u. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauerl. 6 ZR.

Sung-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Zur Feier der erreichten Besucherszahl von
Einer Million
Sonabend, den 23. Juli 1910:
Elitetag □ Souvenirfest.
Jeder Besucher, der an diesem Tage ein Billett
an der Kasse gelöst hat, erhält eine Anweisung
für ein Geschenk ausgefolgt.
Damen - Schönheits - Preiskonkurrenz.
Sensationelle Attraktionen. Drei Konzerte.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Leo
Walter Stein und Ludwig Keller.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonabend und folgende
Tage:
Die von Hochsattel.

**Sozialdemokratisch. Zentralwahlverein für
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**
Sonntag, den 24. Juli 1910
Großes Volks-Fest
in Rixdorf, Vereinsbrauerei, Hermannstraße 214-219.
Mittags 12 Uhr Matinee-Konzert: Nachmittags 4 Uhr Doppelkonzert
ausgeführt vom Neuen Tonkünstler-Orchester unter Leitung der Herren Franz
Hollfelder und Paul Christians. Massengesang des Rixdorfer Männergesangsvereins.
Turnerische Aufführungen. Fackel - Polonäse. Volkslieder-Gesellschaft Max Schmeltzer,
im hinteren Teil des Gartens: **Großes Volks-Kabarett.**

In Fritz Hoppes Festsälen: Großer Ball
Kinderbelustigungen aller Art. Die Kaffeeküche ist von 2 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.
Jedes Kind erhält am Eingang zwei Buns gratis, von denen der eine zur
Empfangnahme einer Stocklaterne, der andere zur Benutzung des Karussells oder
der Schaukel berechtigt.
Ausführliche Programme mit Liedertexten werden an der Kasse gratis verabfolgt.
Eintritt 25 Pfennig. Kinder unter 14 Jahren frei.
Das Komitee.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Zentralverband der Stukkateure Deutschlands
Filiale Berlin.
Am Sonnabend, den 23. Juli 1910, in Puhmanns Theater,
Schönhauser Allee 148 — Kastanien-Allee 97/99:
14. Stiftungs-Fest.
Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.
Während der Pausen und nach **Tanz.** Herren, die daran teilnehmen,
der Vorstellung zahlen 50 Pfennig nach.
Während des Tanzes:
Große Ueberraschungen für Damen.
Verlosung wertvoller Gegenstände.
Die Kaffeeküche wird um 2 Uhr eröffnet.
Beginn der Vorstellung 5 1/2 Uhr. X Billett 30 Pfennig. X Programm gratis.
Um geneigten Zuspruch ersucht **Das Komitee.**
Fahrverbindung mit folgenden Linien: 10, 33, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 54, 57 und V.
Omnibus-Linien: 27, 33. Vom Ringbahnhof Schönhauser Allee in 8 Min. zu erreichen.

BBB
Brunnenstraße 16.
Das größte Kino-
Theater Berlins.
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Berliner Uk-Trio.
Felix Schoner
Stralsunderstr. 1

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Sichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Bei ungnädiger Witterung
Schuß für 8000 Personen. — Täglich:
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten **Turmseilkünstler** der Welt The Liopelta.
The 3 Blackburas, phänomenaler Luftkletterer. Gr. Vollerfolg:
Gustav Looser Comp. Sensationelles Panzern, ein Spaß in
einer holländischen Holzkanzel. — Lucif Krill und Gustav
Müller, Original-Componisten
mit ihren wunderbaren aktuellen vollschaligen Schlägern und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag: **Hessen - Feuerwerk und Ball.**
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Prezidentenfest.**
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamt Eintritt 20 Pf. Kinder frei.
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die böse 13.
Die keusche Toimette.
Der Athlet.
Ein ruhiges Heim.

Walhalla Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Abends 8 Uhr:
Das großartige
Variété-Programm.

Volgt-Theater
Geundbrunnener Badstr. 58.
Freitag, den 23. Juli:
7,8 Uhr **Bineta.** 7,9 Uhr
Gr. romant. Lebensbild mit Gesang
und Tanz in 3 Akten von D. Schulz.
Das neue große Juli-Programm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
Korn. Grotzerstr. 100/101. Tel. 3, 9333.
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9333.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anfang 7 Uhr. Vorzugskarten, nur
wochentags gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Preis wech. Progr. Jed.
Sonnt. 1. Oberaal: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Operabude 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freiluftkonzert.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Puhmanns Theater
Schödh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Wenn Regen — im Garten
Wenn Regen — im Saal
Täglich abends 9 Uhr:
Berliner in Japan.
Operette v. Reiflingen. Musik v. Strakos.
Vorher: Die brillantesten neuen
Spezialitäten.
Anfang wochent. 7 1/2. Sonnt. 7,4 Uhr.
Entr. wochent. 20-60. Sonnt. 30-100 Pf.
Kinder halbe Preise.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

**Sommer-Theater
Café Bellevue**
am See und
Bahnhof Stralau-Pummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Behm- u. Bellermannstraße.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Kiefen-Zauberer. Zur Aufführ. gel.:
Der Goldenefel. Lebensbild mit
Gesang u. Tanz in 3 Akten v. R. Eimor.
Jed. Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7,5 Uhr.

**Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.**
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turmpf.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Walter Grävonitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7,5 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Erbschaft aus Amerika.

Gelucht wird eine geborene Emilie Witzke aus Schloß Platen, Regierungsbez. Danzig, um 1884 verheiratet mit einem Schmiedegesellen, welcher um diese Zeit in der Borsig'schen Fabrik tätig war. Alle näheren Anhaltspunkte fehlen.

Bauhandwerker-Frankenkasse für Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 31. Juli 1910, vormittags 10 Uhr
Außerordentliche General-Versammlung
bei Wille, Brunnenstraße 188.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Halbjahr 1910 und Revisionsbericht. 2. Wahl sämtlicher Hilfsleiter. 3. Innere Kassangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelsfer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Montag, den 25. Juli:
Mitglieder-Versammlungen
für die Bezirke Südosten I und Osten II.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.
Sonntag, den 24. Juli, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der
Fahrrad-Monture und Helfer
Berlin und Umgegend
im Lokal von Köwer, Elisabethkirchstraße 14.

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Tarifgemeinschaften. Referent: Kollege Ad. Waschick.
2. Branchangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Beschließendes.
Erscheinen sämtlicher Kollegen, welche in Berlin antosend sind, wegen der außerordentlichen Wichtigkeit unbedingt erforderlich!
Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein

(F. H. 80.)
Sonabend, 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Reichsforst 15:
Versammlung.
Vereinsangelegenheiten. Zahlen der Beiträge.
Die Beiträge werden nur in der Versammlung entgegengenommen.
198/18 * Der Vorstand.

Kranken- und Sterbekasse

aller gewerblichen Arbeiter
für
Schöneberg und Berlin
(F. H. 115).
Sonntag, den 31. Juli 1910,
vormittags 9 Uhr:
General-Versammlung
in Großes „Neue Rathaus“
Reiniger Straße 8 (Tunnel).

Tages-Ordnung:
1. Halbjährlicher Kassendbericht.
2. Verschiedene Kassangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.
F. H.: G. Jannicke.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 24. Juli.
1. Abt.: Sonnabend abend 11⁰⁰ Bahnhof Zoologischer Garten. 24. früh 5⁰⁰ Anhalter Bahnhof nach Borsig. 1 Uhr: Alt-Glienide. Start: Glienckstr. 58.
2. Abt.: 4 Uhr: Scharnhölter (Wand Rief). 1 Uhr: Riegelstein (Klein). Start: Mariannenplatz.
3. Abt.: 6 Uhr: Streifzüge durch den Grunewald. 1 Uhr: Hagedorfer (Grunewald). Start: Rühlener Platz.
4. Abt.: 1 Uhr: Familienfeier nach Sadowa. Start: Glienckstr.
5. Abt.: 6 Uhr: Räderdorf. 12 Uhr: Schöneiche (Kreutz). Start: Oberberger Str. 28.
6. Abt.: 5 Uhr: Streifzüge durch den Norden. Endziel Wilhelmstr. 2 Uhr: Familienfeier nach Wilhelmstr. (Kohmann). Start: Köhlerer Straße 8.
7. Abt.: 1 Uhr: Busen (Wärfische Schweiz). 1 Uhr: Hoppegarten (Walden Wann). Start: Köhlerer Str. 8.
8. Abt.: 12⁰⁰ Uhr: Räderdorf (Rohr). Start: Schillingstr. 15.
9. Abt.: 7 Uhr: Räderdorf (Wähle). 1 Uhr: Alt-Glienide. Start: Weberstraße 6.
Deute: Fahrplan-Sitzung. Lichterg. 24 7. 4 Uhr: Freiwald (Schramm). 1 Uhr: Krenselde (Schür).

General-Versammlung

in Andreas-Festhallen, Andreasstr. 21. 11/18
Der Vorstand.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog in Empfehlung. Anrede Prof. grat. u. f. H. Ungar. Baumwollwarenstr. Berlin NW. Friedrichsallee 31/3

Der Untergang der Sklaverei im Altertum.

Von Dr. Ettore Cicotti, ordentl. Professor der alten Geschichte an der Universität Messina.
Deutsch von Oda Olberg.
Preis groß 4.50 M. geb. 5.50 M.

Teuerung in der Schweiz.

Beiträge zur Illustration der gegenwärtigen Lage der Lohnarbeiter.
Herausgegeben vom Sekretariat des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.
Preis 50 Pf.
Expedition des Vorwärts
BERLIN SW.
Lindenstr. 60. Laden.

Bellevue Woltersdorfer Schleuse.

empfehl. sich zu Dampfpartien. 255*
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.
Ohne jede Anzahlung
Pianos
verkauft ich
ortklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 76/10*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

„Silesia-Bad“

Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Kleine Anzeigen

Verkäufe.

Handbleichwand Krebber, Küstriner-Platz 7, postbilliger Bettenerkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Warenverkauf, Federverkauf, Schmuckwaren, Goldwaren, Silberwaren, verschiedene Waren.
Tepiche! (Leibliche) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Drumm, Hofelcher Markt 4, Kohnhof Hofe. (Refer des Vorwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Auszugstoffe, wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume,
Spottbillig, Meter 3, 4, 5 Mark,
Palaststoffe, Meter 5, 6, 7 Mark,
Gartenstoffe, Meter 3, 4, 5 Mark,
Damentuche, Meter 1,95, 2,50 Mark.
Neue Spottbillig.
Koch u. Seeland, Rohstoffe 2, 1045M*
Vorwärtsleiter erhalten ausnahmsweise diese Woche 5 Prozent Extrarabatt selbst bei Mengenbestellungen.
Tepich-Thomas, Drantenstraße 160, Drantenplatz. 894M*
Mahnzüge, 82,00 bis 85,00.
Herliche Herrenanzüge 8,50. Auszugstoffe Gelegenheitskauf. Verkauf an Privats. Vorwärtsleiter 5 Proz. Zugestehung! Kottbusserdamm 16/17, Dönhofsplatz. 970M*
Bücher des deutschen Kindes. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfasst, zum Teil illustriert und gebunden. 50 Hefchen pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.
Zambouriermaschinen Ostermeyer, alleiniger Fabrikant Hellmann, Gollnowstraße 26. Preise billig, Abzahlung günstig. 825M*
Tepiche (Farbentepiche), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Teppiche, Lebergardinen, Seidenstoffe (postbillig) Fabrikant Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Kreuzgang. Vorwärtsleiter zum Prozent. Sonntags geöffnet. 248M*
Glossen zu Hoes Engels und Sigismund Vaccor. Die wahre Gestalt des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Verkäufe.

Klappstühle 6,75, Klebstühle 9,25*
Gardinen. Spezialhaus Emil Lehmann, nur Drantenstraße 158, Gardinen in allen Größen, Gebild 13,50 bis 75, Tischdecken 1,85 bis 10, Gebild 4,35 bis 75 Mark. Spezialkatalog 600 Abbildungen gratis.
Hermannplatz 6. Allerbilligste Wanderverkäufe. Sommerpalast. Badelanzüge, Webwaren, Herrenkleider. Größtenteils Bettenerkauf. Vermietungsbett. Drahtbetten. Kissen, Federbetten, Wäsche, Gardinen, Vorwärtswahl! Teppichverkauf! Wäscheverkauf. Steppdecken, Wandtische, Tischdecken, Geldtaschen, Großherlins allerbilligster Warenverkauf im Wandbleichhaus Hermannplatz 6. Auch Sonntags geöffnet.
Leihhaus Rohlfsplatz 58a, 1. Etage.
Wandbleichhaus im Leihhaus kaufen Sie postbillig verlassene Anzüge, Paletots, von Kavaliere wenig getragen, teils auf Seide, von 7-19 Mark, hochlegant. Große Kosten verlassener Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wäse, Teppiche, Gardinen usw. zu postbilligen Preisen. Fahrgeud wird vergütet. Nur Leihhaus Rohlfsplatz 58a, Inhaber Goldmann.
Erziehungslehre, fast neu, verkauft billig Schaller, Baummarktstraße 2.
Wittauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte postbillig! Eisenstraße 99, Barlowstraße 67.
Damenhemden mit handgehefteter Wäse 1,15, Herrenhemden 1,15, Korrmalwäsche, Arbeiterhemden sowie elegante Kellnerhemden bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonstr. 21, Alexanderplatz.
Herbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Dörsch. Preis 2.- Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.
Kinderwagen, Glendelk-ten, Klappstühle, Leiterwagen, alle Sorten Räder, Reparaturwerkstatt. Wegner, 3. Gehlsb. Weisstraße 67.
Monatanzüge und Sommerpalast, von 5 Mark sowie Damen von 1,50, Schrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für farbige Figuren. Neue Garbende u. stamende billigen Preisen, aus Wandbleich verlassene Sachen, man am billigsten bei Rah, Pulaskstraße 14.
Nachschlagen bei Deder, Stoppenerstraße 68, vorn 2 Treppen. Dändler verdecken. 740

Geschäftverkäufe.

Partiellkauf für Inventarpreis veränderungslos veräußert. Hoch-Räderstraße 23. 1136
Eisengeschäft, wirklich gute Erzeugnisse, Mann Krankenhaus, Frau lebend, veräußert. Schwedenstraße 2a.
Zigarrengeschäft umhändelt billig zu verkaufen. Fiedig, Weisenlee, Rühlensplatz. 1150*
Rebenerwerb. Zigarrengeschäft in Friedenau an Parteilosen zu verkaufen. Offerten unter W. 100, Steinhilf, Postamt 2. 81/4
Buchbinderei, seit 1872 bestehend, in vollem Betrieb, mit langjähriger treuer Kundschaft, komplett, preiswert wegen Zurückziehen zu verkaufen. Road, Dragonerstraße 15. 258/7
Kolonialwarengeschäft mit Grüntraum, Feuerung, Milch und Drehtrolle preiswert veräußert. Röhrens-Rohrstraße 41. Laden bei Nied. 1146
Plattgeschäft frankreichs wegen billig veräußert. Rühlensplatz 3. 1120
Möbel.
Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einstuftige, eleganteste Speisezimmer, Herzzimmer, Schlafzimmer, beliebigen gewendet, verfallen, postbillig. Rühlensplatz, 5 Etage.
Möbelwerkerei. Neue Anzüge, 5/8, Anzüge, gebrauchte, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. 231/11*
Wäsegeschäfte 17.-, Spiegel 7.-, Tisch 3.-, ganzes Zimmer und Kücheneinrichtung 125 Mark verfallen. Rühlensplatz 15, Rühlensstr.
Wichtig für Sommerwohnungen, Gasthöfe, Drahtbetten und Pensionate. Möbel, gebrauchte und verfallen, gewasene, Kleiderständer 18,00, Bettstelle mit Federmatratze 15,00, Kommode 12,00, Parquettoilette 20,00, Garderobenschrank 30,00, Kuchentisch mit Decke 17,00, Waschtisch 16,00, Büschgarnitur 65,00, Rühlensplatz 15,00, Stühle 2,00, Auszugstisch 14,00, Herzzimmer 28,00, Lederstühle 8,00, Bücherständer, Speisezimmer, Herzzimmer, elegantes Schlafzimmer, komplett 250,00, Federbetten, Gardinen, Bilder, bunte Räder, Teppiche. Gebet auch Möbel auf Teilzahlung. Stargardt, Rühlensplatz 69.
198 Anleidekränze, mahagoni, nussbaum, latin 60.-, bis jetzt billig. Möbelwerkerei, Rühlensplatz 15, an der Hochbahn.

Fahrräder.

Arbeiter-Radfahrer erhalten zehn Prozent Rabatt im Fahrradgroßhaus Charlottenburg, Bismarckstraße 62.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35.-, Holz, Diamantstraße 30b. 1683M*
Räderverleihung, auch Landem, Fahrradverkäufe 25,00, neue postbillig, gebrauchte nehme Zahlung. Rühlensplatz 14, Rühlensstr. 80/1
Musik.
Piano, großes, goldgrüner, 115.- (Teilzahlung gestattet), Lammstraße 8 L. 80/14*
Sprechmaschinen auf Teilzahlung, eine Mark wöchentlich, Reparaturen aller Systeme, Rühlensplatz 31. 425*
Violinunterricht (neue, doppelt federnde Methode bis zur Vollendung) gibt erlanger Schüler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des Vorwärts.*
Verschiedenes.
Patentanwalt Bebel, Rühlensstr. 6a.
Anstaltspolizei von Frau Holste, Schwandauer, Rühlensstr. 8, III.
Kupfer, Messing, Latinschleife, Silberbeschläge, Goldschmelze, Rieder, Rühlensplatz 2a (gegenüber Mantelstraße). 203M*
Wasserschleife, Gramin 3,50, Gold, Bahngelbste, kauf! Rühlensplatz 19. 1124
Schreibmaschine, gebrauchte, zu kaufen gesucht. Müller, Albrechtstraße 13, Rühlensplatz. 436
Meine Adresse ist für alle, die es angeht, Rühlensplatz 61, Augustplatz, Schanzenstr. 740
Wohnungen.
Stube und Küche, 18-23 Mark, Drantenstraße 2a. 1110*

Prachtwohnungen

Schöne Wohnungen, 2 Stuben, Küche 28, 1 Stube, Küche 25, sofort, Kleine Rühlensstraße 3. 105*
Zimmer.
Möbliertes Vorderzimmer zu vermieten bei Hirt, Rühlensstraße 31, Ecke Weisstraße. 1113
Gut möbliertes Zimmer, zwei Herren, 15 Mark, vermietet Frau Koch, Rühlensstraße 35, vorn II. 103
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Schreiber, Rühlensstraße 20, Postfach 20. 506
Mietsgesuche.
Einfach möbliertes Zimmer von anständigen Fräulein per 1. August gesucht. Preisofferten erbitte unter C. 1. Hauptexpedition des Vorwärts.*
Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle zum 1. August. Rühlensplatz (Hildorf). Preisofferten G. Expedition Hildorf. 1113
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Parteilose sucht irgend eine Stellung. Krotowski, Rühlensplatz 21. 526
Stellenangebote.
Verfälscher verlangt, welcher zwischen kann, Rühlensplatz 39. 1118

Handreinigung

gegen Staub und Küche sofort an nützliche, laubere, einzelne Leute. Frankfurter Chaussee 144. 185*
Dirigent für Dienstag sucht Gesangsverein, 20 Mann. Offerten bis Sonnabend, den 23. Juli. Schoder, Rühlensstraße 28. 496
Gasarbeiter-Arbeiter auf Limbult, Artikel verlangt B. Golembowski, Golembowski mit befristeter Gastung Gollmannstraße 16. 456
Holzleihenpolierer verlangt Rühlens, Rühlensstraße 27. 446
Schlossergesellen auf Glitterbau und Konstruktion verlangt Schlosser Blume, Charlottenburg, Rühlensstraße 97. 1146
50 Arbeiterinnen auf Anbender-Konsumgüter, jeden und Arbeiterinnen sucht Kreyer, Große Frankfurterstraße 187, Ausgang B. 170
Vergolberin verlangt Weidling, Weidlingstraße 12. 1129
Künstliche Blumen, Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, nur im Hause, sucht Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 27906*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Für die Orts-Frankenkasse der Drechsler wird ein zuverlässiger Kassenträger gesucht. Anfangsgehalt 1800 Mark. Selbstgeschriebene Bewerbungen sind bis zum 1. August d. J. im Bureau der Kasse, Stralauer Brücke 4, einzureichen; später eingehende werden nicht berücksichtigt. 536* Der Vorstand.

Arbeitersekretär gesucht!

Für das neu zu gründende Arbeitersekretariat in Hensburg wird zum 1. Oktober d. J. ein Sekretär gesucht. Es wird auf eine erste Kraft reflektiert, die für ein derartiges Institut in Frage kommende Geschicklichkeit in vollem Maße besitzt. Bedauerliche Bedingung erforderlich. Zu geschicklichkeit zur gewerkschaftlichen wie politischen Organisation ist Vorbereitung. Anfangsgehalt 2100 M., doch werden Dienstjahre in der Arbeiterbewegung angerechnet. Im übrigen gelten die Grundzüge des Vereines Arbeiterpreise.
Bewerbungen, die mit der Aufschrift „Arbeitersekretariat“ versehen sein müssen, sind bis spätestens den 7. August an den Genossen Wald, Sörensen sen., Hensburg, Kpenrader Str. 48 zu richten. 1287/14